

# Politik & Kultur

Zeitung des Deutschen Kulturrates

www.politikundkultur.net

In dieser Ausgabe:

Jens Balzer  
Monika Grütters  
Mariam Lau  
Nils Minkmar  
Ben Salomo  
und viele andere

## Koalitionsvertrag

Erste Bilanz: Viele Forderungen des Deutschen Kulturrates aufgenommen, aber Bundeskulturministerium kommt nicht  
Seite 3

## Pop & Populismus

Braucht die Musik eine Selbstkontrolle, um antisemitischen, sexistischen und rassistischen Tendenzen entgegenzuwirken?  
Seiten 4 bis 7

## Europa

Kulturprojekt Europa: Wie wollen wir in Zukunft auf unserem Kontinent zusammenleben?  
Seite 10

## Medien

Jahresrückblick: Von der Reform des öffentlichen Rundfunks bis zur Filmförderungsgesetz-Novelle  
Seite 12

## Versagen

Irgendwie gehöre ich auch dazu, zum Politik-Establishment in unserem Land. In wenigen Wochen bin ich 25 Jahre Geschäftsführer des Deutschen Kulturrates. Ich habe die Höhen und Tiefen der Politik, erst noch in Bonn und dann in Berlin, live miterleben dürfen. Doch jetzt hat mich ein tiefgreifender Zweifel über unsere politische Elite erfasst.

Das strukturelle Versagen der Politik in der Coronakrise raubt mir nachts den Schlaf. Im Winter 2019/2020 hat das Dilemma angefangen.

Die überdeutlichen Zeichen der herannahenden Seuche wurden von der Politik standhaft ignoriert. Es kann nicht sein, was nicht sein darf, war die vorherrschende Devise. Im Frühjahr traf die Pandemie die gesamte Gesellschaft und auch den Kulturbereich mit größter Wucht. Der erste Lockdown traf uns ins Mark, die ersten Hilfsmaßnahmen starteten. Menschen starben.

Ein bisschen Entspannung im Sommer, viele Kulturschaffende konnten aber weiterhin ihrer Arbeit nicht nachgehen. Dann der zweite Corona-Winter, noch härter, noch länger. Die gesamte Gesellschaft fror geradezu ein. Der Kulturbereich wurde flächendeckend auf Eis gelegt. Menschen starben.

Anfang des Jahres: ein Hoffnungs-schimmer. Impfstoffe kommen. Durch ein empörendes Versagen der Politik wurde viel zu wenig Impfstoff geordert. Die Politik gibt ein unglaublich dummes Versprechen ab: keine Impfpflicht in Deutschland. Menschen starben.

Im Sommer wieder etwas Entspannung, im Kulturbereich wächst die Hoffnung, wieder spielen zu können. Dann kommt die vierte Welle, noch härter noch dramatischer als alles vorher. 3G, 3G+, 2G, 2G+ und wieder schließen. Menschen sterben.

Mehr als 100.000 Menschenleben hat die Pandemie allein in Deutschland gekostet. In einer Art orwellischem Wortgeschwurbel wird gerne davon gesprochen, dass die Opfer mit und nicht an dem Virus gestorben seien.

Das ist genauso unsinnig, als würde man sagen, der Mensch ist mit Krebs gestorben und nicht an Krebs. Aber die Worte werden von der Politik gewählt, um den Eindruck zu vermitteln, dass die mehr als 100.000 Toten, meist ältere Menschen, so wieso nicht mehr lange gelebt hätten. Pure Verhöhnung.

Und jetzt sterben auch die Jüngeren, vielfach, aber nicht ausschließlich die Ungeimpften. Auch weil die Politik ihrer Verantwortung grob fahrlässig nicht nachgekommen ist. Es ist die zentrale Aufgabe des Staates, die Bürgerinnen und Bürger zu schützen. Nur deshalb hat der Staat das Gewaltmonopol. Die Politik muss die staatlichen Regeln setzen und versagt hierbei seit zwei Jahren kläglich.

Olaf Zimmermann,  
Herausgeber von  
Politik & Kultur



## Das Ende einer Ära

Was bleibt nach 16 Jahren CDU-Kulturpolitik?  
Und was kommt jetzt? Seiten 1, 15 bis 27

## Eine Art staatliches Hauptstadt-Mäzenatentum

Die CDU und ihre Kulturpolitik

MARIAM LAU

Mit dem Ende der Ära Merkel endet einstweilen auch die Prägung der aus dem Kanzleramt dirigierte Kulturpolitik durch die CDU – eine 16-jährige Geschichte voller Überraschungen und steilen Lernkurven für alle Beteiligten. Die Schaffung eines »Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien« durch die rot-grüne Regierung Schröder im Winter 1998 sollte der Berliner Republik intellektuellen Glanz, kritisches Geschichtsbewusstsein und philosophische Begleitmusik verschaffen. Schröder wollte anknüpfen an die Zeit vor Helmut Kohl, als es zwischen Sozialdemokratie und Kulturszene enge Bande gab. Die Besetzung mit dem Kosmopoliten und Rowohlt-Verleger Michael Naumann, dann dem Philosophen Julian Nida-Rümelin und schließlich der Literaturwissenschaftlerin Christina Weiss setzten da mehr oder weniger gelungene Zeichen.

**Ihr Bestreben ging vor allem in eine Richtung: der Kultur so viel Aufmerksamkeit, Relevanz und vor allem schlicht und ergreifend Geld wie irgend möglich zu verschaffen**

Umso größer war in der Kulturszene der Schrecken, aber auch Spott und Hohn, als die 2005 mit sehr knappem Vorsprung gewählte neue CDU-Bundeskanzlerin Angela Merkel auf den Platz der Philosophen im 6. Stock ihres Hauses einen Mann setzte, dem erklärtermaßen jede Ambition in Richtung eines geistig-moralischen Vordenkers abging: dem Bremer CDU-Lokalpolitiker und gelerntem Realschullehrer Bernd Neumann.

Die Befürchtungen kreisten nicht nur um Stillfragen. Neumann, ein Verehrer und Freund Helmut Kohls, stand zunächst auch im Verdacht, der Berliner Republik – die sich über ihre Rolle in Europa und in der Welt ebenso wenig sicher war wie über ihre »Leitkultur« – ein Geschichtsbild verpassen zu wollen, das revisionistisch und konservativ geprägt war. Obendrein legte der joviale Neumann eine Vergnügtheit und pragmatische Aufgeräumtheit an den Tag, die man im deutschen Kulturbetrieb nicht so kennt und nicht schätzt; zu gute Laune gilt als Ausweis von Oberflächlichkeit und mangelnder Sensibilität. In seiner ersten Pressekonferenz scherzte der mit einer Rolex, Blazer und Einstecktuch angetane Neumann, er plane, länger im Amt zu bleiben als seine Amtsvorgänger. Niemand lachte.

Aber der Spott über die Ungelenkheit verstummte sehr schnell, als sich zwei Dinge herausstellen sollten, die bis in unsere Tage und die Ära Monika Grütters charakteristisch für die Kulturpolitik der CDU waren. In dem Bewusstsein, dass man einander vermutlich fremd bleiben würde – die Künstler und die Christdemokraten – versuchten die beiden CDU-Amtsinhaber gar nicht erst, irgendeine Art von Diskursivität zu erlangen. Ihr Bestreben ging vor allem in eine Richtung: der Kultur so viel Aufmerksamkeit, Relevanz und vor allem schlicht und ergreifend Geld wie irgend möglich zu verschaffen.

Darin waren beide, Neumann wie Grütters, extrem erfolgreich, und niemand aus der Szene bestreitet das. In Zeiten knapper Kassen, mit denen Neumann während der Finanzkrise oder Grütters in der Coronapandemie zu kämpfen hatte, war der enorme »Aufwuchs« des Budgets – in Neumanns Fall insgesamt wichtige zehn Prozent, speziell der Filmförderung, bei Grütters dann um sechzig Prozent auf 2,1 Milliarden Euro – sowie auch des Personals von inzwischen 380 Beschäftigten keine kleine Leistung. Beiden gelang es auch, die misstrauischen Länder zu beruhigen, die einen Eingriff in ihre Hoheitsrechte

nicht schätzen, aber die Förderung ihrer Kulturstützen dann schon.

Neumann aber gelang auch auf ideellem Terrain ein leiser, aber bedeutsamer Durchbruch. Sein Ergebnis kann man heute am Anhalter Bahnhof sehen: Das Dokumentationszentrum Flucht, Vertreibung, Versöhnung gehört zu den gelungensten Ausstellungen der Republik.

**In Zeiten knapper Kassen war der enorme »Aufwuchs« des Budgets sowie auch des Personals von inzwischen 380 Beschäftigten keine kleine Leistung**

Es ist heute nicht mehr so einfach, zu würdigen, welche Rolle in den frühen 2000er Jahren die Geschichtspolitik spielte. Eine zentrale Frage dabei war immer, wie sich die große christdemokratisch-konservative Volkspartei zur deutschen Vergangenheit stellen würde – ob sie in ihren Reihen relativierende Stimmen dulden würde oder eben nicht (mehr). Die Debatte um das Holocaust-Mahnmal im Zentrum der Bundeshauptstadt, der Ausschluss des CDU-Bundestagsabgeordneten Martin Hohmann aus der Unionsfraktion durch die Parteivorsitzende Angela Merkel wegen einer antisemitischen Rede oder eben der Streit um ein »sichtbares Zeichen« für das Leid, das Flucht und Vertreibung verursacht haben, sind nur ein paar Beispiele. An allen drei Themen kann man die Wegstrecke ermessen, die auch innerhalb der CDU  
Fortsetzung auf Seite 2

Nr. 12/2021-1/2022  
ISSN 1619-4217  
B 58 662



01

EDITORIAL

**Versagen**  
Olaf Zimmermann 01

LEITARTIKEL

**Kulturpolitik der CDU: Eine Art staatliches Hauptstadt-Mäzenatentum**  
Mariam Lau 01

SEITE 2

**Kulturmensch Deniz Yücel** 02

AKTUELLES

**Koalitionsvertrag: Mehr Fortschritt wagen**  
Olaf Zimmermann und Gabriele Schulz 03

INLAND

**Politischer Populismus in der Popmusik: Heilige Heimat und neue Weltordnung**  
Jens Balzer 04

**Antisemitismus im deutschsprachigen Hip-Hop**  
Marc Grimm und Jakob Baier 05

**Provokation gehört zur DNA des Gangsta-Rap**  
Vier Fragen an Christian Höppner 05

**»In der Rap-Szene existiert ein judenfeindliches Grundrauschen«**  
Ben Salomo im Gespräch 06

**Selbstkontrolle und Medienschutz**  
BzKJ – Sebastian Gutknecht 07

USK – Elisabeth Secker 07

FSK – Stefan Linz 07

**Möller meint: Keine guten Nachrichten aus Russland**  
Johann Michael Möller 08

**Frauen in der Kunstwelt: »Die Frauen kommen«**  
Linde Rohr-Bongard 09

**Claussens Kulturkanzler: Friede auf Erden?**  
Johann Hinrich Claussen 09

EUROPA

**Kultur global mit Lehmann: »Kein Europäer soll sich in einem europäischen Land als Fremder fühlen«**  
Klaus-Dieter Lehmann 10

INTERNATIONALES

**Goethes Welt Brasilien: Leben im Einklang mit der Natur**  
Felipe Milanez 11

MEDIEN

**Medienpolitischer Jahresrückblick: Mit digitalem Turbo aus dem Corona-Tief**  
Helmut Hartung 12

KULTURELLES LEBEN

**Porträt Katja Wildermuth: Mit R4 und Trabi durch die ARD**  
Andreas Kolb 13

**Keuchels Kontexte: Pflicht, (Will)Kür oder Wandel zur kulturellen Daseinsvorsorge?**  
Susanne Keuchel 13

**Personen & Rezensionen** 14

16 JAHRE: CDU-KULTURPOLITIK

**Das Ende einer Ära**  
Olaf Zimmermann 15

**Bundeskulturministerium: »Die politische Bedeutung der Kultur wurde signifikant gestärkt«**  
Monika Grütters im Gespräch 16

**Rückblick: »Kunst ohne Risiko gibt es nicht«**  
Tanja Dücker im Gespräch 17

**Ausblick: Von der nationalstaatlichen zur paneuropäischen Kultur**  
Nils Minkmar 18

**»Von der neuen Bundesregierung erhoffe ich mir...«**  
Statements der Sprecherinnen und Sprecher des Deutschen Kulturrates 19

**Kulturerbe: Neue Sicht auf die Dinge**  
Markus Hilgert 20

**Provenienzforschung: Viel ist erreicht, viel bleibt zu tun**  
Gilbert Lupfer 21

**Industriekultur: Dringend geboten**  
Oliver Scheytt 21

**Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik: Sharing, Caring, Listening**  
Gitte Zschoch 22

**Kulturelle Bildung: Quo vadis?**  
Susanne Keuchel 22

**Kunstmarkt: Reifezeit für die Kulturwirtschaft**  
Kristian Jarmuschek und Birgit Maria Sturm 23

**Bildende Kunst: Die Parameter der Schiefelage sind offenbar**  
Dagmar Schmidt 23

**Die deutsche Filmförderung**  
Alexander Thies 24

**Musikbereich: Neue Prioritäten für die Kultur!**  
Christian Höppner 24

**Kulturschaffende ins Zentrum der Kulturpolitik**  
Lisa Basten und Lisa Mangold 25

**Erinnerungskultur: Mühen der Ebene**  
Harald Schmid 25

**Freie Szene: Schluss mit »Freiheit gegen Prekarität«**  
Lena Krause 26

**»Von der künftigen Bundesregierung erwarte ich...«**  
Die Kulturministerinnen und -minister der Länder antworten 27

DAS LETZTE

**Kurz-Schluss**  
Theo Geißler 28

**News aus der P&K-Prawda** 28

**Karikatur** 28

**Impressum** 28

DER AUSBLICK 2 | 22

**Die nächste Politik & Kultur erscheint am 1. Februar 2022.**  
Im Fokus steht das Thema »Kultur in Israel«.

Fortsetzung von Seite 1

zurückgelegt wurde. Nicht mehr viele werden sich beispielsweise erinnern, dass der frühere Regierende Bürgermeister Berlins, Eberhard Diepgen von der CDU, damals vor dem Holocaust-Mahnmal warnte, dadurch könne Berlin zu einer »Hauptstadt der Reue« werden – eine Bemerkung, die heute in der AfD verortet würde und in der CDU undenkbar ist. Man kann sagen, dass die CDU in der Kulturpolitik auch den eigenen Wandel organisiert hat. Am Beispiel der Vertriebenen-Debatte lässt sich das besonders plastisch demonstrieren.

Bernd Neumann, dessen dreiköpfige Familie selbst im Winter 1945 mit einem Flüchtlingstreck aus Westpreußen in die Lüneburger Heide gezogen war, hatte sich jahrelang gewissermaßen auf Zehenspitzen um die Moderation der innerdeutschen – und innerparteilichen – Debatte und die Bedenken aus dem Ausland in Sachen »Zentrum gegen Vertriebenen« bemüht.

Die Idee stammte von seiner damaligen Parteifreundin, der langjährigen Vertriebenen-Präsidentin Erika Steinbach, die inzwischen aus der CDU ausgetreten ist und der AfD-nahen Desiderius-Erasmus-Stiftung vorsteht. Steinbach hatte sie schon 1999 aufgebracht.

Als Bundestagsabgeordnete hatte Erika Steinbach gegen die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie gestimmt und bis zu den Recherchen polnischer Journalisten verheimlicht, dass ihre Familie erst mit der NS-Besatzung nach Polen gekommen war. Nicht zuletzt deshalb erregte das Projekt in Polen, Ungarn oder Tschechien den Verdacht, hier sollten deutsche Opfer aus dem Kontext des Vernichtungskriegs gelöst, die deutschen Verbrechen relativiert und womöglich Restitutionsansprüche begründet werden. Weil Steinbach klar war, dass diese Vorgeschichte es ihr unmöglich machen würde, das Projekt allein zu lancieren, holte sie den SPD-Vordenker Peter Glotz ins Boot, der selbst einer Vertriebenen-Familie entstammte.

All das brachte die in den eigenen Reihen umstrittene Kanzlerin Angela Merkel in eine schwierige Lage. Stein-



Mariam Lau

© ZEIT / FOTO: DOMINIK BUTZMANN

bach und die Kanzlerin waren in den ersten Jahren von Merkels Regentschaft eine für beide Seiten vorteilhafte Arbeitsbeziehung eingegangen – mit ihren Auftritten bei Jahrestagen des Vertriebenenbunds verschaffte die Kanzlerin dem Bund der Vertriebenen (BdV) Legitimität, während Steinbach die konservativen Kritiker der Kanzlerin beruhigte. Die »Entente cordiale« endete in der Finanzkrise 2008, als Merkel den Zusammenhalt mit dem polnischen Ministerpräsidenten Donald Tusk nicht gefährden wollte. Steinbach zog sich freiwillig aus dem Stiftungsrat zurück und geriet innerhalb der eigenen Reihen immer mehr in die Isolation. Die CDU, in der die Vertriebenen über lange Strecken der Nachkriegszeit auch mit revanchistischen Positionen laut und vernehmlich gewesen waren, hatte sich verändert. Das Bild von den Vertriebenen, das im 2021 eröffneten Zentrum präsentiert wird, ist nicht nur diverser als früher, weil nun auch die Geschichten der Boat People oder der bosnischen Muslime präsent sind. Neben Zeugnissen ihrer Trauer und ihres Verlustes erscheinen die Vertriebenen hier nicht mehr länger nur als Opfer – sondern auch als Agenten der Modernisierung der Bundesrepublik.

Als Monika Grütters das Amt der Kulturbeauftragten antrat, waren diese Fragen weitgehend geklärt. So öffnete sich ein neuer Raum: Kulturpolitik als

eine Art staatliches Hauptstadt-Mäzenatentum. Das Geld floss in Strömen, siehe oben. Die ehemalige Studentin der Kunstgeschichte, die an der Oper Bonn, im Berliner Verkehrsmuseum, der Buchhandelsgesellschaft und als Honorarprofessorin für Kulturmanagement gewissermaßen »aus der Branche« kam und sich zum liberalen »Merkel-Flügel der Union« zählte, bekannte sich stets sowohl zur zivilisierenden als auch zur repräsentativen Rolle der Kultur. Die Förderung von Projekten gegen Rechts-extremismus und Rassismus war der CDU-Präsidentin ebenso eine Selbstverständlichkeit wie der – mit ursprünglich 130 Millionen Euro veranschlagte, inzwischen bei einer Kostenprognose von 600 Millionen – als völlig überbeurteilt kritisierte Prunk-Neubau des Berliner Museums des 20. Jahrhunderts. Andere Großprojekte sind und bleiben umstritten: das wieder eröffnete Humboldt Forum oder die Reform der alles

überwölbenden Stiftung Preußischer Kulturbesitz, die im Zentrum einer neuen Kolonialismusdebatte steht und in vielen ihrer Museen viel zu niedrige Besucherzahlen vorzuweisen hat. Wozu überhaupt »Preußen« noch als Klammer der Berliner Kulturpolitik?

In einem Aufsatz für die »ZEIT«, den Grütters kürzlich gemeinsam mit ihrem Parteifreund, dem Musikmanager Joe Chialo, als Antwort auf einen Text des SPD-Kanzlerkandidaten Olaf Scholz und des SPD-Kulturpolitikers Carsten Brosda verfasste, werden ein paar Grundpfeiler der CDU-Kulturpolitik deutlich. Wo Brosda und Scholz einen »Schulterschluss zwischen Politik und Kultur, zwischen Macht und Geist« fordern, zitieren Grütters und Chialo Friedrich Schiller: »Kunst ist eine Tochter der Freiheit«. Der Vorwurf der SPD, Kultur habe sich in der Vergangenheit zu oft »auf die reine Ästhetik reduziert«, weisen Grütters und Chialo zurück. Die Kunst sei frei, wenn

sie sich – hier ein kleiner Wink mit dem Zaunpfahl in Richtung der FDP – »weder einer reinen Marktlogik beugen, noch in den Dienst eines politischen Anliegens, einer Weltanschauung oder Ideologie stellen muss«.

Zu diesen erfreulich undogmatischen Gedanken gesellt sich dann zwar auch die Forderung nach einem »Gesellschaftsvertrag«, die zu der vorher proklamierten ästhetischen Unabhängigkeit der Kunst nicht so recht zu passen scheint. Grütters spricht gar von der Demokratie als einem »Fall für die Intensivstation«, der »ständiger Beatmung« durch die Kultur bedürfe. Die CDU wird in den kommenden Jahren als vermutliche Oppositionspartei reichlich Gelegenheit haben, einmal tief Luft zu holen und diese Ideen in Ruhe Revue passieren zu lassen.

**Mariam Lau ist Politische Korrespondentin im Politikressort der ZEIT**

Kulturmensch Deniz Yücel

»Im Zweifel immer für die Freiheit des Wortes und der Kunst« – der Journalist und Publizist Deniz Yücel tritt seit jeher für Kunstfreiheit und den demokratischen Diskurs ein. Dies machte er auch bei seiner Rede als neu gewählter Präsident des PEN-Zentrums Deutschland Ende Oktober vor den Mitgliedern des PEN – steht für Poets, Essayists, Novelists – in der Frankfurter Paulskirche deutlich. Sein neues Amt hat Deniz Yücel von Regula Venske, die es seit 2017 innehatte und als Mitglied des Boards von PEN International weiterhin für den PEN tätig sein wird, übernommen. Yücel wurde 1975 als Sohn türkischer Arbeitsmigranten in Flörsheim am Main geboren und besitzt die deutsche und die türkische Staatsbürgerschaft. 1996 ging er nach Berlin und studierte an der FU Berlin Politikwissenschaft.

Das deutsche PEN-Zentrum ist mit seinem Geschäftssitz in Darmstadt eine von weltweit über 150 Schriftstellervereinigungen, die im PEN International zusammengeschlossen sind. Die ursprünglich 1921 in England gegründete Vereinigung hat sich als Anwalt des freien Wortes etabliert und gilt als Stimme verfolgter und unterdrückter Schriftstellerinnen und Schriftsteller. Die Beschneidung des freien Wortes musste Yücel am eigenen Leib erfahren, als er 2017 als Korrespondent der Zeitung »Die Welt« in der Türkei inhaftiert wurde. Ein ganzes Jahr lang saß er in Untersuchungshaft. In Deutschland gab es zahlreiche Solidaritätskundgebungen für eine sofortige Freilassung. »Ich bin sehr dafür, die intellektuelle, politische und kulturelle Auseinandersetzung mit den Feinden der offenen Gesellschaft zu führen, und bilde mir ein,

dabei nicht zimperlich zu sein«, so Yücel in seiner Rede. Im Mai 2019 wurde Deniz Yücel in das deutsche PEN-Zentrum aufgenommen. Zwei Jahre später ist er nun sein Präsident. Zu seinem neuen Amt gratulieren wir Deniz Yücel herzlich!



FOTO: URBAN ZINTEL



# Koalitionsvertrag: Mehr Fortschritt wagen

Was heißt das für die Kultur?

OLAF ZIMMERMANN UND  
GABRIELE SCHULZ

Am 24. November wurde er vorgelegt, der Koalitionsvertrag von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP. Zum Drucktermin dieser Zeitung stehen die Entscheidungen der Parteitage von SPD und FDP sowie der digitalen Mitgliederbefragung von Bündnis 90/Die Grünen zur Annahme des Koalitionsvertrags noch aus. Doch es müsste schon mit dem sprichwörtlichen Teufel zugehen, wenn diese Hürden nicht genommen und wie geplant, Olaf Scholz zum vierten sozialdemokratischen Kanzler der Bundesrepublik Deutschland gewählt würde.

Die Überschrift dieses Koalitionsvertrags ist mutig: »Mehr Fortschritt wagen«. Das erinnert bewusst an die berühmte Regierungserklärung des ersten sozialdemokratischen Bundeskanzlers, Willy Brandt, »mehr Demokratie wagen«. Mehr Demokratie wollte die neue sozialliberale Koalition wagen. Mehr Fortschritt ist das Ziel der ersten Ampel-Regierung, man könnte fast sagen, sozialliberal plus Grüne, auf Bundesebene. Und es lohnt sich, den Koalitionsvertrag genau zu lesen, um die Versprechen und auch die Leerstellen mit Blick auf den Kultur- und Medienbereich auszumachen.

Zuerst die Enttäuschung: Weder wird es ein Bundeskulturministerium noch einen Bundeskulturminister im Bundeskanzleramt geben. Es bleibt bei der Staatsministerin für Kultur und Medien. Für die kommenden vier Jahre wird an der Spitze der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien eine Grüne stehen. Auf sie warten viele Aufgaben und vor allem viel Koordinierungs- und Abstimmungsbedarf mit den anderen Ressorts. Denn wie schon in den vorherigen Koalitionsverträgen ist von Kultur und Kulturpolitik eben nicht nur im Kapitel »Kultur- und Medienpolitik« die Rede, sondern ebenfalls in vielen anderen Kapiteln.

## Digitalisierung

Durch den gesamten Koalitionsvertrag zieht sich das Thema Digitalisierung als Leitmotiv. Die Digitalisierung der Verwaltung, des Gesundheitswesens, der Landwirtschaft, der Finanzverwaltung, der Außenpolitik, des Ehrenamts, der der der ... soll vorangetrieben werden. Es gibt eigentlich kein Thema, das die neue Bundesregierung angehen will, bei dem Digitalisierung keine Rolle spielen soll. Es ist insofern folgerichtig, dass es kein eigenständiges Digitalisierungsministerium geben wird, sondern vielmehr allen Ressorts der Digitalisierung eine wesentliche Funktion zugewiesen wird. Hier besteht ein Fortschrittsoptimismus, dass durch die Digitalisierung Impulse freigesetzt werden. Für den Kulturbereich wird dies bedeuten, die verschiedenen Ressorts im Blick zu halten und für den Deutschen Kulturrat die Querschnittsaufgabe Digitalisierung zu stärken.

Konkret wird im Koalitionsvertrag gerade mit Blick auf Wissenschaft und Forschung formuliert, Open Access als gemeinsamen Standard zu etablieren. Weiter ist ein wissenschaftsfreundlicher Erheberrecht vorgesehen – hier bleibt zunächst offen, welche Initiativen über das in der letzten Wahlperiode verabschiedete Urheberrechts-Wissenschaftsgesetz geplant sind. Konkret wird im Kulturkapitel angesprochen, dass ein fairer Interessenausgleich angestrebt wird. Dies soll auch mit Blick auf faire Rahmenbedingungen für E-Lending gelten. Gleichfalls soll die Vergütungssituation für kreative und journalistische Inhalte verbessert



Am 24. November wurde der Koalitionsvertrag von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP der Öffentlichkeit vorgestellt

werden. Hier wird vermutlich eine erste Bewährungsprobe des Ansprechpartners bzw. der Ansprechpartnerin für Kultur- und Kreativwirtschaft bei der Bundesregierung anstehen.

## Kultur- und Kreativwirtschaft

Zwar wird im Kulturkapitel die Berufung des Kultur- und Kreativwirtschaftsbeauftragten angekündigt, ansonsten bleibt es mit Aussagen zu dieser Branche sehr dünn. Im umfangreichen Wirtschaftskapitel, in dem verschiedene Wirtschaftszweige von der Automobilwirtschaft über die Maritime Wirtschaft bis zur Tourismuswirtschaft alle möglichen Wirtschaftszweige durchgegangen werden, findet sich kein Wort zur Kultur- und Kreativwirtschaft. Hier scheint beim designierten Wirtschaftsminister Robert Habeck noch Nachholbedarf zu bestehen. Bei künftigen Freihandelsabkommen sollen der Multilateralismus und faire, soziale, ökologische und menschenrechtliche Standards gestärkt werden – auf die Konvention kulturelle Vielfalt wird leider kein Bezug genommen.

## Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik

Sehr umfangreich sind die Aussagen zur Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik, die auch den Kultur- und Mediensektor betreffen. Im Kulturkapitel wird ausgeführt, dass Soloselbständige und hybrid beschäftigte Kreative besser sozial abgesichert werden. Weiter soll die Künstlersozialkasse finanziell stabilisiert und die erhöhten Zuverdienstmöglichkeiten für KSK-Versicherte aus nichtkünstlerischer selbständiger Arbeit erhalten bleiben. Im Arbeitsmarktkapitel wird weiter ausgeführt, dass der Zugang für Selbständige zur freiwilligen Arbeitslosenversicherung erleichtert werden soll. Vereinfachungen und Weiterentwicklungen sollen geprüft werden. Die Neustarthilfe im Rahmen der Überbrückungshilfe III Plus soll fortgeführt werden. Weiter sollen steuerfinanzierte Wirtschaftshilfen entwickelt werden, damit bei nicht selbst verantworteten Erwerbsausfällen die Lebensunterhaltungskosten finanziert werden können – vulgo eine Art Unternehmerlohn. Mit Blick auf die Statusfeststellungsverfahren (Scheinselbständigkeit) soll gerade mit Blick auf die digitale Arbeitswelt mehr Rechtssicherheit geschaffen werden. Hinsichtlich der Rentenpolitik soll die Wirkung der Grundrente evaluiert werden – dies wird insbesondere auch Künstlerinnen und Künstler betreffen. Für neue Selbständige soll eine Pflicht

zur Altersvorsorge eingeführt werden. Die gesetzliche Rentenversicherung soll hier die Regel werden. Geplant ist eine Opt-Out-Regel, um ein privates Vorsorgemodell wählen zu können, das allerdings insolvenz- und pfändungssicher sein muss. Hoffentlich wird dieses Vorhaben, das nun seit mindestens drei Wahlperioden diskutiert wird, endlich umgesetzt. Weiter soll die bisherige Grundicherung zu einem Bürgergeld umgewandelt werden. Geplant ist, die in der Coronapandemie eingeführten Regelungen fortzuführen.

## Bildung

Sehr spannend ist, dass ein Kooperationsgebot im Bildungsbereich eingeführt und eine neue Form der Zusammenarbeit von Bund, Ländern und Kommunen etabliert werden soll. Mit Blick auf den noch in der letzten Wahlperiode gesetzlich verankerten Rechtsanspruch von Grundschulkindern auf Ganztagsbetreuung ist ein gemeinsamer Qualitätsrahmen geplant. Die kulturelle Bildung spielt bis auf das bereits bestehende und in die dritte Förderperiode gehende Programm »Kultur macht stark« keine Rolle und auch der Digitalpakt 2.0 ist zunächst ausschließlich für Schulen vorgesehen. Im Kulturkapitel ist die Rede davon, dass der Beitrag der Bundeskulturförderung zur kulturellen Bildung evaluiert werden soll. Den Mittlerorganisationen der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik sollen Präsenzformate der kulturellen Bildung im Inland ermöglicht werden – hier tut sich offenbar ein neues Handlungsfeld auf.

## Geschlechtergerechtigkeit

Geschlechtergerechtigkeit, insbesondere die Überwindung des Gender Pay Gap, die höhere Präsenz von Frauen in Führungspositionen, die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf für beide Elternteile werden an verschiedenen Stellen angesprochen. Mit Blick auf Wissenschaft und Forschung soll Geschlechtergerechtigkeit und Vielfalt überall durchgesetzt werden. Auch im Kulturkapitel wird auf dieses Querschnittsthema Bezug genommen.

## Bürgerschaftliches Engagement

Zusammen mit der Zivilgesellschaft soll eine neue Engagementsstrategie erarbeitet werden. Die in der vergangenen Wahlperiode aus der Taufe gehobene Deutsche Stiftung für Engagement und Ehrenamt soll in ihrem Förderauftrag gestärkt werden. Hier wäre es, gerade mit Blick auf eine neue Engagement-

strategie, allerdings auch erforderlich, die Zusammensetzung der Gremien noch einmal zu überdenken. Geplant ist ferner ein Demokratiefördergesetz und die Ermöglichung von überjährigen Förderungen im Bundesprogramm »Demokratie leben!«.

## Nachhaltigkeit

Nachhaltigkeit zieht sich ebenfalls wie Digitalisierung als Schwerpunktthema durch den Koalitionsvertrag. An mehreren Stellen wird auf die UN-Agenda 2030 Bezug genommen, dabei allerdings insbesondere auf Biodiversität, Klimaschutz usw. eingegangen. Die kulturelle Dimension der Nachhaltigkeitsdebatte muss noch geschärft werden. Dies wird eine wichtige Aufgabe für den Kulturbereich selbst werden.

## Finanzen

Mit Blick auf die Umsatzsteuer ist geplant, die Befreiung für gemeinwohlorientierte Bildungsdienstleistungen europarechtskonform beizubehalten. Weitere Initiativen im Umsatzsteuerrecht werden im Koalitionsvertrag nicht angesprochen. Gesetzlich soll allerdings klargestellt werden, dass gemeinnützige Organisationen sich innerhalb ihrer steuerbegünstigten Zwecke politisch betätigen und sich gelegentlich auch zu tagespolitischen Fragen äußern können, ohne die Gemeinnützigkeit zu gefährden. Ein dickes Brett wird die geplante Entlastung der Kommunen von Altschulden sein. Diese Maßnahme ist allerdings ein wichtiges Instrument, um die Finanzkraft von Kommunen zu stärken, sie wieder handlungsfähig zu machen, damit sie ihren Aufgaben auch in der Kulturförderung nachkommen können. Unmissverständlich wird im Koalitionsvertrag ausgeführt, dass die Schuldenbremse ab 2023 wieder eingehalten werden soll. Alle Ausgaben werden auf den Prüfstand gestellt. Es wird bereits angekündigt, dass im Rahmen der Haushaltsaufstellung auch Ausgabenkürzungen vorgenommen werden. Hier wird auf harte Zeiten vorbereitet.

## Kulturförderung

Hinsichtlich der Kulturförderung wird an Bisheriges angeknüpft. Das gilt insbesondere für die NEUSTART KULTUR-Programme, die zunächst fortgeführt werden sollen. Die Kulturstiftung des Bundes soll pünktlich zu ihrem 20. Geburtstag zusammen mit den Bundeskulturfonds zum Innovationstreiber werden, nicht zuletzt damit die Freie Szene gestärkt wird. Die Gamesförde-

rung findet ebenso Erwähnung wie die Förderung unabhängiger Verlage. Die Bundesförderung der Stiftung Preussischer Kulturbesitz soll erhöht und die Reform vorangetrieben werden.

## Medien

Die Kohärenz zwischen Europa-, Bundes- und Landesrecht soll optimiert werden. Dies soll in einer Bund-Länder-AG erfolgen. Die flächendeckende Versorgung mit periodischen Pressezeugnissen soll gewährleistet und ggf. gefördert werden. Hassrede und Desinformation sollen bekämpft werden.

## Erinnerungskultur

Das Gedenkstättenkonzept des Bundes soll aktualisiert und auskömmlich finanziert werden. Das Bundesprogramm »Jugend erinnert« soll verstetigt und modernisiert werden. Die Restitution von NS-verfolgungsbedingt entzogenem Kulturgut soll verbessert werden. Die Bundesstiftung Aufarbeitung soll gestärkt werden. Die Digitalisierung und Provenienzforschung zu Sammlungsgut aus kolonialen Kontexten soll vorangetrieben werden. Die Rückgabe von Objekten aus kolonialen Kontexten soll unterstützt werden.

## Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik

Die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik soll weiter gestärkt, flexibilisiert und über Ressortgrenzen koordiniert werden. Die Mittlerorganisationen sollen gestärkt und ihnen, wie erwähnt, in der kulturellen Bildung neue Präsenzformate in Deutschland ermöglicht werden. Hervorgehoben wird die Aussöhnung mit Namibia, die in einem gemeinsamen Prozess der Aufarbeitung münden soll.

## Strukturen

Eine ganze Reihe neuer Strukturen sind für den Kulturbereich vorgesehen. So soll ein Plenum der Kultur etabliert werden, an dem Länder, Kommunen, Kulturproduzenten, Verbände und Zivilgesellschaft beteiligt werden, um die Kooperation zu verbessern. Für die Kultur- und Kreativwirtschaft soll der bereits erwähnte Ansprechpartner bei der Bundesregierung verankert werden. Eingerichtet werden soll eine zentrale Anlaufstelle »green culture« sowie ein Kompetenzzentrum für digitale Kultur. Eine »Bundesstiftung industrielles Welterbe« soll errichtet und ein Sonderprogramm »Globaler Süden« geschaffen werden.

## Mehr Fortschritt in der Kultur?

Erfreulich ist, dass im Koalitionsvertrag viele Anliegen des Deutschen Kulturrates aufgenommen wurden. Besonders deutlich ist dies in der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik, aber auch in anderen Feldern ist festzustellen, dass unsere Positionen und Forderungen ihren Niederschlag gefunden haben. Das ist sehr positiv. Ja, natürlich gibt es Leerstellen. Aber die Legislaturperiode beginnt ja erst und ein Koalitionsvertrag sollte nicht nur ein Pflichtenheft sein, das im Laufe der Wahlperiode abgehakt wird. Er sollte vielmehr den Rahmen für politisches Handeln bilden und Raum für Unvorhersehbares lassen. Einiges aus der letzten Wahlperiode wird fortgeschrieben, einiges wird neu akzentuiert. Eines ist klar: Die Arbeit beginnt jetzt. In diesem Sinne bietet der Koalitionsvertrag eine ganze Reihe an positiven Ansatzpunkten für eine fortschrittliche Kulturpolitik.

Olaf Zimmermann ist Geschäftsführer des Deutschen Kulturrates. Gabriele Schulz ist Stellvertretende Geschäftsführerin des Deutschen Kulturrates

# Heilige Heimat und neue Weltordnung

Motive des politischen Populismus in der aktuellen Popmusik

JENS BALZER

Mit stumpfem Sprechgesang schwingen die einen ihre überzüchteten Trizeps über die Bühne, predigen Hass auf Frauen, Schwule und Juden, während die anderen, völkische Deutschrocker, mit grobem Gitarrenschrubbe patriotische Gefühle beschwören. Beim Blick in die Hitparaden der letzten Jahre kommt leicht der Verdacht auf, dass Popmusik nur noch reaktionäre Weltbilder pflegt. Der ECHO 2018 endete glanzlos mit einem Skandal, weil die beiden Rapper Kollegah und Farid Bang mit einem Preis für das beste deutsche Hip-Hop-Album des Jahres geehrt wurden – obwohl sie darauf die Opfer der Shoah verhöhnern und obwohl das gesamte Werk nur so strotzt vor sexistischen und gewaltverherrlichenden Texten. Dennoch – oder muss man sagen, deshalb? – war die Platte in den ersten Monaten 200.000 Mal verkauft und 30 Millionen Mal gestreamt worden und erhielt darauf prompt den Preis, der die Kunst ehrt, obgleich er vornehmlich nach den höchsten Verkaufszahlen vergeben wurde. Einen ähnlichen Skandal hatte ein paar Jahre zuvor schon die erfolgreiche Südtiroler Band Frei.Wild ausgelöst, die ihren Deutschrock mit aggressiv patriotischen Texten bestückt.

Der ECHO wurde nach dem Kollegah-und-Farid-Bang-Skandal abgeschafft. Aber das ändert nichts an der gewonnenen Einsicht, dass sich der Mainstream bedenklich nach rechts verschoben hat. Wie konnte es dazu kommen? Hatten wir nicht früher einmal geglaubt, dass Pop sich auf der Seite der Aufrechten, der doch eher links Engagierten befindet? War Pop nicht immer schon ein Medium der Schwachen und der Minderheiten, der Emanzipation? Diese Fragen stellen sich heute viele, und der Kulturkritiker Georg Seeßlen hat denn sogar schon das Ende der Popmusik als emanzipatorischer Ausdrucksform verkündet: »Die Legende, dass unsere Musik, unsere Filme, unsere Comics automatisch mit dem Progressiven, Sozialen und Liberalen, mit der Verbesserung der Welt verbunden sein müssten, mit dem Geschmack von Freiheit, Gerechtigkeit und Geschwisterlichkeit – diese Legende haben wir schon seit geraumer Zeit begraben. In beinahe jedem musikalischen Genre, jeder Mode, jedem Medium hat sich ein dezidiert rechtes bis faschistoides Segment gebildet.« Es gebe, so Seeßlen, eine »Infiltration durch rechtspopulistische und neofaschistische Kräfte, Identitäre, Neue Rechte, Neocons, Volkstreue und wie auch immer sich das alte Gebräu in den neuen Flaschen nennen mag«, kurz: im Pop der Gegenwart herrsche eine »rechte Hegemonie« (Seeßlen, »Is This the End? Pop zwischen Befreiung und Unterdrückung«, Berlin 2018).

Ich glaube, dass Seeßlens Diagnose einerseits zutreffend ist, andererseits aber zu kurz greift. Der Pop scheint mir weniger »infiltriert« zu sein durch rechtspopulistische und neofaschistische Kräfte – als dass er vielmehr eine gesellschaftliche Verschiebung nach rechts spiegelt und auch bereits kulturell vorweggenommen hat, bevor sie sich in der jüngeren Vergangenheit politisch entäußert hat.

Worin besteht diese Verschiebung? Im gewachsenen Verlangen nach Tradition, Herkunft und Identität; nach patriarchalen Verhältnissen und einer weniger komplizierten, übersichtlichen Welt; im Verlangen nach Abgrenzung und Grenzen; in der Abwehr von allem, was man als anders empfindet. Diese Verschiebung ist eine kulturelle; sie läuft dem politischen Wandel seit

Jahren voraus und hat ihn mit vorbereitet. Man findet sie in verschiedenen Feldern, besonders deutlich aber in der Popmusik. So sind unter den erfolgreichsten Rockmusikern im deutschsprachigen Raum seit wenigstens einem Jahrzehnt viele Künstler und Gruppen, die sich als patriotisch, traditions- und heimatbewusst inszenieren; etwa die schon erwähnte Südtiroler Band Frei.Wild oder der österreichische »Volks-Rock'n'Roller« Andreas Gabalier, der in seiner Musik nostalgische Heimat- und Volksmusikmotive mit nicht minder nostalgischen Rock'n'Roll-Klängen aus den 1950er Jahren verbindet. Damit ist Gabalier zu einem der erfolgreichsten deutschsprachigen Popmusiker aufgestiegen. Und das nicht nur in Österreich, sondern auch in Deutschland.

Das ist die eine Seite. Aber die andere ist: Ausschlaggebenden Anteil an der Durchsetzung reaktionärer politischer Inhalte im deutschsprachigen Hitparaden-Mainstream hatten nicht nur patriotische Rocker aus Deutschland, Österreich oder Südtirol. Sondern vor allem auch Deutsch-, Gangsta- und Straßenrapper mit migrantischem, oft muslimischem Kulturhintergrund wie Bushido, Xatar, Haftbefehl und Farid Bang. Dass paläolithischer Maskulinismus und Misogynie, roher Sexismus, Homophobie, Rassismus, Hate Speech und – in pophistorisch bislang unbekanntem Ausmaß – auch antisemitische Stereotype und Verschwörungstheorien in den Charts anzutreffen sind: Das haben wir keinen AfD- oder FPÖ-nahen Patrioten zu verdanken, sondern gerade Künstlern aus jener Bevölkerungsgruppe, die die deutschen Rechtspopulisten am liebsten irgendwohin »abschieben« möchten – die ihnen weltanschaulich aber in Wahrheit viel näher stehen, als man es sich in den offiziellen Verlautbarungen eingesteht.

Diese sonderbare Dialektik gehört zur kulturellen Rechtsverschiebung im Pop wesentlich hinzu: Seit anderthalb Jahrzehnten bewähren sich die rapenden Penisse aus dem Migranten-Hip-Hop als nützliche Idioten für den Rechtspopulismus, der sie einerseits als tabulose und unzivilisierte Sprachrohre seiner Ideologie braucht sowie andererseits als klischeehafte Feindbilder. Denn als muslimisch geprägte Parallelweltbewohner mit einer gern ausgestellten Nähe zur organisierten Kriminalität entsprechen sie ja gerade dem Schreckbild, das der rechte Flügel der Konservativen und die AfD von nicht integrationswilligen Migranten zeichnen. So dienen sie gleichermaßen

**Hatten wir nicht früher einmal geglaubt, dass Pop sich auf der Seite der Aufrechten, der doch eher links Engagierten befindet?**

als stereotype Verkörperung der vom Populismus beschworenen Gefahr eines gescheiterten Multikulturalismus – und als Protagonisten jenes patriarchalen Männlichkeits- und Gesellschaftsbilds, das im innersten Kern der rechtspopulistischen Ideologie liegt.

Der Hass auf Frauen und Schwule – »Berlin wird wieder hart, denn wir verkloppen jede Schwuchtel« hieß es schon 2003 bei Bushido – und auf den grassierenden »Genderwahnsinn« (Gabalier) ist eine wesentliche Konstituente des rechtspopulistischen Weltbilds. Eine andere ist die Sehnsucht nach einer von den Zersetzungskräften der Globalisierung unangekränkelten Heimat und Tradition: »Ich dulde keine

Kritik / an diesem heiligen Land / das unsere Heimat ist«, heißt es etwa bei Frei.Wild in dem Lied »Südtirol«. Freilich findet sich die Liebe zu Heimat und Herkunft auch bei vielen anderen, äußerst erfolgreichen Bands, die sich selber als unpolitisch oder sogar als linksgeprägt bezeichnen würden – etwa bei der norddeutschen Gruppe Santiano, die Rockmusik mit Seemannslied- und Piratenromantik-Motiven verbindet und gerade wieder mit ihrem neuen Al-

**Wesentlichen Aufschwung erhielt der rechtspopulistische Hip-Hop durch die Kommunikation von Verschwörungstheorien**

bum auf den ersten Platz der deutschen Hitparade gekommen ist; oder bei den zahlreichen Mittelalter-Rockbands wie In Extremo oder Schandmaul. Gegen den lange Zeit vorherrschenden Kosmopolitismus des Pop beschwören sie alle in mehr oder weniger modernisiertem Gewand nationale oder regionale Musik- und Motiv-Traditionen. Im breiten Zuspruch für diese Bands scheint sich mithin ein Bedürfnis nach Heimatpflege zu äußern, das – in vorpolitischer Weise – für breite Publikumsschichten gilt, unabhängig von sonstigen ideologischen Einstellungen.

Ungeachtet solcher generellen Verschiebungen in der popkulturellen Mentalität verfügten die politischen Protagonisten des neuen Rechtspopulismus selber lange Zeit über keinen eigenen Soundtrack. Weder AfD noch Pegida noch der subkulturelle Arm der Bewegung, die Identitären, hatten Rockbands, Rapper oder auch nur Liedermacher von nennenswerter Bedeutung aufzuweisen, die sich ausdrücklich zu ihnen bekennen würden. Auch das hat sich jedoch inzwischen geändert – angefangen mit dem Erfolg des identitären Rappers Chris Ares im Herbst 2019 mit seinem Track »Neuer deutscher Standard«. Darin rappt er gegen die sogenannten »Autotune-Migranten« und die »Clan- und Vergewaltigungsrapper«, gegen welche er wieder »Werte und »Patriotismus« in den Hip-Hop einführen will; und schaffte es damit auf Platz 1 der Amazon-Charts.

Wesentlichen Aufschwung erhielt der rechtspopulistische Hip-Hop dann allerdings durch den Umstand, dass sich der rechtspopulistische Diskurs zusehends auf die Kommunikation von Verschwörungstheorien zu verschieben begann; wir haben das alle während der Coronapandemie und der Entstehung der sogenannten Querdenker-Szene im politischen Feld beobachten können. Verschwörungstheorien haben im Hip-Hop schon vorher eine Rolle gespielt, man kann das bis zu den Anfängen des US-amerikanischen Hip-Hop zurückverfolgen und zu dessen Verflechtungen mit der »Nation of Islam« des antisemitischen Predigers Louis Farrakhan. In Deutschland war es schon bei Kollegah so, dass sich dessen antisemitische Überzeugungen nicht nur in einzelnen Textzeilen widerspiegelten – wie beim ECHO dann skandalisiert –, sondern etwa schon auch in seinem Video »Apokalypse« aus dem Jahr 2016. Das zeigt eine epische Geschichte der Menschheit im Kampf gegen das Böse – welches als gesichtsloser Herrscher mit einem Davidstern-Ring am Finger porträtiert wird, der das weltweite Bankensystem insgeheim kontrolliert. Am Ende kann er besiegt werden, und nachdem das Böse verschwunden ist, bauen Christen, Muslime und Buddhisten die Welt wieder auf.

Bei dem Rapper Ukvali hieß es 2015 in seinem Track »Killumination«: »Immer wenn ich rap, ist 'ne Botschaft im Anflug / Es geht um Banker, Kokser im Anzug / Sie kontrollieren die Nachrichtensender / Sie berichten von Krisen in islamischen Ländern / Sie wüfeln nicht, nein, sie verschwören sich / Fakt ist, die Wahrheit wird nie veröffentlicht / Die Elite will uns am Boden halten«. Gemeinsam mit Chris Ares und dem Rapper Absztrakt brachte er 2019 das Stück »Sündenpfuhl der Macht« heraus, und Absztrakt (inzwischen unter dem Namen Galstarr) und Ukvali finden sich dann auch wieder auf einem Hip-Hop-Track mit dem Titel »Ich mach da nicht mit« aus dem Frühjahr 2021, der sich als Hymne der Querdenker-Bewegung versteht und eine Art Klassentreffen aller querdenkenden Musiker des Landes darstellt. Zu den weiteren Beteiligten gehört ein aus dem Ruhrpott stammender Rapper namens Goethe – da haben wir dann auch den Bezug der Querdenker zur Waldorfbewegung –; ein Rapper, der früher als Qdenka firmierte und sich nun Holy Smoke nennt; und Xavier Naidoo, in dessen Beitrag es heißt: »Ich mach' da nicht mit / Es kann gar nicht sein, euer Gift kommt niemals in uns're Körper rein / Die Geschwister und ich, wir wagen den Schritt: Wir machen nicht mit.«

»Truth-Rap« nennen die Beteiligten selbst dieses Genre. In dem Beitrag des Rappers Beatus zu dem Stück »Ich mach da nicht mit« heißt es exemplarisch: »Ich mach' da nicht mit, sie woll'n dass ich mich impf' / Die Wirtschaft wird gefickt und die Masken sind Pflicht. / Hab vor acht Jahr'n schon damals die Lage geblickt / und es wird alles wahr, doch die Schafe sind blind. / Satanische Sklaven sind apathisch und sick, / Ich sag': »Fuck NWO« und bewahr' mein Gesicht.« Hier zeigt sich der populistische Blick auf die Welt in seiner elementarsten Gestalt: Rapper stellen sich als Widersacher herrschender Eliten dar (NWO ist natürlich die Abkürzung für »Neue Weltordnung«), denen sie wahres, authentisches Wissen entgegenstellen und einen Durchblick, den die Mehrheit des Volkes (die »Schafe«) gerade nicht besitzt. Vielleicht lässt sich im »Truth-Rap« – vor aller konkreten politischen Positionierung – auch ein weiterer Ausdruck des spezifischen Maskulinitäts erkennen, der gerade den Deutschrap auszeichnet. Dass es sich meistens, wie ich schon sagte, um rappende Penisse handelt, das drückt sich eben nicht nur in Frauenverachtung aus, sondern auch in der Überzeugung, alles besser zu wissen als der Rest der Welt und dementsprechend alles besser erklären zu können. Deutsche Rapper sind Inbegriffe dessen, was man gerne »Mansplainer« nennt. Meist sind ihre Sprechgesangstexte lediglich unangenehm angerberisch und dabei auch doof; im Truth-Rap gleitet diese Disposition ins politisch Reaktionäre ab.

Im Truth-Rap mit seinen Verschwörungstheorien und seiner Nähe zur Querdenker-Bewegung sind Schnittstellen mit der Neuen Rechten entstanden, die allerdings nicht stabil sind. Denn die Neue Rechte – und ihr parlamentarischer Arm, die AfD – hat ja von vornherein große Schwierigkeiten damit gehabt, sich die frei flottierenden Impulse der Querdenker-Bewegung zu eigen zu machen. Dazu war man sich lange selbst nicht sicher genug, ob man in der politischen Bearbeitung der Pandemie – wie zu Beginn in den Äußerungen der AfD – auf den starken, autoritären, kontrollierenden Staat setzen soll oder – wie später – dann nicht doch lieber auf den anarchisch-querdenkerischen Widerstand gegen die Autoritäten. Und so fragil wie die

Beziehungen der Neuen Rechten zum Querdenkertum bleiben letztlich auch ihre Beziehungen zur Popmusik und im Besonderen zum Hip-Hop – dazu sind ihren Protagonisten und (wenigen) Protagonistinnen kulturelle Identität und die daraus resultierenden kulturellen Reinheitsgebote zu wichtig. Durch letztere werden alle popmusikalischen Formen geächtet, die nicht von rein deutschen, rein weißen, heterosexuellen Männern unter Ausschluss afroamerikanischer oder sonstiger nichtweißer, nichtdeutscher Einflüsse vorgetragen werden – wonach, wie man sich vorstellen kann, nicht mehr viel übrig bleibt. Den dogmatischen Spitzen der neurechten Bewegung ist Popmusik mentalitätsgeschichtlich prinzipiell fremd – denn Popmusik gründet ästhetisch schon immer auf Hybridität, auf der Vermischung von kulturellen Traditionen, auf der Globalisierung.

Kann man also sagen, dass die konstitutive Hybridität des Pop ein utopisches Gegenbild bietet gegen die identitären Verhärtungen des kulturellen und politischen Rechtspopulismus? Einerseits ja: In der kulturellen Situation, in der wir uns befinden, gibt es jenseits von Phänomenen wie dem reaktionären Deutschrock und Deutschrap eben auch breite Strömungen des Pop, die emanzipatorisch und transgressiv, global und eklektizistisch sind; insbesondere im Feld der elektronischen Klubmusik und der dazugehörigen Avantgarde. Hier sind schwule, lesbische, nichtbinäre Kunstschaffende so sichtbar wie noch nie.

**Wer von der wachsenden Hegemonie identitärer Vorstellungen in der Popkultur reden will, darf sich nicht nur auf die Seite der Rechtspopulisten beschränken**

Andererseits steht dieser Eklektizismus auch unter zunehmender und immer vehementerer Kritik durch die Sachwalterinnen und Sachwalter einer linken Identitätspolitik. Diesen gilt die Vermischung verschiedener Stile und Traditionen als abzulehnende »cultural appropriation«. Denn egal, was man womit vermischt – man bekräftigt in dieser Perspektive damit immer irgendein Machtverhältnis; es findet sich garantiert immer irgendein Opfer, das durch die Aneignung der »eigenen« Tradition in seiner Souveränität verletzt wird.

Wer von der wachsenden Hegemonie identitärer Vorstellungen in der Popkultur reden will, darf sich also nicht nur auf die Seite der Rechtspopulisten beschränken: Die Abwehr des anderen und des Hybriden, die Beschwörung der kulturellen Identität und die daraus resultierende Verhärtung hat gegenwärtig alle politischen Lager ergriffen. Für die Kritik des Pop kann das nur heißen, dass sie einen Ort jenseits der verfestigten Frontlinien suchen muss: Die Utopie, die Popmusik immer noch bietet – dass es ein Leben und eine Kultur jenseits der überkommenen Traditionen und Identitäten, jenseits der irdischen Grenzen und Territorien gibt –, muss heute stärker denn je gleichermaßen gegen die Kräfte der linken und rechten Identitätspolitik, gegen die Kräfte der linken und rechten Reaktion verteidigt werden.

Jens Balzer ist Journalist und Buchautor unter anderem von »Pop und Populismus«, Edition Körber, Hamburg 2019

# Antisemitismus im deutschsprachigen Hip-Hop

81,4 Prozent antisemitischer Jugendlicher hören Gangsta-Rap

MARC GRIMM UND JAKOB BAIER

Bereits in den 1980er Jahren schwappte die amerikanische Hip-Hop-Bewegung nach Europa über. Damit fand auch Rap, als zentrale Kulturpraxis des Hip-Hop, in Deutschland Anhänger. Durch selbst organisierte Veranstaltungen in Jugendzentren oder Gemeindehäusern und eine aktive Vernetzung von Hip-Hop-Anhängern etablierte sich im Verlauf der 1990er Jahre Hip-Hop zur dominanten Jugendkultur. Ab Anfang der 2000er Jahre entwickelte sich das Sub-Genre Gangsta-Rap zur bis heute kommerziell erfolgreichsten Sparte des deutschsprachigen Rap. Der Gangsta-Rap lässt sich weniger musikalisch, vielmehr über die in den Texten verhandelten Erzählungen von anderen Spielarten des Rap abgrenzen. Im Gangsta-Rap lässt sich seit längerer Zeit beobachten, dass ein männlichkeitsfokussierter Körperkult und autoritäre Machtfantasien zentrale Motive der Selbstinszenierung der hauptsächlich männlichen Künstler bilden. Dies führte in der jüngeren Vergangenheit zu kleineren Skandalen, die partiell auch im Interesse der Interpreten gelegen haben dürften, weil sie die Selbstinszenierung als gesellschaftliche Outlaws und Tabubrecher bestätigten. Im Frühjahr 2018 löste die Verleihung des Musikpreises ECHO an die beiden Gangsta-Rapper Kollegah und Farid Bang eine breite Debatte über antisemitische Inhalte im deutschsprachigen Gangsta-Rap aus. Dabei wurde deutlich, dass antisemitische Motive in keinem anderen Genre populärer Musik so offen in Erscheinung treten. Die Kritik wurde von der überwiegenden Mehrheit der Genre-Vertreter abgewehrt: Übertreibung sei ein Stilmittel des Rap, man dürfe das lyrische Ich nicht mit der Realperson identifizieren, zudem würden die Jugendlichen die Texte nicht verstehen, oder umgekehrt, die Jugendlichen würden sehr wohl verstehen, dass es sich um Inszenierungen handelt. Da bislang keine belastbaren Daten über

den Zusammenhang von Gangsta-Rap-Konsum und menschenfeindlichen Einstellungsmustern seiner Hörer vorliegen, haben wir mit unseren Kollegen, Ulrich Bauer, Baris Ertugrul und Vanessa Walter, und finanziert durch die Antisemitismusbeauftragte des Landes Nordrhein-Westfalen, Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, die Studie »Die Suszeptibilität von Jugendlichen für Antisemitismus im Gangsta-Rap und Möglichkeiten der Prävention« durchgeführt. Durch Einzelinterviews und Gruppengespräche sowie einer regionalen Befragung von 500 Jugendlichen in Nordrhein-Westfalen wurden mögliche Korrelationen zwischen Gangsta-Rap-Konsum und antisemitischen, frauenfeindlichen und rassistischen Einstellungen ermittelt.

## Zentrale Ergebnisse

Die Ergebnisse der quantitativen Befragung deuten darauf hin, dass Gangsta-Rap-Konsumenten sowohl antisemitischer als auch frauenfeindlicher eingestellt sind als Nicht-Hörer. In der Gruppe der sehr antisemitischen Jugendlichen hören 81,4 Prozent gerne oder sehr gerne Gangsta-Rap, in der Gruppe der nicht antisemitischen Jugendlichen sind dies nur 48,9 Prozent. Die Zahlen bestätigen die Affinität der Gangsta-Rap-Hörer zu antisemitischen Einstellungen. Dass fast die Hälfte der nicht antisemitischen Jugendlichen Gangsta-Rap hört, zeigt zugleich, dass wir es nicht mit einfachen Wirkzusammenhängen, sondern mit komplexen Wechselwirkungen bei Jugendlichen zu tun haben, deren Haltungen mitunter diffus und widersprüchlich sind.

Die Fähigkeit von Jugendlichen, Antisemitismus zu erkennen, ist nur schwach ausgebildet. Die Unsicherheit im Umgang mit den kruden Ideen, die Rapper in ihren Liedern, vor allem aber über die professionell bedienten Social-Media-Kanäle verbreiten, bestätigt sich in der qualitativen Untersuchung. Hier zeigt sich, dass die Selbstinszenierung der Rapper als Gesellschaftskritiker häufig ernst genommen wird. Sowohl die Gangsta-Rapper als auch das Genre wird als sozial- und gesellschaftskritisch wahrgenommen. 44 Prozent der Befragten sind der Auffassung, dass im Gangsta-Rap »Menschen mit viel Geld und Macht kritisiert« werden, 43 Pro-



Die Texte der Rapper Farid Bang und Kollegah weisen antisemitische Tendenzen auf. Nach dem ECHO-Skandal um sie wurde der Musikpreis 2018 abgeschafft

zent, dass darin »Missstände der Welt angesprochen werden«.

Der Großteil der Interviewten empfand die Inhalte von Texten und die im Genre populären Interviewformate als Anregung zum Nachdenken und als Anlass, bestehendes Wissen zugunsten der verschwörungsideologischen Aussagen zu hinterfragen. Zwar werden in der Auseinandersetzung mit spezifischen Verschwörungserzählungen besonders unplausible Erzählungen wie etwa die der flachen Erde, die sogenannte Flat-Earth-Theory, eher abgelehnt. So reagiert ein 14-jähriger männlicher Befragter auf Ausschnitte aus einem Videointerview von Leon Lovelock mit Kianush: »Ab dem Zeitpunkt »Erde flach«, das glaube ich nicht richtig. Was er davor gesagt hat, fand ich schlau und richtig. Ich dachte aber dann, was labert er da.« Bemerkenswert ist hier, dass der Jugendliche sich dabei auf das Gespräch der beiden über den islamistischen Anschlag auf das World Trade Center bezieht: 9/11, so die beiden Rapper, sei nicht das gewesen, wonach es offiziell aussieht. Vielmehr würden Vorfälle dieser Art von Regierungen inszeniert, zumindest hätte es so etwas schon vorher gegeben, bestätigen sich die beiden wechselseitig. »Die Leute,

die das verantworten, das sind für mich keine Menschen mehr«, so Leon Lovelock, der hier wohlgerichtet nicht die islamistischen Attentäter meint, sondern jene Amerikaner, die er als Drahtzieher der Anschläge ausmacht. Es sind solche Erzählungen, die der 14-Jährige als »schlau« und »richtig« qualifiziert.

## Handlungsempfehlungen

Mit Blick auf unsere Forschungsergebnisse zum Zusammenhang von antisemitischen Einstellungsmustern und Gangsta-Rap-Konsum muss davon ausgegangen werden, dass sinnvolle Präventionsmaßnahmen differenziert Zielgruppen adressieren. Dabei muss die tiefe Verankerung antisemitischer Codierungen im Lebensalltag berücksichtigt werden. Daher sollten Präventionsmaßnahmen nicht nur auf die Vermittlung von Wissen setzen, sondern auch die häufig im Kontext von Antisemitismus mobilisierten Emotionen reflektieren. Ein zentraler Aspekt erfolgreicher Prävention ist die Förderung von Medienkompetenz – und insbesondere die Kompetenz im Umgang mit sozialen Medien. Dies erfordert die Fortbildung des Lehrpersonals, das dazu befähigt werden muss, die Funktions-

weisen von sozialen Medien und deren lebensweltliche Bedeutung für Kinder und Jugendliche zu kennen. Darüber hinaus muss auf Ebene der Lehrkräfte die Fähigkeit gestärkt werden, Antisemitismus zu identifizieren und ihm im Kontext Schule in Form von Prävention, Intervention und notfalls Repression adäquat begegnen zu können. Auf gesellschaftlicher Ebene wäre vor allem eine Diskussion über die antisemitischen, homophoben, frauenverachtenden und gewaltverherrlichenden Texte und Social-Media-Inhalte notwendig, die durchaus mit den Künstlern, aber auch deren Labels und den Streamingplattformen zu führen ist.

Marc Grimm ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Zentrum für Prävention und Intervention im Kindes- und Jugendalter an der Universität Bielefeld. Jakob Baier ist wissenschaftlicher Mitarbeiter im Projekt »Die Suszeptibilität von Jugendlichen für Antisemitismus im Gangsta-Rap«

Mehr dazu: Weitere Forschungsergebnisse des Projektes »Die Suszeptibilität von Jugendlichen für Antisemitismus im Gangsta-Rap« finden Sie hier: [bit.ly/3L3N9gF](https://bit.ly/3L3N9gF)

# Provokation gehört zur DNA des Gangsta-Rap

Vier Fragen an Christian Höppner

Wie geht die Musikbranche mit grenzüberschreitendem Gangsta-Rap um? Wem kommt im Umgang damit Verantwortung zu? Und wie soll diese ausgestaltet werden? Der Generalsekretär des Deutschen Musikrates, Christian Höppner, steht in vier Fragen Rede und Antwort zum Thema.

**Kunsthörer kennt Grenzen. Dies zeigte auch 2018 der ECHO-Eklat um das Kollaboalbum »Jung Brutal Gutaussehend 3« der Rapper Kollegah und Farid Bang, das durch antisemitische Textzeilen gekennzeichnet war. Welche Bedeutung kommt dem Vorfall bis heute zu?** Die Grenzen für die verfassungsrechtlich verbrieft Kunst- und Wissenschaftsfreiheit sind dort gesetzt, wo das Strafrecht einsetzt. Vor diesem Grenzpunkt gibt es aber eine Wegstrecke, die seit dem ECHO-Eklat eine stärkere gesellschaftliche Wahrnehmung und Diskussion erfahren hat. Diese Wegstrecke ist beim Gangsta-Rap durch die permanente

Verletzung gesellschaftlicher Werte und Normen gekennzeichnet. Die grenzüberschreitende Provokation, das Austesten der Grenzen, gehört zur DNA dieses Genres. Die gesellschaftliche Ächtung dieser oftmals menschenverachtenden und gewaltverherrlichenden Texte ist in Zeiten der Blaskultur und angesichts der Tatsache, dass diese Raps millionenfach heruntergeladen werden, ein eher stumpfes Schwert. Zumal dann, wenn Warnhinweise oder die Indizierung durch Prüfinstanzen von der Rap-Szene als öffentlichkeitswirksame Verkaufsförderung betrachtet werden. Bleibt die frühzeitige Befähigung junger Menschen, durch eine humanistisch geprägte Bildung ihre Urteilskraft und das Erkennen von Zusammenhängen zu stärken. Dieser präventive Ansatz gegen die Verrohung gesellschaftlichen Zusammenlebens wird, angesichts des desaströsen Zustands der kulturellen Bildung in der allgemeinbildenden Schule, sträflich vernachlässigt.

**Wie hängen antisemitische Texte im Gangsta-Rap mit antisemitischen Einstellungen bei jungen**

**Hörerinnen und Hörern von Gangsta-Rap zusammen?**

Die durch die nordrhein-westfälische Antisemitismusbeauftragte Sabine Leutheusser-Schnarrenberger beauftragte und im Mai 2021 veröffentlichte Studie der Universität Bielefeld, bei der 500 junge Menschen zwischen 12 und 24 Jahren zum Thema Gangsta-Rap befragt wurden, lässt keine eindeutige Aussage über die Wechselwirkung von Antisemitismus und Gangsta-Rap zu. Also, ob die Hörer zu Antisemitismus neigen, weil sie Gangsta-Rap hören, oder ob sich umgekehrt Jugendliche mit einer antisemitischen Haltung von diesem Genre angezogen fühlen. Antisemitische Themen werden oft von Jugendlichen nicht bemerkt, aufgrund der schnellen Sprache und der vorherrschenden Meinung, dass sozialkritische Themen behandelt würden. Daraus ergibt sich unter anderem die Empfehlung, Jugendlichen das Werkzeug zur Decodierung der Texte an die Hand zu geben. Abschließend kommt die Studie zu dem Schluss, dass die Wahrscheinlichkeit für antisemitische Haltungen in allen gesellschaftlichen Gruppen hoch bleibt. Die Antisemitis-

musbeauftragte fordert zielgruppen- und altersgerechte Angebote in der Präventionsarbeit. Die Gesellschaft dürfe nicht dabei zusehen, »wie Musiker Antisemitismus propagieren und mit gewaltverherrlichenden und frauenfeindlichen Texten Jugendliche indoktrinieren«.

**Welche Verantwortung kommt der Musikbranche bei der Prävention von antisemitischen, aber auch rassistischen und sexistischen Tendenzen im Gangsta-Rap zu?**

Alle Akteure im Musikleben stehen in der Verantwortung in der Prävention antisemitischer, rassistischer und sexistischer Tendenzen im Gangsta-Rap und anderswo – allen voran die Musikindustrie in der Abwägung kommerzieller Interessen und gesellschaftlicher Mitverantwortung. Die Mitgliederversammlung des Deutschen Musikrates hat 2019 in ihrer einstimmig verabschiedeten Resolution »Jüdisches Leben schützen – Bekenntnisse allein reichen nicht« neben einem Forderungskatalog an den Bund und die Länder auf die präventive Bedeutung der kulturellen und politischen Bildung hingewiesen.

**Inwiefern bedarf es – analog zu Games- und Filmindustrie – einer unabhängigen bzw. freiwilligen Selbstkontrolle für die Musikbranche, um diesen Tendenzen in der Musik entgegenzutreten?**

Eine unabhängige Selbstkontrolle liegt im unmittelbaren Eigeninteresse der Musikindustrie. Das kann aber nur ein Mosaikstein in einem ganzen Maßnahmenbündel sein, denn letztlich handelt es sich bei Indoktrination Jugendlicher durch Gangsta-Rap um Machtmissbrauch. Machtmissbrauch, der in einem gesellschaftlichen Umfeld zunehmender Sexualisierung Raum greift. Machtmissbrauch, der mit einer vermutet hohen Dunkelziffer mehr und mehr auf vielen Ebenen im Kulturbereich sichtbar wird. Deshalb sollte das Thema »Machtmissbrauch im Kulturbereich« in einem weiteren Zusammenhang gesehen werden. Die Themis-Vertrauensstelle gegen sexuelle Belästigung und Gewalt könnte dafür einen Ausgangspunkt liefern.

Christian Höppner ist Generalsekretär des Deutschen Musikrates und Präsident des Deutschen Kulturrates a.D.

# »In der Rap-Szene existiert ein judenfeindliches Grundrauschen«

Ben Salomo im Gespräch

»Während in Deutschland Synagogen brannten, konnte mein Großvater aus Europa flüchten. Er entging den Flammen der Todesöfen, wäre er Einer der sechs Millionen, würde keiner heut meine Botschaft hören« – mit einschlägigen Textzeilen wie aus dem Track »Identität« hat sich der in Berlin aufgewachsene Israeli Jonathan Kalmanovic unter dem Künstlernamen Ben Salomo in der Rap-Szene ein außergewöhnliches Standing erarbeitet. In seiner Musik verarbeitet er seine jüdische Identität – eine Ausnahme im Deutsch-Rap, der immer wieder durch gewaltverherrlichende, homophobe, frauenverachtende und antisemitische Tendenzen auffällt. Im Gespräch gibt Ben Salomo Einblick in die Szene und schildert seine Position dazu.

**Ludwig Greven: Jüdische Musik verbindet man vor allem mit Klezmer. Wie sind Sie als jüdischer »weißer« Musiker zum ursprünglich von Schwarzen geprägten Rap gekommen?**

Ben Salomo: Erst mal finde ich es ein Missverständnis, dass ich weiß bin. Plötzlich heißt es, Juden seien mit Macht versehene »Weiße«, obwohl sie 2.000 Jahre lang verfolgt wurden. Diese simplifizierte Eingruppierung durch Postkolonialisten und Antirassisten ignoriert außerdem, dass 50 Prozent der Juden äußerlich gar nicht dem europäischen Typ entsprechen. Ich sehe

sich daran auch Puerto Ricaner und andere Minderheiten aus sozialschwachen Gegenden New Yorks beteiligt, auch Juden. Der Anfang von Rap war im Grunde reine Partykultur. Bevor darin Lebensrealitäten verarbeitet wurden, ging es darum, gute Stimmung zu verbreiten – zunächst nur als Pausenfüller, wenn der DJ die nächste Platte auflegte. Im Lauf der Zeit sind dann Inhalte hineingekommen, die man heute zu Recht als problematisch ansieht, weil sich weitere soziale Schichten seiner Popularität bedient haben. Zudem ist es naiv zu glauben, wenn eine Bevölkerungsgruppe einer Diskriminierung ausgesetzt ist, dass sie das automatisch zu »Anti-Diskriminieren« macht.

**Aber wieso sind gerade im Gangsta-Rap gewaltverherrlichende, frauenverachtende, rassistische und judenfeindliche Inhalte so dominant?** Im Gangsta-Rap, dem seit Langem erfolgreichsten Genre des Rap, steckt nicht mehr dessen ursprüngliche Hip-Hop-Kultur, sondern im weiteren Sinne eine Gefängnis-Kultur. In ihr finden wir vieles davon wieder: Abgrenzung von anderen Gruppen, Gewalt und Drogen, ein komplett verdrehtes Werteverständnis, meistens sehr bildungsfern. Der Gewalttätige ist der, der das Sagen hat. Sexuelle Erniedrigung ist Teil davon. Dass der Gangsta-Rap gerade in Deutschland auch stark antisemitisch ist, hat damit zu tun, dass viele der Rapper aus migrantisch-muslimischen Communitys stammen. In Tei-

langweiligen Realität liegt. Es ist eine Form von Flucht oder auch Sozialvoluntarismus.

**... die Faszination des Bösen.** Könnte man sagen. Das finden wir ja auch in Filmen oder der Literatur, in Märchen und Räubergeschichten. Das gab es schon immer: der Böse als Anti-Held. Der Haken ist nur, dass die Gangsta-Rapper sich selbst als authentische Sprecher inszenieren, nicht als Kunstfiguren. Dadurch werden die Trennlinien zwischen Kunst und Realperson verwischt. Zudem sind die Hälfte der Konsumenten minderjährig und damit leicht verführbar für die Inhalte, die diese Rapper vermitteln.

**Werden Jugendliche zu Rassisten und Antisemiten, weil sie solche Songs hören? Oder hören sie diese, weil sie solche Ressentiments in sich tragen?**

Eine Studie der Uni Bielefeld kam in diesem Jahr zu dem Ergebnis, dass Leute, die viel Gangsta-Rap hören, zu 56 Prozent dazu neigen, mit der Zeit antisemitischen und frauenfeindlichen Aussagen zuzustimmen. Weitere Studien müssen nun klären, ob sie durch den Rap erst zu diesen Haltungen kommen oder ob sie die schon haben und durch die Inhalte im Rap darin bestärkt werden. Die Forscher vermuten, dass sich diese Phänomene von beiden Seiten annähern. Als Insider habe ich jahrelang erlebt, wie Inhalte mit antisemitischen Ver-

breitet, die Juden würden die Welt regieren. Israel ist für die meisten ein satanischer Terrorstaat, sein Existenzrecht wird in weiten Teilen bestritten. Vor diesem Hintergrund wurde ich bei Szene-Events regelmäßig von Rappern oder ihrer Entourage angefeindet. Insbesondere online setzte sich das bei Fans fort. Deshalb habe ich mich von der Szene verabschiedet. Seit meinem Ausstieg werde ich von antisemitischen Netzwerken aus der Rap-Szene mit Hetz- und Rufmordkampagnen überzogen, die darauf aus sind, meiner Reputation zu schaden und mich unglaubwürdig zu machen. Inzwischen ermittelt da auch der Staatsschutz. Langsam gibt es aber Bewegung. So manche jüdischstämmige Künstler können sich nun in dieser Szene eine Daseinsberechtigung erarbeiten, solange sie nicht offen solidarisch mit Israel sind. Damit lässt sich ein Duldungsstatus erlangen. Gleichzeitig kann sich die Rap-Szene damit einen Koscher-Stempel ausstellen, um sich vor Antisemitismusvorwürfen zu immunisieren und ihr Juden- und Israel-Hassproblem zu leugnen. Diese Strategie kennt man ja. Da ich aber auch Israeli bin, war das für mich nie eine Option. Wer Israel das Existenzrecht abspricht, ist in meinen Augen Antisemit.

**Ist Rap gefährlich?**

Es ist zwiespältig. Rap kann sehr positiv sein, er kann Menschen empowern und Emotionen zum Ausdruck bringen. Auf der anderen Seite nutzen Leute, die ein verdrehtes Weltbild haben, ihn als Vehikel, um ihre Ideologie zu verbreiten. Sie werden zu geistigen Brandstiftern in Bereiche hinein, wo die Leute nicht ausreichend aufgeklärt sind und wo gerade junge Menschen sehr beeinflussbar und manipulierbar sind.

**Wird das gezielt gemacht?**

Ich würde sagen ja. Der Rapper Masiv z. B., von dem sehr viele problematische Stücke stammen, hat 2017 in einem Post bei Facebook damit geprahlt, dass alle seine Alben mit dem Titel »Blut gegen Blut« vom Fernsehsender Al Jazeera gesponsert wurden. Dadurch wird bewusst eine islamistische Agenda und Propaganda gepusht, mit Antisemitismus und Israelhass als Wesensmerkmal. Das sehe ich auch bei vielen anderen Gangsta-Rappern.

**Der Wunsch nach simplen Welt-erklärungen nimmt insgesamt zu. Das erleben wir gerade in der Pandemie. Trifft Rap dieses Bedürfnis?**

Rap-Musik reflektiert unsere Gesellschaft. Rapper, die aus einem bestimmten Milieu kommen, reflektieren sie noch einmal spezieller, weil in der Umgebung, in der sie aufgewachsen sind, die Welt in besonderer Weise in Schwarz und Weiß, gut und böse, unten und oben eingeteilt wird. Ihre Musik wirkt dadurch wie ein Brandbeschleuniger in einer Gesellschaft, die ohnehin polarisiert ist. Juden sind dabei, wie schon immer, ein besonderes Feindbild. Das fällt auf fruchtbaren Boden und macht diese Rapper erfolgreich.

**Sie haben sich von der Rap-Szene abgewandt, machen aber weiter Rap-Musik. Fördern Sie damit nicht indirekt auch diese schrecklichen Inhalte?**

Nein, denn ich mache mit Rap etwas anderes. Ich setze den antisemitischen Inhalten der anderen meine

Inhalte entgegen, welche von meiner jüdischen Identität geprägt sind, die vollkommen jenseits antisemitischer Stereotypen zu verorten sind.

**Haben Sie andere Hörer?**

Ich bewege mich in einer Nische. Ich spreche eine jüdische Perspektive an, und da in Deutschland nur wenige Juden leben, ist die Identifikationsfläche geringer.

**In »Deduschka«, veröffentlicht ein Jahr nach dem Anschlag auf die Synagoge in Halle, offizieller Song des Jubiläumsjahrs »1700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland«, geht es um Ihren Großvater. Seinetwegen sind Sie als Kleinkind mit Ihren Eltern aus Israel nach Deutschland gezogen. Würden Sie diesen Schritt heute noch einmal tun?**

Meine Großeltern und Eltern waren sehr naiv, nach Deutschland zu kommen. Sie haben auf die leeren Versprechen deutscher Politiker gehört, sich auf den Slogan »Nie wieder« und die Entnazifizierung verlassen, von der wir heute wissen, dass sie nur ein Mythos gewesen ist. Ich, als jemand, der hier aufgewachsen ist und der seit seiner Kindheit und Schulzeit in den Hinterhöfen Schönebergs Antisemitismus erlebt hat – heftige Erfahrungen, mit denen ich ein Buch füllen konnte –, bin in gewisser Weise der Leidtragende dieser Naivität. In der Bundesrepublik gab es viele Kontinuitäten von Nazis in Ministerien und Behörden. Vieles ist bis heute nicht aufgearbeitet. Entsprechend haben sich antisemitische Ressentiments in der Gesellschaft erhalten. Dazu kommt die Juden- und Israel-Feindlichkeit in Teilen des linken Spektrums und der grassierende Antisemitismus vieler muslimischer Migranten. Manchmal denke ich, in Israel wäre mir das wohl erspart geblieben.

**Können Sie mit Ihrer Musik dagegenwirken?**

Vielleicht ein bisschen. Aber ich habe leider nicht die große Reichweite. Meine Musik wird nicht im Radio gespielt, deshalb kennen viele meine Songs nicht, doch davon lasse ich mich nicht beirren. Ich leiste dafür Aufklärungsarbeit an Schulen. Da weise ich unter anderem auch darauf hin, dass der frühe arabische Nationalismus, auf den sich bis heute viele islamistische Terrororganisationen beziehen, mit dem Nationalsozialismus alliiert war. Das ist eine geschichtliche Tatsache, die leider viel zu wenig beleuchtet wird, obwohl sie bis in die Gegenwart hineinwirkt.

**Sie haben zwei Kinder. Hören die Rap?**

Ja, aber nicht auf Deutsch, sondern auf Hebräisch.

**Werden Sie in Deutschland leben können, wenn es so weitergeht?**

Die Staatsanwaltschaft Kiel hat gerade wieder einmal eine eindeutig antisemitische Aussage eines Coronaleugners nicht als solche gewertet. So etwas raubt mir und vielen Juden in Deutschland den Glauben, dass wir in einem Staat leben, der schützt. Es war schon immer so: Wenn Juden irgendwann das Gefühl hatten, dass die Mehrheitsgesellschaft und die Behörden sie nicht mehr schützen, dann haben sie, wenn sie dazu imstande waren, ihre Koffer gepackt und sind woanders hingezogen. Das sind leider Überlegungen, die ich mit meiner Familie täglich habe. Wenn es so weitergeht, kommt es vielleicht von der Idee zum Plan und dann zur Umsetzung.

**Vielen Dank.**

**Ben Salomo ist Rapper und Songwriter. Ludwig Greven ist freier Publizist**



FOTO: THOMAS KOHLER PHOTOHEKLE

Jonathan Kalmanovic hat sich unter dem Künstlernamen Ben Salomo in der Rap-Szene einen Namen gemacht

mich auch nicht darin. Ich bin ein Orientale. Die meisten Juden sind es, auch wenn manche im Lauf der Geschichte ein europäischeres Aussehen entwickelt haben. Zum Rap bin ich dadurch gekommen, dass ich schon als Kind gerne gereimt habe. Musik wurde mir ebenfalls in die Wiege gelegt. Meine Mutter spielte Klavier, mein Vater etwas Gitarre. Als dann Rap auftauchte, konnte ich beides kombinieren, meine Freude am Reimen und an der Musik, und ich merkte, dass ich damit sehr vielen angestauten Emotionen ein Ventil geben konnte.

**Rap ist wie Hip-Hop ursprünglich in Schwarzen-Ghettos in den USA entstanden. Weshalb transportiert er heute so viel Aggression gegen Minderheiten?**

Ja und nein, denn schon in der Frühphase des Rap und Hip-Hop haben

len dieser Communitys gelten Juden als mächtige Drahtzieher hinter den Kulissen, Israel als das Böse schlechthin. Dadurch finden diese Weltbilder Eingang in die Texte.

**Wieso ist diese Musik unter Jugendlichen so populär?**

Jugendliche, die aus einem ähnlichen sozialen Milieu wie die Rapper kommen und sich von der Gesellschaft ausgegrenzt fühlen, sehen die Musiker als Vorbilder an. Sie versuchen sie nachzuahmen. Sie wecken in ihnen Träume und Hoffnungen, reich zu werden und es eines Tages aus dem Ghetto zu schaffen. Ähnlich wie große Sportler. Bei anderen Jugendlichen, die eher aus dem privilegierten Teil der Gesellschaft kommen, wird die Faszination dadurch genährt, dass diese Rapper etwas reflektieren, was für viele jenseits der eigenen geordneten,

schwörungsmythen oder Israelhass dazu geführt haben, dass sich ein antisemitisches Klima in der Rap-Szene ausgebreitet hat. Viele Konsumenten übernehmen diese Feindbilder leider. Besonders problematisch ist das für Jugendliche. Interessanterweise konnte diese Studie jedoch keine nennenswerte Übernahme rassistischer Ressentiments feststellen. Auch das sollte noch tiefer erforscht werden, denn es beweist, dass Antisemitismus sehr wohl jenseits vom Rassismus auftreten kann.

**Wie ist man Ihnen in der Rap-Szene begegnet?**

Neben verbalen Attacken gab es auch körperliche Angriffe. In der Rap-Szene existiert ein judenfeindliches Grundrauschen. Durch die Lieder, durch Gespräche, durch Aussagen von Rappern in Interviews wird der Glaube

# Selbstkontrolle und Medienschutz

Welche Kontrollmechanismen gibt es für die Kulturbranche bereits?

## BzKJ

SEBASTIAN GUTKNECHT

Am 1. Mai 2021 ist das Zweite Gesetz zur Änderung des Jugendschutzgesetzes in Kraft getreten und die Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien (BPjM) wurde zur heutigen Bundeszentrale für Kinder- und Jugendmedienschutz (BzKJ) mit einem deutlich erweiterten Aufgabenspektrum weiterentwickelt.

Die gesetzlichen Aufgaben der BzKJ sind in § 17a des neuen Jugendschutzgesetzes (JuSchG) zusammengefasst und verfolgen einen ganzheitlichen sowie kinderrechtlich geprägten Ansatz zur Ermöglichung eines guten Aufwachens mit Medien. Das Aufgabenspektrum umfasst insbesondere

- die schon zuvor bestehende Aufgabe der Führung der Liste jugendgefährdender Medien,
- die Überprüfung infrastruktureller Vorsorgemaßnahmen relevanter Plattformanbieter,
- die Förderung einer gemeinsamen Verantwortungsübernahme von Staat, Wirtschaft und Zivilgesellschaft im Rahmen einer Gesamtstrategie zur Weiterentwicklung des Kinder- und Jugendmedienschutzes und
- die Förderung kindgerechter Zugänge zum Internet.

Zu den Schutzziele des Gesetzes gehören neben dem Schutz vor entwicklungsbeeinträchtigenden und jugendgefährdenden Medien z. B. Abschirmung durch Indizierung, nunmehr auch der Schutz der persönlichen Integrität und die Förderung von Orientierung bei der Mediennutzung und -erziehung gemäß § 10a JuSchG.

Die Umsetzung der gesetzlichen Aufgaben und Schutzziele nimmt die BzKJ in enger Zusammenarbeit mit anderen Institutionen des Kinder- und Jugendmedienschutzes vor. Dies erfordert eine Vernetzung aller hierfür relevanten Akteurinnen und Akteure, mit denen die BzKJ derzeit in einem engen Austausch steht und gemeinsam neue Strukturen etabliert.

### Die Indizierung

Beginnend mit einem bei der Prüfstelle eingehenden Antrag bzw. einer Anregung prüft ein pluralistisch besetztes Gremium, ob das jeweilige Medium in die Liste der jugendgefährdenden Medien aufzunehmen ist. Ein Medium wird indiziert, wenn es geeignet ist, die Entwicklung oder Erziehung von Kin-

dern und Jugendlichen zu eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeiten zu gefährden. Die Aufnahme eines Mediums in die Liste hat strikte Verbreitungs- und Werbebeschränkungen gegenüber Kindern und Jugendlichen zur Folge – offline wie online. Die Indizierung erhält durch die Gesetzesnovelle eine deutliche Aufwertung. Die Spruchpraxis der Prüfstelle soll fortan durch Orientierungshilfen und die Einspeisung in den öffentlichen Diskurs stärker nutzbar gemacht werden. Hierdurch wird die Indizierungspraxis in ihrer präventiven Wirkung erheblich gestärkt.

### Anbietervorsorge in sozialen Medien

Neben dem Schutz vor gefährdenden Inhalten steht heute mindestens gleichrangig das Ziel, Kindern und Jugendlichen eine sichere und unbeschwerte Teilhabe an den dynamischen Kommunikations- und Interaktionsprozessen der digitalen Medien zu ermöglichen. Das neue Jugendschutzgesetz verpflichtet entsprechend relevante Diensteanbieter strukturelle Schutz- und Befähigungsstrukturen als Vorsorgemaßnahmen in ihren Angeboten zu etablieren. Hierzu gehören z. B. altersgerechte Strukturen zur Meldung von unzulässigen Inhalten oder beleidigenden Kommentaren und die Schaffung von Rat- und Hilfestrukturen. Auch Maßnahmen der Orientierungshilfe und Elternunterstützung sind vorgesehen. Zur Durchsetzung dieser Maßnahmen sieht das Gesetz einen regelmäßigen Dialog zwischen den Anbietern und der Bundeszentrale für Kinder- und Jugendmedienschutz vor, auf dessen Grundlage die Vorsorgemaßnahmen etabliert werden sollen. Vor diesem Hintergrund befindet sich die BzKJ bereits im Austausch mit verschiedenen relevanten Anbietern. Führt der dialogische Ansatz nicht zum Erfolg, kann die BzKJ konkrete Maßnahmen anordnen und in letzter Konsequenz bei Nichtbefolgung empfindliche Bußgelder in einer Höhe von bis zu 50 Millionen Euro verhängen. Auch gegenüber ausländischen Anbietern kann sie Verstöße ahnden. Neben den Vorsorgemaßnahmen bilden auch die Stärkung der Medienkompetenz und die Förderung von Orientierung wichtige Bestandteile eines zeitgemäßen Kinder- und Jugendmedienschutzes.

Sebastian Gutknecht ist Direktor der Bundeszentrale für Kinder- und Jugendmedienschutz (BzKJ)



Neben dem Schutz vor gefährdenden Inhalten soll Kindern und Jugendlichen auch eine sichere und unbeschwerte Teilhabe an digitalen Medien ermöglicht werden

## FSK

STEFAN LINZ

Seit über 70 Jahren steht die Freiwillige Selbstkontrolle der Filmwirtschaft (FSK) für einen verlässlichen und gesellschaftlich akzeptierten Jugendschutz und ist wahrscheinlich die bekannteste Jugendschutzmarke in Deutschland. Auf Basis des Jugendschutzgesetzes wird in transparenten und unabhängigen Prüfverfahren über die Altersfreigabe von filmischen Inhalten ab 0, 6, 12, 16 oder ab 18 Jahren entschieden. Über 10.000 Freigaben unter anderem für Spielfilme, Dokumentationen, Serien, Trailer, Werbespots, Musik-Clips, Konzertaufnahmen etc. werden pro Jahr vergeben.

Die FSK-Altersfreigaben garantieren dabei nicht nur den Schutz vor Beeinträchtigungen, sondern ermöglichen auch Kindern und Jugendlichen die Teilhabe am Kulturgut Film. Alle Jugendschutzmaßnahmen bauen darauf auf. Dies gilt für die Einlasskontrolle im Kino, Jugendschutzeinstellungen in VoD-Angeboten, die Alterskontrolle beim Kauf eines Bildträgers genauso wie für Beschränkungen im Rundfunk. Der Branche bieten die FSK-Altersfreigaben Rechts- und

Verkehrssicherheit auf allen Vertriebswegen. Für Kinder, Jugendliche, Eltern und pädagogische Fachkräfte sind sie eine wichtige Orientierungshilfe bei der Auswahl von Filmen und stehen für ein positives Filmserlebnis.

Geschichte und Arbeit der FSK sind eng verknüpft mit der historischen und gesellschaftlichen Entwicklung in Deutschland. Mit der Gründung in der Nachkriegszeit wollten die filmwirtschaftlichen Verbände erklärmaßen behördlichem Eingreifen und staatlicher Reglementierung entgegen treten. Die Prüfung geschieht damals wie heute auf Antrag. Eine gesetzliche Vorlagepflicht besteht nicht. Auch die Beteiligung von gesellschaftlich relevanten Gruppen mit derzeit knapp 200 ehrenamtlichen Prüferinnen und Prüfern, die in pluralen Gremien prüfen, ist bis heute aktuell. Die FSK ist damit Seismograf für gesellschaftliche Entwicklungen und trägt immer wieder mit ihren Freigabeentscheidungen, wie z. B. für »Die Stünderin« (1951) von Willi Forst oder »Love« (2015) von Gaspar Noé, entscheidend zu einer zeitgemäßen Auslegung des Grundrechts auf Kunstfreiheit bei.

Auf großer Leinwand im Kino, auf dem Bildschirm zu Hause oder auf dem Smartphone unterwegs – filmische Inhalte können heute in unterschiedlichsten Formaten und auf verschiedenen Endgeräten praktisch überall gesehen werden. Die FSK engagiert sich auch im

Online-Bereich und ist als FSK.online eine gesetzlich anerkannte Selbstkontrolle nach dem Jugendmedienschutz-Staatsvertrag. Sie bietet für den Jugendschutz im Internet ein umfangreiches Angebot von Beratungs- und Serviceleistungen sowie ein aktives Risikomanagement für Anbieter. Um den Anforderungen des digitalen Vertriebs von filmischen Inhalten gerecht zu werden, hat die FSK gemeinsam mit den Obersten Landesjugendbehörden ein Klassifizierungs-Tool entwickelt, welches optional zu den pluralen Gremien Prüfverfahren vereinfacht und beschleunigt, ohne Spruchpraxis oder rechtliche Qualität der Freigaben zu verändern.

Neben dem Schutz von Kindern und Jugendlichen vor beeinträchtigenden Medien sind die Aspekte der Befähigung und der Teilhabe die Grundpfeiler für einen modernen Jugendmedienschutz. Die FSK veröffentlicht Kurzbegründungen zu ihren Freigabeentscheidungen und hat die Studienreihe »Medienkompetenz und Jugendschutz« initiiert. Denn ein zeitgemäßer Jugendschutz setzt nicht allein auf Verbote, sondern fördert auch die Vermittlung von Kompetenzen, um Kindern und Jugendlichen eine Beteiligung am gesellschaftlichen und politischen Diskurs zu ermöglichen.

Stefan Linz ist Geschäftsführer der Freiwilligen Selbstkontrolle der Filmwirtschaft (FSK)

## USK

ELISABETH SECKER

Was vor 27 Jahren als mutige Idee begann, ist heute ein Beispiel für moderne Regulierung. Die Unterhaltungssoftware Selbstkontrolle (USK) ist für den Jugendschutz bei digitalen Spielen zuständig und als Selbstkontrolle staatlich anerkannt. Hauptaufgabe ist das Schaffen von Schutz und Orientierung durch Alterskennzeichen im Bereich der digitalen Spiele.

Als die USK im Jahr 1994 als Pilotprojekt gegründet wurde, war interaktive Unterhaltung noch weit entfernt von ihrem heutigen Stellenwert in der Gesellschaft. Im Gegenteil: Games wurden gesellschaftlich als vergleichsweise geächtetes Nischenmedium eingestuft. Zu

Beginn als reines Marktregulierungsinstrument und mit dem Wunsch nach mehr Anerkennung der Branche konzipiert, hat sich die USK im Verlauf ihres Bestehens zu einer Vorreiterin im Bereich der regulierten Selbstregulierung im Jugendschutz entwickelt. Fundamental für dieses Konstrukt waren die Sicherstellung von unabhängigen Prüfverfahren zur Vergabe der Alterskennzeichen, eine gewissenhafte Prüfvorbereitung und die Begleitung und Beratung der USK durch einen plural aufgestellten Beirat.

Dennoch: Die USK hatte es in ihrer Rolle als Jugendschutzakteurin zwischen Industrie und Politik nicht immer leicht. Gerade in den Jahren der hitzigen Diskussionen rund um das Thema »Killerspiele« waren es aber die Prüfentscheidungen der plural aufgestellten Gremien sowie valide Kriterien zur

Alterseinstufung der USK, die am Ende für eine Versachlichung der Debatte sorgten. Gleichzeitig sah sich der Staat veranlasst, im Jugendschutz stärker einzugreifen, sodass unter staatlicher Beteiligung geschaffene Alterskennzeichen im Handel mit Inkrafttreten des Jugendschutzgesetzes 2003 gesetzliche Pflicht wurden.

Nach fast 20 Jahren der Zusammenarbeit zwischen Staat und Industrie lässt sich konstatieren, dass sich das System der regulierten Selbstregulierung bewährt hat. Heute geht es längst nicht mehr nur um den Schutz von Kindern und Jugendlichen vor beeinträchtigenden Inhalten, sondern auch um eine sichere Teilhabe am Medium und Kulturgut Games. Heute unterstützt die Institution Anbieter dabei, ihre Verantwortung für den Jugendschutz

im Online-Bereich – etwa durch guten technischen Jugendmedienschutz – wahrzunehmen. Um dem stetig wachsenden Online-Bereich zu begegnen, hat die USK mit ihrem Engagement im Rahmen einer global agierenden Kooperation, der »International Age Rating Coalition«, neue und zukunftsorientierte Wege im Bereich der Alterskennzeichnungsverfahren beschritten und vergibt Alterskennzeichen auf großen Spieleplattformen. Diese Ansätze griff nun auch der Gesetzgeber im jüngst novellierten Jugendschutzgesetz bestätigend auf.

Die Aufgaben der USK sind vor dem Hintergrund der Digitalisierung und damit einhergehenden Fragen des Schutzes von Kindern und Jugendlichen in einer konvergenten Medienwelt heute komplexer, aber auch relevanter

geworden. Transparenz durch Zusatzinformationen zu schaffen, ist das Gebot der Stunde, das auch der Gesetzgeber ins Aufgabenheft geschrieben hat. Im Mittelpunkt steht dabei immer die Zielgruppe der Eltern, der Kinder und Jugendlichen sowie der pädagogischen Fachkräfte, denen es ermöglicht werden soll, informierte Entscheidungen treffen zu können und die richtigen Schutzmaßnahmen in der Spieleumgebung zu ergreifen. Für die Zukunft der USK besteht die Herausforderung darin, die Dynamik der Branche im Kontext des Jugendschutzes im Blick zu behalten und diesen mit guten Ideen zukunfts fest zu gestalten.

Elisabeth Secker ist Geschäftsführerin der Unterhaltungssoftware Selbstkontrolle (USK)



## »Die Frauen kommen«

Mehr Frauen auf Spitzenpositionen im Kunstkompass

LINDE ROHR-BONGARD

Weltweit geben immer mehr Künstlerinnen verstärkt Gas im Kunstbetrieb und erobern häppchenweise Männerterrain. Und das macht sich natürlich auch im Kunstkompass bemerkbar. Und noch mehr im zusätzlichen Ranking der »Hundert Stars von morgen«, das seit sechs Jahren zusätzlich über die nachrückenden Künstler informiert. Seit nunmehr 51 Jahren erscheint zur Art Cologne der Kunstkompass, der Auskunft über Ruhm und Rang der zeitgenössischen Künstler liefert. Im Laufe dieser fünf Jahrzehnte haben sich Künstlerinnen jeder Couleur respektable Positionen im Ruhmesbarometer erobert. Das war nicht immer so!

Von 1970 bis 1989 tauchten lediglich fünf oder sechs Frauen im Kunstkompass auf. Wie die britische Op-Artistin Bridget Riley, die deutsche Konzeptkünstlerin Hanne Darboven oder die französische Bildhauerin Niki de Saint Phalle. Sie konnten sich allenfalls als Feigenblatt gegenüber der männlichen Hegemonie im hinteren Drittel des Kunstkompass behaupten.

Der Erfinder des Kunstkompass, Willi Bongard, prophezeite schon Anfang der 1980er Jahre: »Die Zukunft der Kunst liegt bei den Frauen.«

1990 hieß es jubelnd im Kunstkompass: »Die Frauen kommen.« Immerhin belegten zehn Protagonistinnen einen Platz in der Liste der »Hundert Großen«. Die sechs Amerikanerinnen Jenny Holzer, Cindy Sherman, Barbara Kruger, Alice Aycock, Susan Rothenberg und Sherrie Levine teilten sich mit den drei deutschen Künstlerinnen Rebecca Horn, Hanne Darboven, Rosemarie Trockel und der Belgierin Marie-Jo Lafontaine die Ruhmespositionen.

Bis auf die Malerin Susan Rothenberg greifen diese Kompassfrauen zu neuen Medien und transportieren gesellschaftskritische und kantige Inhalte mithilfe von Kamera, Computer, Video, Wort, Körperperformances und Installationen – jenseits leicht verkäuflicher Flachkunst.

Allen voran die feministische Medienkünstlerin Jenny Holzer, die ihre computergesteuerten Messages wie »Protect me from what I want« außerhalb der Museen dem irritierten Publikum an den Kopf knallt. Ihre Karriere ist vom Allerfeinsten: Ihre blinkenden Laufschriften werden in zahlreichen Einzelausstellungen in renommierten Museen wie das New Yorker Guggenheim-Museum gefeiert. Als erste Frau bespielte Holzer 1990 im Alleingang während der Venedig-Biennale den amerikanischen Pavillon und gewann mit ihren alarmierenden Sentenzen den »Goldenen Löwen«. Ihre amerikanischen Kolleginnen, die Foto- und Verwandlungskünstlerin Cindy Sherman, die Politkünstlerin Barbara Kruger und die Konzeptkünstlerin Sherrie Levine produzieren jenseits gefälliger Konzepte mediale, kritische Bravourstücke. Die Bildhauerin Alice Aycock realisiert ihre Kunst ausschließlich außerhalb der Museen. Lediglich Susan Rothenberg bewegt sich mit ihren nuancierten Bildern auf dem traditionellen Feld der Malerei.

Sehr viel verschlüsselter arbeiten die europäischen Protagonistinnen: die Installationskünstlerin Rebecca Horn inszeniert rätselhafte Räume, die Konzeptkünstlerin Hanne Darboven füllt zahlreiche Blätter mit ihrer stringenten Schreibkunst.

Die vielseitige Rosemarie Trockel überrascht mit einem komplexen Kunstkosmos. Und die Belgierin Ma-

rie-Jo Lafontaine baut monumentale Videoinstallationen. Was aber tut sich aktuell im internationalen Kunstbetrieb? Die Frauen haben kräftig zugelegt und bestreiten mit großer Resonanz und weltweit zahlreiche Gruppen- und Einzelausstellungen. Rund ein Drittel der »Hundert Großen« im Kompass sind seit vielen Jahren Frauen.

Die Deutsche Rosemarie Trockel und die Amerikanerin Cindy Sherman belegen seit Langem unangefochten Spitzenplätze im Kompass. Bis heute. Ihnen dicht auf den Fersen sind die Schweizer Medienqueen Pipilotti Rist und die große alte Dame der Bildhauerei, Louise Bourgeois, die 2010 mit 98 Jahren in New York starb. Seither belegt die Französin als einzige Frau im Ranking der »Unsterblichen« hinter Joseph Beuys, Andy Warhol und Sigmar Polke den vierten Platz.

Rosemarie Trockel lässt sich stilistisch nicht einengen. Die medienscheue »Frau Wolle« produziert mit hinterlistigem Humor Videos, Zeichnungen, Installationen, Objekte und vor allem ihre hoch begehrten computergesteuerten Strickbilder.

Im Ranking der 100 Stars von morgen sind erstaunlicherweise rund die Hälfte aller nachrückenden Künstler Frauen. Und nicht nur das!

In sämtlichen Ausgaben der letzten sechs Jahre thronen Künstlerinnen auf Spitzenplätzen. 2016 eroberte Hito Steyerl den ersten Platz. Die Queen of Art ist seit ihrer Videoinstallation »Factory of the Sun« im deutschen Pavillon während der Venedig-Biennale 2015 eine feste Größe im Kunstbetrieb. Die deutsche Künstlerin mit japanischen Wurzeln beeindruckt mit Videoinstallationen, die bei aller politischer Brisanz und komplexer Thematik an Schönheit und tänzerischer Eleganz kaum zu toppen sind. Auch die Deutsche Anne Imhof, Nummer eins im Aufsteigerranking 2017,



Rosemarie Trockel belegt seit Langem unangefochten einen der Spitzenplätze im Kunstkompass

legte während der Venedig-Biennale 2017 mit dem fünfständigen Gesamtkunstwerk »Faust« eine Glanzleistung aus Sound, Tieren und Bewegungsritualen hin und wurde zu Recht mit dem Goldenen Löwen belohnt. In diesem Jahr bespielt Imhof mit zahlreichen Performances, Klangaktionen und Artefakten von Künstlerfreunden wie Sigmar Polke das gesamte schaurig-schöne Palais de

Tokyo in Paris. Im aktuellen Ranking der Nachrücker besetzt Imhof den dritten Platz. Nach der polnischen, in Berlin lebenden Bildhauerin Alicja Kwade, die zu den erfolgreichsten Shootingstars zählt.

Pikanterweise erleben viele Künstlerinnen, wie die kürzlich verstorbene libanesische Malerin und Schriftstellerin Etel Adnan, im reifen Alter ein spätes Revival oder eine längst fällige Würdigung.

So wurde in diesem Jahr die 92-jährige japanische bahnbrechende Pop-Pionierin Yayoi Kusama als Nummer eins in der Rangliste der Aufsteiger gekürt. Einst kommentierte die große Louise Bourgeois ihre späte Einladung zur Documenta: »Better late than never!«

Linde Rohr-Bongard ist Kunstjournalistin und Kunstkompass-Herausgeberin

## Friede auf Erden?

Das Weihnachtsfest steht vor der Tür

JOHANN HINRICH CLAUSSEN

Das Weihnachtsfest im vergangenen Jahr fand ich ziemlich schrecklich. Eine bedrohliche Pandemielage, noch kein Impfstoff, dafür unklare Signale von der Regierung, Aufregungen in den meisten Medien und Empörung auf allerlei Kanälen – das führte dazu, dass das Fest der Liebe in vielen Familien und Freundeskreisen zu erbitterten Streitereien führte. Zusammenkommen oder nicht, gemeinsam essen oder nur spazieren gehen, feiern oder fasten, vorher testen oder lieber nicht – es war ein Graus. In den Kirchgemeinden konnte es nicht anders sein: Gottesdienste waren erlaubt, viele Menschen, darunter viele Ehrenamtliche, hatten sich intensiv Gedanken darüber gemacht, wie es denn gehen könnte, dann kippte die Stimmung, öffentlicher Druck baute sich auf, vielerorts wurde alles wieder abgesagt, zurück blieben frustrierte, zerstrittene Kirchenvorstände. Wie man es gemacht hatte, hatte man es falsch gemacht. Friede auf Erden? Auch ich brauchte einige Zeit, um mich von meinen weihnachtlichen Diensten zu erholen. In meiner ersten Gemeinde hatte ich zwei Nachmittagsgottesdienste übernommen. Der Kollege wollte Heiligabend groß unter freiem Himmel feiern, da sollte ich für die Älteren und Sitzbedürftigen in der Kirche da sein. Darauf hatte ich mich gefreut. Auch hier

hatten Ehrenamtliche alles liebevoll und verantwortungsbewusst vorbereitet. Aber das allgemeine Hin und Her, Erregungen in den Medien und Streitigkeiten in den Familien führten dazu, dass die meisten der Angemeldeten zu Hause blieben und jeweils nur ein gutes Dutzend Menschen kam. Es wäre sehr trübe und leicht absurd geworden, wenn beim ersten Gottesdienst nicht ein alter, lang vermisster Bekannter gekommen wäre und beim zweiten eine ehemalige Konfirmandin, die lange einen Kinderwunsch in sich getragen hatte, mir jetzt aber freudig ihre weit fortgeschrittene Schwangerschaft vorstellte.

Kirchenprobleme, könnte man denken. Aber dann hätte man die Bedeutung dieses Festes für die gesamte Gesellschaft ausgeblendet. Ich zögere, Weihnachten nun gleich als kulturpolitische Angelegenheit zu bezeichnen. Doch in diese Richtung geht es schon. Denn an seinen Festen erkennt man, wie es um ein Land bestellt ist. Und Weihnachten ist immer noch und bis auf Weiteres das zentrale Fest in Deutschland. Es gibt keinen anderen Ritus, der in vergleichbarer Weise die Einwohner ausrichtet und beschäftigt, mit Freude oder Sorge erfüllt – gleichgültig, wie es um den je individuellen Glaubenshaushalt konkret bestellt sein mag. Nichts verbindet so intensiv so unterschiedliche Lebensbereiche: Religion und Wirtschaft, Kunst und Kultur, das Soziale und das

Private. So etwas fällt nicht einfach aus, ohne dass dies erheblichen Schaden anrichtete. Nun gebe ich gerade ein Seminar an der Humboldt-Universität zu Berlin über Weihnachten. Mit den Studierenden habe ich das Gründungsmanifest dieses Fests gelesen: »Die Weihnachtsfeier« von Friedrich Schleiermacher, einen romantischen Dialog, geschrieben im Jahr 1805. Denn Weihnachten, wie wir es kennen, ist eine Schöpfung des modern-bürgerlichen Christentums. Dabei sollte man »bürgerlich« nicht als Schimpfwort hören. Denn bürgerlich ist Weih-



CLAUSSENS KULTURKANZEL

nachten, weil es das religiöse Fest von der Kirche in das eigene Zuhause bringt, wo Familie und Freunde die Regie übernehmen. Eingängiger und wirkungsvoller als Schleiermacher hat Charles Dickens das modern-bürgerliche Weihnachtschristentum geprägt, mit seinem »Christmas Carol« von 1845. Ein harmlos-bourgeois Liedchen ist es nicht, sondern besitzt eine erstaunliche politische Schärfe. Hoch engagiert verfolgt es eine soziale Agenda und formuliert eine unbestechliche Kritik einer Ideologie, die noch heute mächtig ist.

Denn Ebenezer Scrooge, der berühmteste aller Weihnachtsfeinde, ist Vertreter einer Weltanschauung: des blanken Empirismus. Ihm gelten nur Fakten, Daten und Zahlen etwas. Für ihn besitzt allein das einen Wert, was sich als Geldwert beziffern lässt. Seine Ideologie ist der mentale Motor eines Fortschritts, der einige sehr reich macht, viele andere ins Elend stößt. Sie hat aber darin etwas Tragisches an sich, dass sie sogar diejenigen, die von ihr profitieren, in eine elendige Einsamkeit stößt. Doch der Geist von Weihnachten ist so groß und herrlich, dass er sogar Scrooge zum Guten zu bekehren vermag. Diese Geschichte kennen die meisten. Wer sie vergessen hat, lese sie nach oder schaue sich eine der filmischen Adaptionen an, am besten die mit den Muppets: Aus einer böartigen Geldzählmaschine wird wieder ein Mensch, ein Reicher wird von seiner Einsamkeit erlöst, und am Ende ist es ein armes, krankes Kind, das die Botschaft des Festes offenbart: »Gott segne jeden von uns«. Ob es in diesem Jahr ein schöneres, friedlicheres, gemeinschaftlicheres Weihnachten für uns geben wird? Es sieht gar nicht danach aus. Umso mehr wünsche ich Ihnen und Ihren Lieben: Frohe und gesegnete Weihnachten!

Johann Hinrich Claussen ist Kulturbeauftragter der Evangelischen Kirche in Deutschland



The Future is Europe – so auch der Slogan gegenüber der Europäischen Kommission in Brüssel

## »Kein Europäer soll sich in einem europäischen Land als Fremder fühlen«

Europa ist ein kulturelles Projekt

KLAUS-DIETER LEHMANN

Häufig wird der Eindruck vermittelt, die EU sei in erster Linie ein ökonomisches Projekt. Mit einem solchen technokratischen Ansatz wird sie eher als Serviceeinrichtung eingeordnet denn als wertebezogene Gemeinschaft. Es bedarf einer Neujustierung, bei der sich Europa als gemeinsam von den Bürgern gestalteter Raum der Gesellschaften versteht.

Europa ist keine Salatschüssel, die unverbindlich und unverbunden besteht. Europa ist kein Schmelztiegel, der alles homogen macht. Europa ist ein Mosaik, gefasst von einer gemeinsamen europäischen Verantwortung und getragen von einem Untergrund aus Rechtsstaatlichkeit und Demokratie.

Die Politik kann den Rahmen setzen, mit Leben wird er erfüllt durch die Menschen.

Europa wird stärker, je besser sich seine Bewohner kennenlernen. Begegnung ist der entscheidende Begriff. Die Erfahrungen von verlässlicher und kreativer grenzüberschreitender Zusammenarbeit liefern die entscheidende Motivation. Gerade weil Europa wegen seines Reichtums und seiner Vielfalt der Kulturen so einzigartig ist, lohnt es sich, diesen Reichtum auch persönlich erfahrbar zu machen.

Kein Europäer soll sich in einem europäischen Land als Fremder fühlen. Das würde ich als Leitsatz formulieren. Er beinhaltet die gegenseitige Aner-

kennung von Gleichwertigkeit und die Wertschätzung von Vielfalt. Letztlich ist unser Zusammenleben eine kulturelle Leistung.

Freilich darf man bei diesem ehrgeizigen Ziel nicht vernachlässigen, dass sich Menschen durchaus auch im eigenen Land als Fremde fühlen können. Da ist zum einen die teilweise unbefriedigende Situation der Integration von Migranten. Dazu bedarf es einer realistischen Lagebeurteilung und einer qualifizierten und differenzierten Förderung zur Eingliederung in die Arbeitswelt und zum Aufbau sozialer Kontakte. Die sich verändernden gesellschaftlichen Strukturen müssen aktiv gestaltet werden. Je besser diese Eingliederung von beiden Seiten geschieht, desto aussichtsreicher wird auch ein positiver europäischer Diskurs verlaufen.

Da ist zum anderen das Problem, dass häufig die politisch und gesellschaftlich Handelnden vor allem die gut ausgebildeten Menschen in den Metropolen im Blick haben und glauben, was ihnen nützt, ist automatisch gut für alle. Dass dies ein Trugschluss ist, zeigt die zunehmende Tendenz der gesellschaftlichen Spaltung und Polarisierung in den europäischen Staaten. Deshalb sollte bei den Überlegungen einer engeren europäischen Abstimmung die Gefahr der Ausgrenzung und die Möglichkeit der Einbeziehung von gesellschaftlichen Gruppen bei den Initiativen frühzeitig mit bedacht werden. Begegnung bleibt auch bei diesen schwierigen Fragen der entscheidende Ansatz.

Es genügt aber nicht, sich gegenseitig zu erfahren. Das ist letztlich für

einen Prozess zu unverbindlich. Begegnung sollte auch das Gestalten beinhalten. Gerade die Kultur ist aufgrund der jeweiligen lokalen oder regionalen Bezüge in besondere Weise geeignet, zivilgesellschaftliche Impulse zu setzen. Sei es durch Literatur, Bildende Kunst, Musik, Architektur, Film und Theater. Kultur kann Prozesse in Gang setzen, wo Stillstand herrscht; Kultur kann Alternativen formulieren, wo Blockade besteht. Kultur lebt davon, dass sie sich austauscht, Anregungen aufnimmt, reflektiert und überrascht. Kunst und Kultur ist nicht die Spielwiese der Künstler und der Intellektuellen, sondern sie ist der essenzielle Ausdruck von Gesellschaften. Darin liegt auch ihre soziale Kraft!

Diese Kraft europäisch zu verknüpfen – auf individueller Ebene, auf institutioneller Ebene, auf lokaler und regionaler Ebene – ist die Chance, eine europäische Zukunft zu schaffen, die sich durch die Beteiligung vieler legitimiert. Dadurch entsteht eine langfristige Vernetzung, es wird ein Perspektivwechsel ermöglicht und es werden kulturelle Impulse ausgelöst. Das macht Europa lebendig und kreativ. An solche kulturellen Netzwerke lassen sich auch Austauschmöglichkeiten mit der Wissenschaft und anderen Lebensbereichen knüpfen. Das wird eine erlebte europäische Lebenswirklichkeit.

Wie können wir das auf den Weg bringen?

Durch praktisches Handeln, aber auch durch sorgfältige Umfeld- und Bedarfsanalysen. Denn ohne Kompetenz und Verantwortung der Beteiligten ist ein solch ehrgeiziger Prozess von unten nach oben nicht zu leisten. Enttäu-

schungen durch unüberlegtes Vorgehen können rasch zum Scheitern führen. Es müssen auch Voraussetzungen für eine geeignete Infrastruktur geschaffen werden oder – soweit vorhanden – gestärkt werden. Hier ist besonders die Politik gefragt.

Infrastruktur hat in unserer Zeit zwei Komponenten. Da ist zum einen die klassische Form von Strukturen der verschiedenen Organisationen und Institutionen, da ist zum anderen die Digitalisierung der Lebens- und Arbeitswelten, die neuartige Instrumente für Kommunikation, Vernetzung, Speicherung und Gestaltung bietet. Sie



gibt uns einen neuen Freiheitsgrad und erheblich größere Reichweite und Geschwindigkeit. Technik ist eine Sache, die richtige Auswahl von Inhalten und Partnern die andere. Beide Komponenten zusammengenommen können eine Allianz der an der digitalen Informationskette beteiligten Partner bilden und die Vorzüge des digitalen Mediums mit den intellektuellen, kulturellen und künstlerischen Erzeugnissen und Erfahrungen verbinden.

Damit können für den jeweiligen Bedarfsfall kultureller Dialog und Austausch gezielt über digitale Anfragen, Auswahl und Ausgestaltung definiert werden und zu analogen Begegnungen und analoger Erfahrung geführt werden. Hier einige Beispiele: Koproduktionen

von Theatern, Orchestern und Museen mit entsprechenden Themen und Auftrittsorten, auch in Form von Festivals; das Ausgestalten attraktiver Städtepartnerschaften; Jugendaustausch verbunden mit sprachpolitischen Vorgaben zur Mehrsprachigkeit (für zwei Fremdsprachen in Schulen fehlt bis jetzt die Verbindlichkeit); verstärkte Übersetzungsförderung (die europäische Bibliothek in allen EU-Sprachen); Journalistenaustausch; Zusammenarbeit von Bürgerinitiativen für Umwelt- und Klimaschutz usw.

Die Europäische Kommission hat sich in den letzten Jahren durchaus in solchen Initiativen engagiert, bei denen es um Städte und Landschaften ging, etwa beim Europäischen Kulturerbejahr oder den Europäischen Kulturhauptstädten. Derzeit gibt es einen spannenden Ansatz für ein offenes EU-Projekt – das Neue Europäische Bauhaus. In Form eines Preisausschreibens können sich Bürger und Institutionen der EU beteiligen.

Es ist ein kulturelles Projekt, bei dem Architekten, Künstlerinnen, Studierende, Ingenieure und Designer zusammenwirken sollen, um Fragen der Zukunft – Wie wollen wir wohnen, wie wollen wir leben? – gemeinsam und nachhaltig zu gestalten. Durch diese Verbindung wird Kultur mit seiner Ästhetik und seiner zivilgesellschaftlichen Kraft gleichermaßen genutzt und es entsteht von unten nach oben. Das ist für ein Europa mit Zukunft eine gute Grundlage.

**Klaus-Dieter Lehmann ist Kulturmittler. Bis 2020 war er Präsident des Goethe-Instituts**

# Leben im Einklang mit der Natur

Indigener ökologischer Widerstand in Brasilien

FELIPE MILANEZ

Nachdem Glicéria Tupinambá den Tupinambá-Mantel zum ersten Mal im Musée du Quai Branly in Paris gesehen hatte, erschien er ihr im Traum und sprach zu ihr: Erst wenn das Volk der Tupinambá in sein heiliges Land zurückgekehrt und der Mantel wieder mit diesem Land vereint wäre, würde er wahrhaftig von Neuem existieren. Jahrhundertlang war der heilige Mantel der Tupinambá verschollen, um dann in einigen wenigen europäischen Museen aufzutauchen. Dank der außerordentlichen künstlerischen Arbeit von Glicéria Tupinambá aus der Gemeinde Serra do Padeiro im Süden von Bahia, die sich umgeben von den verheerenden Auswirkungen der Pandemie letztes Jahr daran machte, den Mantel neu zu erschaffen, existiert er nun endlich wieder.

Mit 60.000 Fällen, über 1.200 Toten und Infektionen bei Angehörigen von 163 verschiedenen Ethnien war die indigene Bevölkerung Brasiliens überdurchschnittlich stark von der Coronapandemie betroffen. Aussagen der indigenen Bewegung APIB zufolge wurde die Übertragung des Virus in manchen Fällen direkt von Bundesbeamten veranlasst. Mit der gesundheitlichen Katastrophe gingen zudem zahlreiche Angriffe von offizieller Seite einher. So bezeichnete die Regierung die Pandemie als »Gelegenheit«, um verfassungsrechtlich verankerte Umweltrechte und Rechte von Gebietskörperschaften zu schwächen und nutzte halblegale Mittel, um diese Rechte zu untergraben. Oder sie sieht die Pandemie, wie ich bereits einmal schrieb, als gnadenlose »Gelegenheit« für einen Genozid. Das Virus hat viele angesehene Anführer, Häuptlinge und Schamanen, lebende Annalen des Waldes und der kollektiven Erfahrungen, brutal aus dem Leben gerissen.

## Gesellschaftliche Bewegung zur Wiederbesiedlung der Kolonialgebiete

Der heilige Mantel und die Bewegung, die sich für die Wiederbesiedlung des angestammten Landes durch die indigene Ethnie der Tupinambá einsetzt, sind nur zwei Aspekte eines intensiven

politischen Kampfes. Die Heimat der Tupinambá ist der atlantische Regenwald im Nordosten Brasiliens, der von der Kolonialisierung besonders stark betroffen war – heute sind nur noch sieben Prozent des ursprünglichen Regenwalds erhalten. Als Teil einer Bewegung, die sich zum Ziel gesetzt hat, neue Formen des menschlichen Daseins in einer postkolonialistischen, postkapitalistischen und postanthropozänen Welt zu ersinnen, versuchen Glicéria und die Tupinambá einen Brückenschlag zwischen der Welt der Kunst und einem vielschichtigen politischen Kampf.

In einem seiner Gedichte beschreibt der interdisziplinär arbeitende indigene Künstler Denilson Baniwa die Entstehung einer neuen Welt:



Todo território colonial / Antes de tudo é ancestral / Quando raspadas toda escória / Plástico, asfalto, metal / Histórias não contadas na História / O sangue oxigena / Quem sempre foi daqui sabe / SP sempre foi / Terra Indígena

Jedes kolonialisierte Land / Ist vor allem angestammtes Land / Wenn erst aller Dreck abgekratzt ist / Kunststoff, Asphalt, Metall / Unerzählte Geschichten der Geschichte / Füllt Sauerstoff das Blut / Jene, die immer hier lebten, wissen: / São Paulo war immer / indigenes Land

Dieses Gedicht entstand nur wenige Monate vor Ausbruch der Pandemie im Rahmen einer Veranstaltung auf der angesehensten Straße von São Paulo, der Avenida Paulista, um daran zu erinnern, dass all die riesigen Gebäude, die nun die Landschaft prägen, auf kolonialisiertem Land errichtet wurden, das einst heiliges Land indigener Bevölkerungen war. Was bleibt, wenn die Asche des Kolonialismus von der Erdoberfläche beseitigt ist, ist keine Sache der Vergangenheit, sondern eine neue Welt, die den Himmel trägt.

## Die Macht von Kunst und Kultur

Nach jahrhundertelanger systematischer Unterdrückung und Auslöschung schafft indigene Kunst nun langsam ein Bewusstsein nicht nur für den Genozid sondern auch für den Epistemozid, die Auslöschung des Wissens. Diese mächtige, von Indigenen geschaffene Kunst, oder wie der indigene Künstler Jaider

Eshell es nennt, »zeitgenössische indigene Kunst«, ist anticolonialistisch ausgerichtet und tief in verschiedenen ontologischen Anschauungsweisen verwurzelt, die zum Wiederaufbau von Beziehungen zu anderen Lebewesen auf der Erde aufrufen. Darüber hinaus erinnert die revolutionäre Perspektive der indigenen Kunst an die politische Brisanz der Aussagen von Amílcar Cabral. Der berühmte afrikanische Unabhängigkeitskämpfer und Politiker verdeutlichte die Wichtigkeit dessen, »die Geschichtsdarstellung der Kolonialregimes zu zerlegen«, und vertrat den revolutionären ökologischen Ansatz, dass »die Beziehungen der Lebewesen zu ihrer Umwelt verstanden werden müssen«.

Als Anführer der Bewegung, die sich für die Befreiung von Guinea Bissau und Kap Verde einsetzte, war Amílcar Cabral bewusst, dass Kultur und Geschichte untrennbar miteinander verbunden sind und unterstrich die Macht der Kultur als revolutionäres Mittel im Kampf um kollektive Autonomie. Dasselbe gilt auch für Brasilien und andere Regionen

## Im Zuge der Pandemie entwickelte sich die Kunst zu einem mächtigen Instrument, um Gemeinschaften zu mobilisieren

dieser Welt, die versuchen, die katastrophalen ökologischen Folgen des Kolonialismus zu beheben.

Historisch gesehen nimmt der ökologische Schaden mit der Entmenschlichung indigener Völker und der Entweihung von heiligem Land seinen Anfang. Dadurch verwandeln sich die Gebiete in Ressourcen, die ausgebeutet werden, und Körper, die zu Zwangsarbeit gezwungen werden. Indigene Schamanen und Philosophen sind sich dieses Prozesses seit der Ankunft der Europäer bewusst, so wie es von Chronisten wie dem französischen Calvinisten Jean de Léry berichtet wird, als er im 16. Jahrhundert mit einem Ältesten der Tupinambá sprach, der ihm Folgendes mitteilte: »Wir haben Angehörige und Kinder, die wir lieben und in Ehren halten. Aber da wir sicher sind, dass nach unserem Tod die Erde, die uns versorgte, auch für sie sorgen wird,

können wir ruhig schlafen und machen uns keine weiteren Sorgen darüber.«

Kunst und Kultur stellen mächtige Werkzeuge im Kampf gegen den Kolonialismus und beim Wiederaufbau und der Neuschaffung zerstörter Welten dar, wie Ailton Krenak die politischen Konzepte für ein Leben nach dem Genozid und Ökozid nach der Eroberung bezeichnet. In diesem Sinne wurde im Rahmen des Forschungsprojekts »Another Sky« versucht, indigene Kunst mit dem Training indigener Studierender zu verbinden. Sie lernten Verletzungen von Rechten indigener Volksgruppen zu kartieren. Durch die kartografische Darstellung des Zusammenhangs zwischen dem gewalttätigen Abbau von Rohstoffen und dem ökologischen Widerstand konnte aufgezeigt werden, dass die angestammten Gebiete indigener Völker Gebiete des Widerstands gegen die Eroberung und gegen die Kolonialgewalt, der Wiedereroberung, der Wiederbesetzung, der Schöpfung und Neuschaffung von Welten und Kunst sind.

Im Zuge der Pandemie entwickelte sich die Kunst zu einem mächtigen Instrument, um Gemeinschaften zu mobilisieren und Zugang zur Spiritualität zu finden, beispielsweise mithilfe schamanischer Lieder und Tänze, die dazu dienen, Schutz für die Körper oder Heilung zu erbitten und die Erde zu besänftigen. Der von der Künstlerin Glicéria geschaffene Tupinambá-Mantel – ein kosmologisches Kunstwerk – brachte nicht nur einen Sinn für ästhetische Schönheit in die Gemeinschaft, sondern auch Stolz und die Erkenntnis, dass Kunst die Verbindung zwischen Schönheit und den ökologischen Lebensbedingungen herstellen kann, die sie nur durch politischen Kampf, sowie Besetzung und Pflege ihres Waldes erreichen können.

## Das Ende des Anthropozän?

»Der ökologische Kollaps bedroht nicht nur indigene Gemeinschaften, es handelt sich um eine globale Krise. Diese hat nun auch Gesellschaftsschichten erfasst, die sich bisher nicht damit auseinandersetzen mussten. In diesem Sinne bringt die Sorge um die Umwelt die zerstörte Welt indigener Bevölkerungsgruppen in Verbindung mit der Frage, wie wir in einer zerstörten Welt leben können«, erklärt Felipe Tuxá. Indigene Bevölkerungen, die »Opfer und Revolutionäre« des Anthropozäns,

haben bewiesen, wie eine nachhaltige Lebensweise aussehen könnte, was ihnen nun die Aufmerksamkeit von Außenstehenden – den »Anthropozänisten« – eingebracht hat. Als indigener Anthropologe fragt sich Tuxá: »Handelt

## Indigene Kunst, politische und kosmologische Kämpfe helfen die Kritik am Anthropozän zu konkretisieren

es sich dabei um echtes oder um eigennütziges Interesse?«

Indigene Kunst, politische und kosmologische Kämpfe sowie auf die Dekolonialisierung ausgerichtete Epistemologie helfen die Kritik am Anthropozän, in dem der aktuelle Klimanotstand seinen Ursprung hat, zu konkretisieren.

Die von Tuxá gestellte Frage bezüglich des Interesses an indigenen Bevölkerungen wird über die UN-Klimakonferenz COP26 in Glasgow hinaus sicher von Bedeutung sein: Besteht ein echtes Interesse daran, die Herausforderungen zu bewältigen, denen sich die nächsten Generationen von indigenen Gemeinschaften beim Kampf ums Überleben gegenübersehen?

Felipe Milanez ist politischer Ökologe und Professor am Institut für Geisteswissenschaften, Künste und Wissenschaften der Bundesuniversität von Bahia, Brasilien

## GOETHES WELT

In Zusammenarbeit mit dem Goethe-Institut veröffentlicht Politik & Kultur in jeder Ausgabe einen gemeinsamen Beitrag. Dieser Text entstand im Rahmen des aktuellen Projekts »Lockdown Lehren« des Goethe-Instituts, das der Frage nachgeht, was weltweit aus der Pandemie zu lernen ist – in sozialer, technologischer, postkolonialer oder zivilgesellschaftlicher Hinsicht. Die internationalen Visionen für eine postpandemische Zukunft werden versammelt unter [goethe.de/lockdownlehren](https://goethe.de/lockdownlehren).



Musik im Film – unsere Dokus und Mitschnitte für Sie kostenlos auf [nmz.de](https://nmz.de)

aktuell: Das Young Orchestra Riga-Rostock mit Baiba Skride

# Mit digitalem Turbo aus dem Corona-Tief

Ein medienpolitischer Jahresrückblick auf 2021

HELMUT HARTUNG

RTL Deutschland übernimmt Gruner + Jahr – konkret die deutschen Magazine und Marken wie ›Stern‹, ›Brigitte‹, ›Geo‹, ›Capital‹, ›Schöner Wohnen‹, ›Eltern‹ oder ›Art‹ für einen Kaufpreis von 230 Millionen Euro. Für Bertelsmann ist es der konsequente nächste Schritt, nachdem die beiden Töchter in den vergangenen Jahren ihre Zusammenarbeit in immer mehr Bereichen in der Ad Alliance, der Content Alliance und der Data Alliance ausgebaut hatten. «Bei RTL lief das TV-Werbegeschäft im zweiten Quartal prächtig, die Umsätze stiegen rasant, der Gewinn lag im ersten Halbjahr auf Rekordniveau. Für das gesamte erste Halbjahr gibt die RTL Group einen Umsatzanstieg um 13,7 Prozent auf 3,0 Milliarden Euro an. Der Umsatz lag bei den fortgeführten Geschäften über dem, was im Vor-Corona-Jahr 2019 erwirtschaftet worden ist. «Beide Pressemeldungen stammen vom gleichen Tag, vom 6. August 2021. Sie illustrieren den Wandel in der Medienbranche, der 2021 weiter an Fahrt gewann.

Noch ein anderer Fakt aus diesem Jahr verdeutlicht die Dynamik der digitalen Revolution: In Deutschland nutzen 2021 fast 67 Millionen Menschen das Internet – 100 Prozent der unter 50-Jährigen, 95 Prozent der Gruppe zwischen 50 und 69 Jahren und 77 Prozent der ab 70-Jährigen. Vor 25 Jahren haben gerade einmal 6,5 Prozent der Erwachsenen Zugang zum Internet gehabt. 2021 konsumierte die Gesamtbevölkerung ab 14 Jahren in Deutschland Medien im Internet im Mittel 136 Minuten pro Tag (plus 16 Minuten).

Die Internetverbreitung war eine der wichtigsten Voraussetzungen für die massenhafte Nutzung der Streamingdienste, die in diesem Jahr weiter an Boden gewannen. Die Streaming-Explosion, die während des Covid-bedingten Lockdowns im 2. Quartal 2020 ihren Höhepunkt erreichte, hält weiter an: Im 2. Quartal 2021 ist die weltweite Streaming-Nutzung um 13 Prozent im Vergleich zu 2020 gestiegen.

Nach den Analysen von PwC ist für das Jahr 2021 ein Anstieg des Branchenumsatzes auf 59 Milliarden Euro zu erwarten. Bereits 2022 wird die Entertainment- und Medienbranche das Niveau von 2019 erreichen. Bis 2025 sollen die Umsätze bei einem durchschnittlichen jährlichen Wachstum von 4,5 Prozent auf 69 Milliarden Euro steigen.

Der deutschen Medienwirtschaft geht es also wieder gut, die negativen Folgen des Corona-Lockdowns sind überwunden? Ja und nein, muss die Antwort lauten: Die Zweige, die die Digitalisierung ihrer Angebote und Vertriebswege schneller vorangetrieben haben, wie die Musikwirtschaft, die Games-Branche, die Audio-Anbieter und Teile der Film- und Fernsehwirtschaft, haben profitiert und konnten in diesem Jahr einen Zuwachs verbuchen. Die weiterhin überwiegend »klassisch« orientierten Medien, wie die Zeitungs- und Zeitschriftenverlage oder die Kinos müssen auch in diesem Jahr mit deutlichen Einbußen kämpfen und sind mehr denn je auf eine staatliche Förderung und bessere Rahmenbedingungen angewiesen.

Auf diese divergierende Entwicklung muss die Medienpolitik schneller und konsequenter reagieren, sollen Medien- und Meinungsvielfalt sowie die kulturelle Vielfalt weiter gesichert werden. Dazu gehört eine Medienförderung für die Branchen, die die digitale Transformation nicht aus eigener Kraft erfolgreich umsetzen können, wie Ki-

nos, Filmproduktionen, Zeitungs- und Zeitschriftenverlage und lokale Medien.

Hier die wichtigsten medienpolitischen Ereignisse und Entscheidungen 2021:

## Medien- und Kommunikationsbericht der Bundesregierung

Die Bundesregierung hat im Juli ihren Medien- und Kommunikationsbericht veröffentlicht. Den Schwerpunkt bildet die Rolle von Medien- und Kommunikationsplattformen. Mit Blick auf die zukünftige Medienordnung müsse es darum gehen, so heißt es im Bericht, dass diejenigen Medienplattformen, die eine wesentliche Rolle für die öffentliche Meinungsbildung spielen, gemeinwohlverträglich agieren. Die Bundesregierung hat in ihrer Stellungnahme zum DSA darauf hingewiesen, dass große Plattformen in der Lage sind, zunehmend wichtige Plattform-ökosysteme in der digitalen Wirtschaft zu kontrollieren. Der gegenwärtige europäische Rechtsrahmen (einschließlich des Wettbewerbsrechts) stelle auf Märkten, die von großen Plattformen mit erheblichen Netzwerkeffekten geprägt sind und die als »Torwächter« (sogenannte Gatekeeper) fungieren, faire Wettbewerbsmöglichkeiten für alle Marktteilnehmerinnen und Marktteilnehmer, insbesondere für private und gewerbliche Nutzerinnen und Nutzer und Unternehmen, nicht ausreichend sicher. Kooperative Medienplattformen stellen eine Möglichkeit dar, um publizistische und an den Werten der Demokratie orientierte Leistungen im digitalen Zeitalter erbringen zu können.

## Digital Services Act und Digital Markets Act der EU-Kommission

Die EU arbeitet aktuell an zwei Gesetzesvorhaben, um die Macht der globalen Plattformen zu begrenzen – die wirtschaftliche mit dem Digital Markets Act (DMA) und die Auswirkungen auf

Musikstreamingdienste wie Spotify und Deezer oder Abrufdienste wie Netflix, Hulu und Disney+ betroffen. Kritik am Entwurf kommt von zahlreichen Medienverbänden, die monieren, dass der bisherige Entwurf »Selbstbegünstigungen und Diskriminierungen« durch globale Plattformen sanktionieren würde. Die EU-Kommission hat zwar angekündigt, schnell über die Gesetze entscheiden zu wollen, doch zuvor müssen die Entwürfe durch das EU-Parlament, und das kann dauern.

## Reform des öffentlich-rechtlichen Rundfunks

Nach dem Scheitern der Erhöhung des Rundfunkbeitrages im Dezember 2020 haben die Länder eine schnelle Novellierung des Auftrages angekündigt. Im März wurde ein Zeitplan mit einer Trennung der Diskussion von Auftrag und Finanzierung beschlossen und im Juni ein Entwurf vorgelegt, der im Kern die Flexibilisierung bei der Programmbeauftragung vorsieht. Der Entwurf enthielt aber noch zahlreiche offene Punkte. Die Rundfunkkommission hatte sich im Oktober weitgehend auf einen gemeinsamen Beschluss verständigt. Bis Frühjahr 2022 wollen die Länder einen novellierten Auftrag beschließen, der noch durch die Landesparlamente bestätigt werden muss. Kernpunkt des neuen Auftrages ist eine verringerte Beauftragung von TV-Programmen und damit die Möglichkeit für die Anstalten, in Abstimmung mit den Gremien, zu entscheiden, ob und ab wann bisherige lineare Angebote weitergeführt, in ein Online-Format umgewandelt oder sogar ganz eingestellt werden. Neben der Reduzierung der Beauftragung sieht der Entwurf des neuen Medienstaatsvertrages folgende wichtige Änderungen und Ergänzungen vor: Die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten haben die Aufgabe, ein Gesamtangebot für alle zu

## Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts über die Erhöhung des Rundfunkbeitrages

Das Bundesverfassungsgericht hatte am 5. August mit seinem Urteil Klarheit über die Höhe des Rundfunkbeitrages geschaffen. Bis ein neuer Staatsvertrag verabschiedet ist, sind, wie von der KEF, der Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs der Rundfunkanstalten, empfohlen, seit August 18,36 Euro monatlich zu entrichten. Die Karlsruher Richter haben – was sehr selten ist – auf Antrag der Beschwerdeführer zur Durchsetzung ihrer Entscheidung eine Vollstreckungsanordnung erlassen und auf dieser Grundlage die übergangsweise Geltung des nicht in Kraft getretenen Staatsvertrages angeordnet. Zusätzlich hat das Bundesverfassungsgericht verlangt, dass bei dem von allen Ländern zu schließenden neuen Staatsvertrag eine mögliche Kompensation wegen der vom 1. Januar bis 19. Juli 2021 unterbliebenen Beitragsanpassung von der KEF und anschließend von den Ländern zu berücksichtigen ist.

## Umsetzung der EU-Urheberrechtsrichtlinie in deutsches Recht

Nach einer monatelangen kontroversen Debatte zwischen Urhebern, Verwertern und Upload-Plattformen hat der Deutsche Bundestag am 20. Mai das Gesetz zur Umsetzung der europäischen Urheberrechtsreform beschlossen. Neben Regelungen zur urheberrechtlichen Verantwortlichkeit von Online-Plattformen und zum Leistungsschutzrecht für Presseverlage enthält der Entwurf weitere wichtige Anpassungen, insbesondere zur Verlegerbeteiligung an den Einnahmen der Verwertungsgesellschaften, zum Urhebervertragsrecht, zum Erhalt des kulturellen Erbes, zur digitalen Nutzung im Bildungsbereich sowie zur Verfügbarkeit vergriffener Werke. Laut Gesetzesentwurf müssen Upload-Plattformen wie beispielsweise

tes Gesetz dazu beschlossen hätte. Sie wäre ein Novum in der Geschichte der deutschen Presse gewesen: die Presseförderung des Bundes. Es ging um 220 Millionen Euro. Mit diesem Geld sollten die Verlage zum ersten Mal direkte finanzielle Unterstützung für den Vertrieb erhalten. Bisher gab es in Deutschland nur indirekte Förderungen, z. B. über die verminderte Umsatzsteuer.

## Filmförderungsgesetz-Novelle beschlossen

Anstelle einer großen Reform des Filmförderungsgesetzes (FFG) wurde vor dem Hintergrund der Pandemieentwicklung nur eine kleine Novelle als Übergangsgesetz mit einer verkürzten Laufzeit von zwei Jahren beschlossen. Sie ermöglicht der Filmförderungsanstalt (FFA) unter anderem eine flexiblere Handhabung der Fördervoraussetzungen, der Mittelverwendung und der Sperrfristen. Zudem enthält die Novelle die Verpflichtung zu mehr ökologischer Nachhaltigkeit bei Filmproduktionen und zu mehr Geschlechtergerechtigkeit in den FFA-Gremien. Für eine große Novelle fehlte aufgrund der massiven Auswirkungen der Coronakrise eine belastbare Datengrundlage. Mit der Neuregelung im Bereich Sperrfristen kann die Filmbranche nun allerdings durch Richtlinie des FFA-Verwaltungsrats abweichende Vereinbarungen zu den Sperrfristen treffen. Hinzu gekommen sind zudem eine Erweiterung der Mittelverwendung bei der Kinoreferenzförderung sowie eine Flexibilisierung der Vorschrift zur Erstellung des Evaluierungsberichts. Das Gesetz soll am 1. Januar 2022 in Kraft treten.

## Weitere Coronahilfen für Medien und Filmwirtschaft

Auch 2021 wurden weitere Coronahilfen für Medienunternehmen beschlossen. So erhielten private Hörfunksender sowie Bürgermedien weitere Hilfe durch die Länder. Die Bundesregierung beschloss einen Sonderfonds in Höhe von 2,5 Milliarden Euro, um die Wiederaufnahme und finanzielle Planbarkeit von Konzerten, Theateraufführungen, Kinovorstellungen und anderen kulturellen Veranstaltungen in den kommenden Monaten zu unterstützen.

Die ursprünglich für die Verleih- und Vertriebsförderung vorgesehenen Mittel konnten durch die zweite Kulturmilliarde verdoppelt werden. Für die wirtschaftliche Verleihförderung stehen so insgesamt bis zu 20 Millionen Euro zur Verfügung. Der Filmvertrieb wird mit bis zu 2 Millionen Euro gefördert.

Der Ausfallfonds zur Abfederung pandemiebedingter finanzieller Risiken bei der Kinofilm- und High-End-Serienproduktion wurde bis zu 69 Millionen Euro aufgestockt und verlängert.

Das Zukunftsprogramm Kino I wird auch im Jahr 2022 fortgesetzt und erweitert. Dafür sind im Kultur- und Medienetat der Bundesregierung 15 Millionen Euro vorgesehen. Aufgrund der großen Nachfrage hatte die Bundesregierung das Zukunftsprogramm für Arthouse-Kinos und Kinos im ländlichen Raum bereits im Jahr 2021 um 15 Millionen Euro auf insgesamt 30 Millionen Euro erhöht. Für das Zukunftsprogramm Kino II stehen Mittel in Höhe von bis zu 20 Millionen Euro bereit. Insgesamt fördert die Bundesregierung pandemiebedingte Maßnahmen zur Unterstützung der Kinobranche somit mit bis zu 55 Millionen Euro. Zusammen mit der Stärkung der FFA-Verleih- und Vertriebsförderung unterstützt das Programm NEUSTART KULTUR die Förderung der FFA mit insgesamt 30 Millionen Euro. Die Ausfallfonds I und II sollen bis Juli 2022 verlängert werden.

Helmut Hartung ist Chefredakteur von medienpolitik.net



Zehntausende demonstrierten im Frühjahr 2019 gegen den umstrittenen Artikel 13 der EU-Urheberrechtsreform, die 2021 in deutsches Recht gegossen wurde

die Gesellschaft mit dem Digital Services Act (DSA). Sie sollen zum ersten Mal seit 20 Jahren Regeln für digitale Unternehmen und insbesondere für die großen Plattformen aufstellen. Der Ministerrat hat im Oktober einen Vorschlag der EU-Kommission für den DMA weitgehend gebilligt, der von den Wirtschaftsministern der EU-Länder noch gebilligt und anschließend im Parlament debattiert werden muss. Die Vision bei dem Regulierungsvorhaben: mehr Transparenz und Interoperabilität von Software und Services. Dabei unterscheidet der Entwurf der Kommission zwischen kleinen Dienste-Anbietern und sogenannten »Gatekeepern«. Damit sind auch Unternehmen wie die Hotel-Plattform Booking oder auch

unterbreiten. Die Sender werden unter anderem zur Gewährleistung einer unabhängigen, sachlichen, wahrheitsgemäßen und umfassenden Information und Berichterstattung sowie zur Objektivität und Unparteilichkeit verpflichtet. Die Empfehlungssysteme in den Telemedienangeboten sollen, laut Entwurf, »einen offenen Meinungsbildungsprozess und breiten inhaltlichen Diskurs« ermöglichen. Die Berichte von ARD, ZDF und Deutschlandradio über die Erfüllung ihres Auftrages sind künftig den Landtagen vorzulegen. Zur besseren Überprüfbarkeit sollen die Rundfunkgremien den Anstalten Zielvorgaben setzen, die die Qualität messbar und Leistung nachvollziehbar machen.

se YouTube künftig aktiv Lizenzen von Rechteinhabern erwerben, wenn sie ihre Umsätze zu einem erheblichen Teil mit deren geistigen Eigentum erzielen. Gleichzeitig erhalten die Urheber einen Direktvergütungsanspruch gegenüber den Plattformen.

## Presseförderung von 220 Millionen Euro gescheitert

Das Bundeswirtschaftsministerium ist mit seinem Entwurf für eine staatliche Presseförderung gescheitert. Nach Angaben des Bundesverband Digitalpublisher und Zeitungsverleger (BDZV) bestanden zuletzt beim Bundeswirtschaftsministerium verfassungsrechtliche Bedenken, das Paket freizugeben, ohne dass der Bundestag ein detaillier-

FOTO: PICTURE ALLIANCE / NURPHOTO | ALEXANDER POHL

# Mit R4 und Trabi durch die ARD

Die Intendantin des Bayerischen Rundfunks Katja Wildermuth im Porträt

ANDREAS KOLB

Vor zehn Monaten übernahm die Journalistin und Historikerin Katja Wildermuth die Leitung des Bayerischen Rundfunks (BR) von ihrem Vorgänger Ulrich Wilhelm. Seither werden vier von neun ARD-Anstalten von Frauen geführt. Das ist eine Quote, an der man heute jeden Dax-Konzernvorstand messen müsste, doch selbstverständlich ist es immer noch nicht. »Erstmals eine Frau« und ein »historischer Schritt für den BR«, hieß es in der Presse nach ihrer Wahl durch den Rundfunkrat des BR. »Für mich«, sagt Katja Wildermuth, »ist es tatsächlich eine Selbstverständlichkeit, dass alle Institutionen – öffentlich-rechtliche Medienanbieter insbesondere – auch in ihrer internen Besetzung die Gesellschaft in ihrer ganzen Vielfalt widerspiegeln sollten.«

BR-Intendantin Wildermuth kann bereits zu Beginn ihrer Tätigkeit auf einige Beispiele aus der Praxis verweisen, wenn es darum geht, beim BR Vielfalt und Geschlechtergerechtigkeit umzusetzen: »Wir haben als Öffentlich-Rechtliche eine vergleichsweise geringe Personalfuktuation. Deshalb greifen wir zunächst auf die klassischen Instrumente zurück wie die Schaffung eines familienfreundlichen Umfelds sowie Frauenförderung und Mentoring-Programme, mit denen man Führungskräftenachwuchs unter den Kolleginnen ganz gezielt anspricht.

Weiter hat der BR das »Puls-Talente-Programm« zur Förderung der Diversität im Journalismus aufgesetzt, das jetzt im zweiten Jahr stattfindet: Es ist ein gut nachgefragtes Programm, für das sich Quereinsteiger, die in den Journalismus gehen wollen, bewerben können. Außerdem nimmt der BR bei der 50:50-Challenge nach dem Vorbild der BBC teil: Ziel ist es, den Frauenanteil in den Fernseh-, Hörfunk- und Online-Formaten zu erhöhen und Frauen im Programm sichtbarer zu machen. Das ganze Haus steht dahinter, wir haben um die 30 Redaktionen, die mitmachen. Die erste große Evaluation ist Ende des Jahres und ich bin optimistisch, dass wir auf einem guten Weg sind. Aber Luft nach oben ist immer.«

Obwohl in Berlin geboren, ist Katja Wildermuth eine waschechte Bayerin: Als sie drei Jahre alt war, zogen ihre Eltern mit ihr ins oberbayerische Anzing bei München. Dort erfuhr sie ihre bayerische Sozialisation: »Ich war Rollschuh fahren mit den anderen Kindern, ich war im Handballverein, ich war beim Kinderfasching in der Alten Post, ich war beim Maibaum bewachen und so weiter.« Nach einer weißblauen Jugend in Oberbayern blieb Wildermuth nach dem Abitur zunächst in München und studierte an der Ludwig-Maximilians-Universität (LMU) die Fächer Deutsch, Geschichte und Sozialkunde fürs Lehramt am Gymnasium: »Ich habe Lehramt studiert, weil ich das damals wie heute für einen tollen Beruf halte. Es geht darum, in ganz entscheidenden Phasen von jungen Menschen jenseits von Wissensvermittlung auch Werte- und Charakterprägung zu verantworten.«

Während Studium und Promotion in Alter Geschichte nutzte Wildermuth die Möglichkeit, Praktika zu machen und zu jobben: Sie arbeitete unter anderem in einer Pressestelle sowie bei einer freien Produktionsfirma im Bereich Video mit großer Lust am Ausprobieren und mit Neugier auf berufliche Optionen jenseits der Lehramtskarriere. »Geplant habe ich meine Karriere nie, und das habe ich auch bis heute nicht bereut.

Ich bin immer gut damit gefahren, da wo man ist, zufrieden zu sein und nichts in die Zukunft aufzuschieben.«

Nach dem 1. Staatsexamen wirkte sie als Dozentin für Alte Geschichte an der LMU und promovierte über die Römische Republik. In diese Lebensphase fiel auch ein Volontariat beim Wissenschafts- und Schulbuchverlag Oldenbourg, und liest man ihre Vita, schien der Weg in die wissenschaftliche Karriere vorgezeichnet. Aber es kam anders: Katja Wildermuth hatte eine besondere Beziehung in die DDR, eine Brieffreundschaft, die sie seit Mitte der 1980er Jahre pflegte. Irgendwann wurde sie dorthin eingeladen und fuhr – nach ein paar Monaten Warten aufs Visum – über Westberlin mit ihrem alten R4 in die DDR – zufällig eine Woche, bevor die Mauer fiel. »Die ja nicht gefallen ist, sondern es gab die friedliche Revolution«, präzisiert sie. »Ich war auch auf Montagsdemos und habe in dieser Zeit beschlossen, mich statt mit Alter Geschichte lieber mit der Gegenwart auseinanderzusetzen, Journalistin zu werden und ganz bewusst in den Osten zu gehen. Ich habe in Dresden beim MDR-Fernsehen angerufen und gefragt: »Kann ich nicht mal vorbeikommen für ein Praktikum?« Aus dem Praktikum wurden dann viele Jahre.«

1994 – aus dem R4 war ein Trabi mit Perlensitzbezug geworden – wechselte Katja Wildermuth innerhalb des Mitteldeutschen Rundfunks (MDR) von Dresden nach Leipzig, wo sie zunächst als TV-Autorin für Politikmagazine im MDR und im Ersten arbeitet, später als Redakteurin für Reportagen zum Zeitgeschehen. 2004 wurde Wildermuth Leiterin der MDR-Redaktion »Geschichte und Gesellschaft«. Crossmediale Großprojekte wie »Geschichte Mitteldeutschlands«, die multimediale App »MDR Zeitreise«, das innovative Geschichtsformat »Breaking News Völkerschlacht« und Wissensvermittlung für junge Nutzer lagen genauso in ihrer redaktionellen Verantwortung wie



Die Intendantin des Bayerischen Rundfunks Katja Wildermuth

preisgekrönte Dokumentarfilme von »Neo Rauch«, »Mauerhasen«, »Hitler's Children«, »Night Will Fall« bis zu »Putins Spiele«.

Für ihre nächste Position musste Katja Wildermuth nicht mehr selbst anrufen, sie wurde angerufen: 2016 wurde sie zur Kulturchefin des Norddeutschen Rundfunks (NDR) berufen. Kulturchefin ist der verkürzte Begriff für die offizielle Tätigkeitsbeschreibung Programmbeereichsleiterin Kultur und Dokumentation. In dieser Funktion verantwortete Wildermuth um die 40 TV-Formate für den NDR, Das Erste und ARTE.

Bereits drei Jahre später ein erneuter Umzug zurück ins MDR-Sendegebiet und ein weiterer Schritt nach oben auf der Karriereleiter: Von April 2019 bis Januar 2021 verantwortete Katja Wildermuth als Programmdirektorin des MDR in Halle die crossmedialen Themenfelder Kultur, Wissen/Bildung und Junge Angebote, von ARTE bis FUNK, von Religionsformaten über Naturfilme bis zu den MDR Klangkörpern. In ihrer Zeit beim MDR setzte sich der Sender

für den Aufbau und das Konzept einer gemeinsamen digitalen Kulturplattform der ARD unter der Federführung des MDR ein – um »Schätze bundesweit ins Schaufenster« zu stellen, wie es der ARD-Vorsitzende und WDR-Intendant Tom Buhrow damals ausdrückte. Pikant ist, dass Wildermuths Vorgänger in der Intendanten, Ulrich Wilhelm, das Projekt ablehnte.

Auf der ARD-Sitzung im vergangenen November wurde die Gemeinschaftseinrichtung »ARD Kultur« erneut vorgestellt und von allen Häusern verabschiedet, auch vom BR. Dazu die Intendantin: »Die ARD befindet sich in einem Transformationsprozess, innerhalb dessen wir unter anderem versuchen, ein gemeinsames Verständnis von Zukunftsfragen und darauf aufbauend gemeinsame Ziele und Strategien zu entwickeln. Die Idee auch hinter dem Kulturportal ist doch, dass man die starken Inhalte, die die ARD in ihrer Gesamtheit bereitstellt, nutzerfreundlich verknüpft. Das ist ein grundsätzlich richtiger Weg.«

Unabhängig davon setzt der BR auf Kulturschwerpunkte im eigenen Programm, so z. B. kürzlich mit dem Sieben-Tage-Special »BR Kultur 24/7 – Bühne für Bayern« im November mit täglichen Live-Höhepunkten auf der digitalen BR-KulturBühne unter br.de/kultur von Klassik über Kabarett bis hin zu Lesungen und Diskussionen. Abschlusshöhepunkt war ein ganzer Tag mit Kultur in all ihren Facetten im BR Fernsehen.

Die Vielfalt der bayerischen Kulturlandschaft bringt der BR auch in das neue ARD Kulturportal ein. Ferner engagiert sich der Sender weiterhin mit seiner ARD-Koordination Klassik und seinen Klangkörpern von Weltruf stark im Bereich der klassischen Musik. Hinzu kommt die Federführung des BR für die neue ARD-Koordination Dokumentation, die ein zentraler Baustein der ARD-Programmreform ist.

Andreas Kolb ist Redakteur von Politik & Kultur

## Pflicht, (Will)Kür oder Wandel zur kulturellen Daseinsvorsorge?

Rechtsanspruch auf Ganztage

SUSANNE KEUCHEL

Das deutsche Bildungssystem unterschied sich lange Zeit von anderen Bildungssystemen durch seine Halbtagsstruktur: vormittags Schule, nachmittags unabhängige non-formale kulturelle oder sportliche Bildungs- und Betreuungsangebote. Mit dem Programm »Ideen für mehr! Ganztägig lernen« erfolgte 2004 der Ausbau zum Ganztage – in formaler Verantwortung! Schuldirektorinnen und -direktoren wurden dabei zu Einkäuferinnen und Einkäufern von Dienstleistungen im Sektor Betreuung und nonformale Bildung. Für kulturelle Bildungsangebote mit qualifiziertem Fachpersonal reichen die zur Verfügung stehenden Finanzmittel für den Ganztage dabei oft nicht aus. Um dennoch qualifizierte kulturelle Bildungsangebote im Ganztage zu ermöglichen, wurden bundes- und landesweite Förderprogramme aufgesetzt. Mit der Notwendigkeit, hier immer wieder oft jährlich neue Förderanträge stellen zu müssen, hängt die Präsenz kultureller Bildungsangebote im Ganztage

vielerorts vom Engagement der Schuldirektorinnen und -direktoren oder von Kommunen ab, die hier im Rahmen von »Kommunalen Gesamtkonzepten Kultureller Bildung« Unterstützungsstrukturen für Schulen schaffen. Fakt ist jedoch: Nonformale Bildungsangebote im Ganztage sind (derzeit) in Deutschland kein Selbstläufer, sondern bedürfen vielfältiger Unterstützung und persönlichen Engagements.

In Ländern mit Ganztagestradition ist dies anders. So werden beispielsweise im amerikanischen Schulsystem Fachlehrkräfte für Sport, Kunst- und Musikerziehung nicht nur in der Primary School in allen Klassenstufen eingesetzt. Darüber hinaus sind frei wählbare außerschulische kulturelle und sportliche Bildungsangebote fest verankert. Nonformale Angebote haben einen festen Platz im Ganztage und stehen ALLEN Schülerinnen und Schülern – auf freiwilliger Basis – zur Verfügung. So können durch die Verortung nonformaler kultureller Bildungsangebote im Ganztage alle Kinder – unabhängig von ihrem sozialen Hintergrund – erreicht werden. Eine solche Struktur fehlt dem derzeitigen deutschen Bildungssystem. Das Bundesprogramm »Kultur macht stark«

ist ein erster Versuch, Teilhabe-gerechtigkeit für junge bildungsbenachteiligte Menschen herzustellen, durch das Bereitstellen kostenfreier kultureller Bildungsangebote. Die bestehenden Förderstrukturen des Programms reichen jedoch bisher nicht aus für ein flächendeckendes oder gar nachhaltiges Erreichen dieser Zielgruppe. Mit dem Rechtsanspruch auf Ganztage bietet sich jetzt die Chance, diesen nachhaltig – im Sinne von Teilha-



KEUCHEL'S KONTEXTE

begerechtigkeit – zu gestalten. Dies bedeutet mehr Investitionen: So lagen 2017 zum Vergleich die Anteile der Bildungsausgaben am BIP bei Ländern mit Ganztagestradition wie Frankreich (5,2 %), den USA (6,2 %), Großbritannien (6,3%) oder Norwegen (6,7 %) deutlich höher als in Deutschland (4,2 %). Wenn also ein Aufstocken der Finanzmittel für den Ganztage unumgänglich ist, warum dann nicht, statt

in neue Betreuungsstrukturen in den flächendeckenden Ausbau der schon bestehenden nonformalen Bildungs- und Betreuungsstrukturen investieren und diesen die (Mit)Verantwortung für den Ganztage übertragen? Junge Menschen würden so nicht nur ein Recht auf formale Bildung und Betreuung, sondern zugleich auf nonformale Bildung erhalten! Entscheidend ist dabei die gleichberechtigte Ausgestaltung und Verantwortung für den Ganztage von formalen und nonformalen Partnern wie kommunale Kultur-, Bildungs- und Jugendeinrichtungen, beispielsweise Sportverbände, Musikschulen, Bibliotheken oder Museen, um Prinzipien des nonformalen wie Interessen, Partizipation und Freiwilligkeit in den Blick zu nehmen. Damit könnte zugleich endlich auch die Aufwertung von Kultur von einer freiwilligen Aufgabe hin zu einer kommunalen Pflichtaufgabe im Zuge kultureller Daseinsvorsorge gelingen. Denn – so ein afrikanisches Sprichwort – es braucht ein ganzes Dorf, um ein Kind zu erziehen.

Susanne Keuchel ist Präsidentin des Deutschen Kulturrates

## ZUR PERSON ...

**Ministerin Martin in Mecklenburg-Vorpommern weiterhin für Kultur zuständig**

Bettina Martin ist auch in der neuen Landesregierung in Mecklenburg-Vorpommern wieder für die Kultur zuständig. Zuvor war sie von 2019 bis 2021 Ministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur. In der neuen rot-roten Landesregierung ist sie Ministerin für Wissenschaft, Kultur, Bundes- und Europaangelegenheiten und somit zukünftig nicht mehr für Bildung zuständig. In ihrer zweiten Amtszeit will sie vor allem die Kultur im ländlichen Raum stärken.

**Meerapfel bleibt Präsidentin der Akademie der Künste**

Die Mitglieder der Akademie der Künste haben am 13. November in Berlin mit großer Mehrheit zum zweiten Mal die Filmemacherin Jeanine Meerapfel sowie die Schriftstellerin und Theaterautorin Kathrin Röggla zur Präsidentin und Vizepräsidentin wiedergewählt. Beide leiten seit 2015 die Akademie der Künste. Auch die Direktorinnen und Direktoren sowie die Stellvertretenden Direktorinnen und Direktoren der sechs Sektionen, die gemeinsam mit der Präsidentin und der Vizepräsidentin den Senat der Akademie der Künste bilden, wurden neu gewählt.

**Zanger bleibt Chef am Borchert-Theater**

Meinhard Zanger bleibt für weitere drei Jahre Intendant und Geschäftsführer des Wolfgang Borchert Theaters in Münster. Der neue Dienstvertrag sieht eine Laufzeit bis Ende der Spielzeit 2023/24 vor. Zanger hatte 2006 die Leitung des Wolfgang Borchert Theaters übernommen. Der Vorstand hebt das künstlerische Schaffen Zangers und seines Teams hervor und lobt, wie Zangers das Haus durch die Coronapandemie führt.

**Neue Leiterinnen für Junges Staatstheater und Volkstheater ab Spielzeit 2022/23**

Zwei Sparten des Badischen Staatstheaters Karlsruhe sind ab der Spielzeit 2022/23 in neuen Händen: Nele Kathlen Tippelmann übernimmt die Leitung des Jungen Staatstheaters, der 2011 gegründeten Kinder- und Jugendtheatersparte, die gerade ihr 10-jähriges Jubiläum feiert. Die partizipative Sparte Volkstheater leitet ab September 2022 Nike-Marie Steinbach.

**Pianistin Aki Takase von Deutscher Jazzunion mit Albert-Mangelsdorff-Preis 2021 ausgezeichnet**

Die Deutsche Jazzunion hat im Rahmen des Jazzfest Berlin zum 15. Mal den Albert-Mangelsdorff-Preis verliehen. Ausgezeichnet wurde die Berliner Pianistin Aki Takase. Die Preisverleihung fand am 5. November in Berlin statt. Der Albert-Mangelsdorff-Preis wird seit 1994 an herausragende Jazzmusikerinnen und -musiker vergeben und gilt als wichtigste Auszeichnung für Jazz im deutschsprachigen Raum.

**Gustav-Heinemann-Friedenspreis für Kinder- und Jugendbücher 2021 vergeben**

Die niederländische Schriftstellerin Wilma Geldof und die Übersetzerin Verena Kiefer sind mit dem Gustav-Heinemann-Friedenspreis für Kinder- und Jugendliteratur ausgezeichnet worden. NRW-Kulturministerin Isabel Pfeiffer-Poensgen überreichte den mit 7.500 Euro dotierten Preis in Düsseldorf für den Roman »Reden ist Verbot«, der vom Widerstand in den von den Nationalsozialisten besetzten Niederlanden erzählt.

# Die Kanzlerin

**Porträt einer außergewöhnlichen Frau**

Als Angela Merkel Kanzlerin wurde, war ich 16 Jahre alt. An die Wahl 2005 habe ich wenig Erinnerung, immerhin durfte ich noch nicht wählen. 2009 sah das anders aus: Die CDU ging eine Koalition mit der FDP ein, der darauffolgende Aufschrei in dem linken Weimarer Studentenzirkel, zu dem ich damals zählte, war gewaltig. Als ich ab Ende 2009 in Spanien lebte, war oft das erste, was ich hörte, sobald ich erwähnte, dass ich aus Deutschland komme: »Dios mío, Angela Merkel« – und das ausnahmslos mit rollenden Augen und genervtem Stöhnen verbunden. Zu deutlich waren noch die Nachwehen der weltweiten Finanzkrise in Südeuropa zu spüren – und die Merkel'sche Linie dazu kam nicht an.

2014 traf ich Angela Merkel zum ersten Mal persönlich – während eines Praktikums in London. Und: Mensch, war die nett – sogar zu mir, der Praktikantin. Zur Flüchtlingskrise 2015 sah ich unsere Kanzlerin zum ersten Mal bewusst in einem anderen Licht. Ihr »Wir schaffen das!« berührte mich.

Heute ist sie für mich: überzeugte Europäerin, die um den Zusammenhalt des Kontinents kämpft; starke Frau, die sich stets in einer von Männern dominierten Politikwelt beweisen muss; Pfarrerskind aus dem Osten, das sich im wiedervereinigten Deutschland den eigenen Weg erarbeitet.

Jeder und jede in Deutschland kann die letzten 16 Jahre ebenso mit wegweisenden politischen Entscheidungen Merkels und persönlichen, zum

Teil hoch emotionalisierten Reaktionen darauf verbinden. Da tut es gut, dem Ganzen ein paar Fakten gegenüberzustellen, wie es Ursula Weidenfeld in »Die Kanzlerin: Porträt einer Epoche« tut. Nüchtern beschreibt sie den Lebensweg von Angela Kasner, die für viele auch nach 16 Jahren in der Öffentlichkeit ein Rätsel geblieben ist. Sie ergründet, woher Merkels beharrliche Kraft kommt, gibt Einblick in politische Hintergründe und zeigt historische Entscheidungen im heutigen Kontext auf. Das Buch ist das Porträt einer außergewöhnlichen Frau – und somit sehr lesenswert: für alle.

Theresa Brüheim

Ursula Weidenfeld. Die Kanzlerin: Porträt einer Epoche. Berlin 2021



# Modern Work Tour

**Arbeitserfahrungen aus 34 Ländern**

Moderne Arbeitskonzepte gibt es schon lange. Doch erst seit der Coronapandemie scheint in Deutschland der tägliche Weg ins Büro vermehrt dem Weg an den heimischen Schreibtisch zu weichen, das geplante physische Meeting findet in Zoom-Sitzungen statt. Die Pandemie hat damit einen großen Einfluss auf die klassische Bürowelt. Doch wie gestalten Menschen moderne Arbeit weltweit? Welche Herausforderungen und Gemeinsamkeiten gibt es dabei? Und welche grundlegenden Prinzipien lassen sich daraus für unsere Arbeitswelt der Zukunft ableiten?

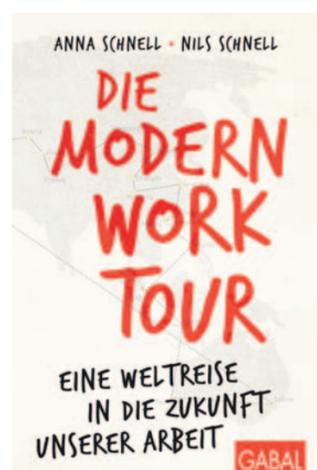
Diese Fragen stellen sich die Autoren Anna und Nils Schnell, die 2018

ihre »Modern Work Tour« starteten. Reisen und arbeiten – die Schnells träumten davon, ihre beiden Passionen zu verbinden und haben sich diesen Traum erfüllt: Im mongolischen Fernsehen sprechen sie über Arbeit weltweit, auf Bali schreiben sie ihr erstes gemeinsames Buch, in Uganda pflanzen sie Bäume und coachen Geschäftsführerinnen und Geschäftsführer auf der ganzen Welt. Auf der Suche nach Arbeitserfahrungen rund um New Work und modernes Arbeiten bereisen sie vier Kontinente, sprechen mit Menschen in mehr als 120 Unternehmen weltweit, geben vielfältige Einblicke, liefern Austausch und Wissensvermittlung aus 34 Ländern.

Mit ihrem Buch nehmen sie die Leserinnen und Leser mit auf eine Expedition – die Modern Work Tour – und berichten von ganz verschiedenen Wegen des modernen Arbeitens. Die besten Beispiele werden in Anekdoten, Geschichten und Berichten vorgestellt. Damit wollen die beiden Geschäftsführer von MOWOMIND Anregungen geben, die eigene Arbeit zu reflektieren, das Arbeitsleben proaktiv zu gestalten und mutig zu sein, neue Initiativen und Projekte auszuprobieren. Sie geben konkrete Handlungsoptionen an die Hand, um als Individuum, im Team oder im Unternehmen in Zukunft erfolgreich arbeiten zu können. Ein inspirierender Reisebericht der etwas anderen Art.

Maike Karnebogen

Anna Schnell und Nils Schnell. Die Modern Work Tour. Eine Weltreise in die Zukunft unserer Arbeit. Offenbach 2021



# Und die Juden?

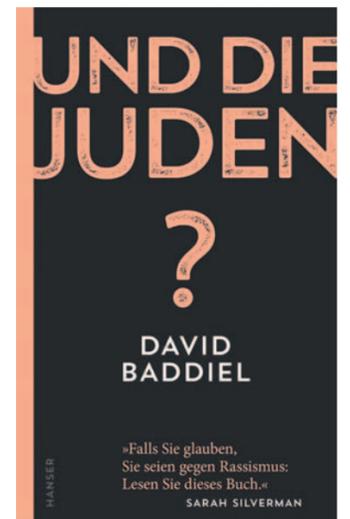
**Zuhören und lernen**

Gibt es eine Hierarchisierung von Rassismus? Dieser Frage widmet sich der britische Komiker und Autor David Baddiel. In dem Buch »Und die Juden?« weist der Sohn einer Holocaust-Überlebenden auf diverse Vorfälle des tiefstehenden modernen Antisemitismus in Großbritannien hin. Doch anhand dieser Beispiele möchte er keine lange Liste antisemitischer Vorfälle veröffentlichen, sondern vor allem versuchen etwas zu erläutern, was für den modernen Antisemitismus entscheidend ist: Nämlich die Verwirrung, die er bei den Linken – bzw. Progressiven, wie Baddiel sie im Buch beschreibt – hervorruft.

»Im Zentrum des Ganzen steht das (...) oszillierende Weißsein der Juden«, schreibt Baddiel und meint damit die Zweistufigkeit des Rassismus gegenüber Juden: Für Rassisten sind Juden nicht weiß; für die Progressiven hingegen sind sie es und benötigen daher nicht den gleichen Schutz, für den sich die Progressiven gegenüber allen anderen von Rassismus betroffenen Nichtweißen stark machen.

Warum gibt es in Bezug auf Rassismus keine »Chancengleichheit«? Baddiel stellt eine Hierarchisierung von Rassismus zur Diskussion und behauptet, dass der Rassismus gegenüber People of Colour anders geartet sei als der gegenüber Juden. Doch warum zieht ein Unterschied in Art und Weise auch einen unterschiedlichen Stellenwert nach sich?

Wir leben zunehmend in einer Gesellschaft der Betroffenen. Man muss



denen zuhören, über die gesprochen wird. Doch bei den Juden scheint das immer noch nicht der Fall zu sein.

Hier bestimmen Nichtjuden oftmals den Diskurs und sagen so den Jüdinnen und Juden noch zu häufig, ob das über sie Gesagte rassistisch sei oder nicht. An dieser Stelle kommt von David Baddiel zu Recht der Appell: »Zuhören und lernen«!

Ein absolut lesenswertes Buch, bei dem sich allein das Vorwort des Autors zur deutschsprachigen Ausgabe lohnt – denn der Originaltitel »Jews Don't Count« war in Deutschland nicht gestattet.

Kristin Braband

David Baddiel. Und die Juden? München 2021

# Schützenswert

**Kulturrab in Kriegsgebieten**

Über 52.000 weltweit vermisste und geraubte Kulturgüter erfasst die Works-of-Art-Datenbank von Interpol mit polizeilich zertifizierten Informationen. Dies ist lediglich ein kleiner Teil vermisster Objekte, da viele Kulturgüter aufgrund illegaler Ausgrabungen nie erfasst werden konnten. Eine frühzeitige fotografische Dokumentation sowie digitale Erfassung der Objekte sind wichtige Voraussetzungen für eine eindeutige Identifizierung und im Idealfall für eine Rückgabe der geraubten Objekte.

Aufgrund der chaotischen und schwer überschaubaren Lage in Kriegsgebieten durch Bombardierungen, Feuer und Zerstörungen ist aktuell schwer einzuschätzen, ob die Kulturgüter geraubt oder infolge des Kriegsgeschehens zerstört wurden. Eine finale Aufarbeitung wird noch Jahrzehnte dauern.

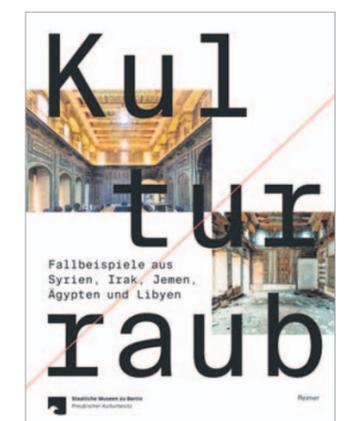
Einen Einblick in die schwer zu überblickende Situation bietet das von der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien geförderte und von Birthe Hemeier und Isber Sabine herausgegebene Buch »Kulturrab. Fallbeispiele aus Syrien, Irak, Jemen, Ägypten und Libyen«. Das Ausmaß des Kulturrabs in den entsprechenden Herkunftsstaaten ist aktuell bestenfalls für Expertinnen und Experten einschätzbar. In dem Buch kommen die Menschen vor Ort selbst zu Wort und berichten als Experten, Betroffene oder Zeugen. Mit weiterführenden Literaturempfehlungen und ergänzenden Beiträgen von Expertinnen und Experten über aktuelle Forschungsergebnisse kann man sich mit den vorgestellten Objekten detailliert auseinandersetzen. Eingangs wird in die derzeitige Situation und Konflikt-

lage des jeweiligen Landes eingeführt. Eine Karte verschafft Überblick über nachfolgend erwähnte Fundorte, Museen und Gebäude.

Ein Buch, das ganz eindeutig aufzeigt, wie schützenswert der identitätsstiftende Wert von Kulturgütern ist!

Kristin Braband

Birthe Hemeier und Isber Sabine (Hg.). Kulturrab. Fallbeispiele aus Syrien, Irak, Jemen, Ägypten und Libyen. Berlin 2021

**PERSONEN & REZENSIONEN**

Politik & Kultur informiert an dieser Stelle über aktuelle Personal- und Stellenwechsel in Kultur, Kunst, Medien und Politik. Zudem stellen wir in den Rezensionen alte und neue Klassiker der kulturpolitischen Literatur vor. Bleiben Sie gespannt – und liefern Sie gern Vorschläge an puk@kulturrat.de.

# Politik & Kultur

THEMA



Die Novellierung des Kulturgutschutzrechts sowie die gesamtstaatliche Strategie zum Umgang mit Sammlungsgut aus kolonialen Kontexten sind Meilensteine der Kulturpolitik

FOTO: PICTURE ALLIANCE / DANIEL BOCKWOLDT/DPA | DANIEL BOCKWOLDT

## Das Ende einer Ära

Sechzehn Jahre schwarze Kulturpolitik

OLAF ZIMMERMANN

Der Koalitionsvertrag steht, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP werden fast sicher zu einer Ampel-Regierung zusammenfinden und Olaf Scholz wird, wie geplant, im Dezember zum Bundeskanzler gewählt werden. Die Ära Merkel ist zu Ende.

Damit endet eine 16-jährige Erfolgsgeschichte christdemokratischer Kulturpolitik in der Berliner Republik. Doch zurück auf Anfang: Das Amt des Staatsministers oder der Staatsministerin für Kultur und Medien im Bundeskanzleramt wurde 1998 in der ersten rot-grünen Regierung unter Gerhard Schröder eingeführt. Eigentlich der Rang eines Staatssekretärs, doch für den ersten Staatsminister Michael Naumann wurde eine Aufwertung des Staatssekretärs in ein Staatsministeramt erfunden und dabei blieb es. Auf Michael Naumann folgte in der Hälfte der Amtszeit Julian Nida-Rümelin und dann in der zweiten Regierung Schröder Christina Weiss. In ihrem personellen Kernbestand speiste sich die neue oberste Bundesbehörde aus der Kulturabteilung des Bundesinnenministeriums, die zuvor für die Kulturpolitik im Inland zuständig war.

Auf der Haben-Seite des neuen Amtes, namens BKM, stand vor allem eine neue Aufmerksamkeit für Kultur und Kulturpolitik auf der Bundesebene. Insbesondere Michael Naumann ist es verdanken, dass das Thema in aller Munde war. Sehr zum Verdross der Länder, die zusätzlich mit dem Satz, dass die Kulturhoheit der Länder »Verfassungsfolklore« sei, »auf die Palme getrieben« wurden. Gleichfalls auf der Haben-Seite kann unter anderem das Gesetz zur Buchpreisbindung, die Gründung der Kulturstiftung des Bundes, die Übernahme der Finanzierung der Akademie der Künste und des Jüdischen Museums Berlin sowie der Masterplan Museumsinsel verzeichnet werden. Bei all diesen Themen war der Streit mit den Ländern vorprogrammiert und prompt folgte er. Auf der Soll-Seite steht die Absenkung des Bundeszuschusses zur

Künstlersozialkasse von 25 auf 20 Prozent sowie die Abschaffung der bereichsspezifischen Abgabesätze mit der Wirkung, dass die Künstlersozialkasse ganz infrage gestellt wurde. Weiter wurde die Deutsche Welle drastisch geschröpft und insbesondere in der Zeit von 2002 und 2005 konnte, trotz aller Bemühungen von Staatsministerin Christina Weiss, der Bundeskulturretat nicht gesichert werden. Die Bilanz nach sieben Jahren sozialdemokratischer Bundeskulturpolitik war also trotz allen Diskurses eher gemischt.

Im Jahr 2005 begann die Ära Merkel. Den Kulturbereich trieb die Sorge um, ob wieder zum Status quo ante zurückgekehrt und das BKM aufgelöst würde. Der Deutsche Kulturrat hatte sich schon im Vorfeld der Wahl dafür stark gemacht, dass am Amt festgehalten würde und ich selbst hatte die kühne, weil sehr umstrittene, Behauptung aufgestellt, dass ein »Politik-Profi« das Amt übernehmen müsse. Das war natürlich provokant, denn Michael Naumann hatte als Vorsitzender des Verlegerausschusses des Börsenvereins verbandspolitische Erfahrung, Julian Nida-Rümelin war Kulturdezernent der Landeshauptstadt München und trug in der SPD Verantwortung und Christina Weiss war zuvor zehn Jahre lang Hamburger Kultursenatorin. Die drei SPD-Kulturstaatsminister hatten also durchaus politische Erfahrung, gehörten aber nicht dem Deutschen Bundestag an und kannten sich auf der Bundesebene nicht wirklich aus.

Mit der Ernennung von Bernd Neumann zum Staatsminister für Kultur und Medien beendete Angela Merkel alle Spekulationen um eine Abschaffung des Amtes, sie wählte zugleich einen »echten« Politik-Profi, der seit 1987 dem Deutschen Bundestag angehörte und bereits als Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesbildungsministerium Erfahrungen in der Leitung einer Bundesbehörde gesammelt hatte. Anders als beim Feuilleton, das dieser Personalie eher kritisch gegenüberstand, reüssierte Neumann bei den Bundeskulturverbänden sofort. Zu seinem Erfolg trug aber

nicht nur die stetige Erhöhung des Bundeskulturretats, die finanzielle Stärkung der Deutschen Welle und anderes mehr bei. Die Stärke von Neumann lag in der Moderation, im Gespräch, in seinen Verbindungen in das Parlament. Er wusste genau, dass er die Mitglieder des Deutschen Bundestags, insbesondere die Mitglieder des Kulturausschusses, für sich gewinnen musste und das gelang ihm auch parteiübergreifend. Sitzungen des Kulturausschusses, dem er zuvor bereits als Abgeordneter angehörte, waren für ihn »Pflichttermin«. Telefondiplomatie mit den Haushaltern und anderen gehörte dazu. Wichtig war ihm ebenso der Dialog mit den Bundeskulturverbänden, so manche »Kuh konnte vom Eis geholt werden«. Gerne lud er auf der Terrasse vor seinem Büro im Bundeskanzleramt ein, in der prallen Sonne »kochte« er sein Gegenüber im wahrsten Sinne des Wortes weich.

Ich erinnere mich noch sehr gut an einen von ihm eingerichteten Arbeitskreis, in dem 12 Punkte zum Urheberrecht erarbeitet wurden. Neumann ließ es sich nicht nehmen, persönlich dabei zu sein. Er trieb die anwesenden Juristen fast in den Wahnsinn, in dem er immer und immer wieder nachfragte und betonte, man möge es ihm, dem »Nicht-Juristen«, doch noch einmal genau erklären, was gemeint sei. Manche der anwesenden Juristen haben für ihre Fehleinschätzung, Neumann würde es an Sachkenntnis in dem Feld fehlen, heftig Lehrgeld bezahlen müssen.

Monika Grütters, seine Nachfolgerin, konnte ebenfalls auf eine parlamentarische Laufbahn, erst im Abgeordnetenhaus von Berlin und dann seit 2005 im Deutschen Bundestag, zurückblicken, als sie 2013 Kulturstaatsministerin wurde. Von 2009 bis 2013 war sie Vorsitzende des Kulturausschusses des Deutschen Bundestags und damit mit den Debatten im Parlament bestens vertraut.

Ihre erste Amtszeit als Kulturstaatsministerin war von der Diskussion um das Kulturgutschutzgesetz geprägt. Ein Gesetz, das federführend von der BKM bearbeitet wurde. Dies war eine

Besonderheit, denn bei anderen den Kulturbereich betreffenden Gesetzen wie dem Künstlersozialversicherungsgesetz oder dem Urheberrecht war das BKM »nur« mitberatend.

Die Diskussion um das Kulturgutschutzgesetz wurde höchst emotional und mit harten Bandagen geführt. Lange nicht aus der Deckung gewagt hatte sich Grütters, als es um die TTIP-Verhandlungen 2015 und besonders 2016 ging. Wurde anfangs noch gesagt, dass der Kulturbereich gar nicht von dem Handelsabkommen zwischen Europa und den Vereinigten Staaten betroffen sei, veröffentlichte Grütters schließlich zusammen mit dem damaligen Bundeswirtschaftsminister Gabriel ein Papier, in dem rote Linien für den Kulturbereich aufgezeigt wurden. Da hatte sie gerade noch einmal die Kurve bekommen.

Die letzten beiden Jahre der Amtszeit Grütters waren von der Coronapandemie geprägt. Sie und ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter kämpften unermüdlich, dass der Kulturbereich bei den allgemeinen Hilfsmaßnahmen angemessen mitbedacht wird. Unsere Forderung nach einem großen Investitionsprogramm in die Kultur gerade in der Krise wurde von ihr aufgenommen. Mit NEUSTART KULTUR, so wurde das Investitionsprogramm später genannt, wurde ein 2 Milliarden starkes Hilfsprogramm an den Start gebracht. Die Besonderheit ist hier, dass die Konzeption der Hilfsprogramme, deren Ausgestaltung und Vergabe durch die Bundeskulturverbände, Stiftungen und künstlerischen Fonds erfolgte. NEUSTART KULTUR ist eine gemeinsame Kraftanstrengung von Politik und Zivilgesellschaft. Die Passfähigkeit der Programme zeigt, dass der Weg richtig war und ist.

Mit dem Sonderfonds des Bundes für Kulturveranstaltungen besteht ein weiteres großes spezielles Bundesprogramm für den Kulturbereich mit einem Volumen von 2,5 Milliarden Euro, das in enger Abstimmung mit den Ländern erfolgt. Grütters hat dafür gesorgt, dass wir als Vertreter der Zivilgesellschaft in die politische Umsetzung eng mit eingebunden wurden.

Ganz abgesehen von diesen Corona-Sonderprogrammen kann Grütters stolz auf kontinuierliche Steigerungen ihres Etats und einen stetigen Bedeutungs-

gewinn der Behörde, der sich auch in der Zahl der Beschäftigten, fast 400, widerspiegelt, zurückblicken. Zugleich wurde in der Pandemie der Status der Obersten Bundesbehörde im Bundeskanzleramt zur Bürde. Das BKM war eben kein gleichgewichtiger Partner, als es um die ersten Formulierungen des Infektionsschutzgesetzes ging, weshalb Kulturveranstalter sich im Gesetzestext in unmittelbarer Nähe von Bordellen im Freizeitbereich wiederfanden. Vielleicht hat dies »dem Fass den Boden ausgeschlagen«, sodass zum Ende ihrer Amtszeit auch Monika Grütters endlich ein eigenständiges Bundeskulturministerium forderte, was aber leider wegen der sozialdemokratischen Mutlosigkeit auch in der kommenden Regierung nicht installiert wird.

Und die Kanzlerin? Sie hielt sich in den 16 Jahren ihrer Amtszeit kulturpolitisch auffallend zurück, obwohl sie eigentlich als Bundeskanzlerin auch die Kulturministerin der Bundesrepublik Deutschland war. In der Pandemie veröffentlichte sie im Frühjahr 2020 einen Podcast, in dem sie speziell auf den Kulturbereich einging. Sie sprach zum 20-jährigen Jubiläum des BKMs und bei anderen großen kulturellen Anlässen. Und sie unterstützte den Aufbau der vom Deutschen Kulturrat initiierten »Initiative kulturelle Integration«. Außerdem war sie Stammgast der Wagner-Festspiele in Bayreuth. Viel mehr sichtbare Kulturpolitik von ihr gab es leider nicht.

Kulturstaatsminister Neumann und Kulturstaatsministerin Grütters gestalteten als ihre Staatssekretäre letztlich in eigener Verantwortung die Bundeskulturpolitik. Sie haben, mit Blick auf die Parteifarbe der Union, eine erfolgreiche schwarze Kulturpolitik entwickelt. Als gewählte Abgeordnete waren sie nicht auf das Wohlwollen und den Schuttschirm ihrer Chefin angewiesen. Dies hat zur Stärkung des Amtes beigetragen. Es ist zu hoffen, dass hinter das Erreichte nicht wieder zurückgefallen wird. Die 16-jährige Ära der schwarzen Kulturpolitik unter Kanzlerin und Kulturministerin Angela Merkel ist jetzt zu Ende! Die Ära der Grünen-Kulturpolitik auf der Bundesebene beginnt.

Olaf Zimmermann ist Herausgeber von Politik & Kultur

# »Die politische Bedeutung der Kultur wurde signifikant gestärkt«

Monika Grütters im Gespräch

Nach acht Jahren im Amt blickt die scheidende Kulturstaatsministerin Monika Grütters im Gespräch mit Hans Jessen auf ausgewählte Schwerpunktthemen ihrer Amtszeit zurück.

**Hans Jessen: Frau Grütters, in ein paar Tagen werden Sie wohl nicht mehr Kulturstaatsministerin sein. Welcher Satz soll nach Ihrer achtjährigen Amtszeit auf Dauer mit dem Namen Monika Grütters verbunden bleiben?**

Monika Grütters: Dass es gelungen ist, die politische Bedeutung der Kultur signifikant zu stärken. Die Kultur hat in den vergangenen Jahren an Relevanz gewonnen – nicht nur für Kreative und ihr Publikum, sondern für die gesamte Gesellschaft. Die Schärfung des Bewusstseins dafür, welche Bedeutung Kultur für unser Gemeinwesen hat, bleibt hoffentlich.

**Im kommenden Jahr wird der Kulturetat des Bundes wieder über 2 Milliarden liegen, 1,3 Milliarden waren es bei Ihrem Amtsantritt. Wie viel von diesem Aufwuchs rechnen Sie sich persönlich zu?**

Es ist ein großer Vorteil, als erfahrene Parlamentarierin in diesem Amt zu sein und im permanenten Austausch mit den Kolleginnen und Kollegen im Bundestag über Etat erhöhungen verhandeln zu können. Anders wäre dieser Etatzuwachs sehr wahrscheinlich nicht möglich gewesen. Es gab aber auch immer wieder Initiativen aus dem Parlament – da ging es um konkrete Einzelprojekte, nicht um institutionelle Maßnahmen. Die kontinuierliche Steigerung des Kulturhaushalts basiert vor allem auf politischer Überzeugungsarbeit.

**Das Amt ist in gewisser Weise delikat: Im deutschen Föderalismus ist Kultur Ländersache. Die Länder achten sehr darauf – aber finanzielle Unterstützung für Kunst- und Kulturarbeit ist stets hochwillkommen. Der oder die BKM soll gern die Spenderhosen anhaben – jedoch wenig Vorgaben machen. Hatten Sie beim Amtsantritt eine klare Strategie, wie Sie diesen Spagat bewältigen wollten?**

Vor dem Bundestagsmandat habe ich zehn Jahre lang in Berlin als Mitglied des Abgeordnetenhauses klassische Landeskulturpolitik gemacht. Insofern wusste ich, welche Diskussionen mich als Kulturstaatsministerin des Bundes erwarten. Ich kann mich auch noch gut an die heftigen Grundsatzdebatten erinnern, als Gerhard Schröder 1998 dieses Amt ins Leben gerufen hat: »überflüssig wie ein Marineminister in der Schweiz« oder »Verfassungsfolklore« hieß es damals. Um die Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern zu verbessern, haben wir von Beginn meiner Amtszeit an die regelmäßigen »kulturpolitischen Spitzengespräche« intensiviert: In der Regel treffen sich zweimal jährlich die Kulturministerinnen und -minister der Länder mit der Staatsministerin des Bundes und Vertretern der Bundes- und Länder-Kulturstiftungen sowie der kommunalen Spitzenverbände. Während meiner zweiten Amtszeit haben dann die Länder ihrerseits reagiert und eine Kulturministerkonferenz innerhalb der Kultusministerkonferenz gegründet. Damit wurden sinnvolle Strukturen für den Austausch zwischen Bund und Ländern geschaffen. Dabei haben

wir alle festgestellt, dass wir gemeinsam mehr erreichen, als wenn jeder einzeln agiert. Sowohl die Gründung des Deutschen Zentrums für Kulturgutverluste als auch die gemeinsame Initiative für die Rückgabe der Benin-Bronzen im vergangenen Frühjahr beispielsweise sind gelungen, weil wir systematisch diese Strukturen des Austauschs geschaffen haben.

**Bei den Stichworten »Raubkunst« und »Provenienzforschung« gibt es gemischte Reaktionen: So loben z. B. gerade kleinere Museen, dass sie überhaupt erst durch Bundesmittel in die Lage versetzt wurden, die Provenienzen ihrer eigenen Bestände zu erforschen. Im Fall »Gurlitt« dagegen der Vorwurf, die spektakulären Maßnahmen gegen Cornelius Gurlitt seien unverhältnismäßig gewesen, weil von 1.500 Werken seiner Sammlung nur 14 als Raubkunst identifiziert wurden.**

Gegenfrage: Woher wüssten wir denn, dass es nur diese wenigen Raubkunststücke sind, wenn wir den Kunstfund Gurlitt nicht sorgfältig aufgearbeitet hätten? Der von uns betriebene Aufwand wurde gelegentlich kritisiert. Dazu gab es aber überhaupt keine Alternative. Aufwand und Mühe im Fall Gurlitt haben sich allein schon deswegen gelohnt, weil wir transparent und gründlich an die Sache herangegangen sind. Durch die sehr systematische, tiefgehende Aufarbeitung dieses spektakulären Falls haben wir uns international Vertrauen erworben, auch in der jüdischen Gemeinschaft. Das hat unserer Gesellschaft gutgetan. Und es war der erste große Fall im Bereich Provenienzforschung, an dem internationale Forscherteams zusammengearbeitet haben. Das hatte es vorher so nicht gegeben. Hinter die dadurch etablierten Standards kann man auch in Zukunft nicht mehr zurückfallen.

**Thematisch verbunden mit dem Thema Raubkunst ist das Humboldt Forum. Kolonialismus und Raubkunst, exemplarisch festgemacht an den Benin-Bronzen und dem Luf-Boot.**

Das Humboldt Forum habe ich übernommen, als schon ein Großteil der Bauarbeiten geleistet war – ohne dass man sich konkrete konzeptionelle Gedanken gemacht hätte. Bei meinem Amtsantritt 2013 wurde nur über den Aufbau des Schlosses geredet, aber nicht über die Inhalte des Humboldt Forums. Das mussten wir nachholen. Dabei hat uns Neil MacGregor mit seiner internationalen Erfahrung sehr geholfen. Dafür bin ich ihm bis heute dankbar.

**Ich vermute, Sie hatten die Fragen des Umgangs mit Exponaten, die im Fokus der Debatte um Kolonialismus und Raubkunst stehen, schon länger auf dem Schirm. Hätten Sie sie nicht stärker und früher von Amts wegen forcieren können? Von Kulturpolitikern erwartet man zu Recht, dass sie sich aus den Inhalten der von ihnen geförderten Kultureinrichtungen so weit wie möglich heraushalten. Auch beim Thema Kolonialismus gilt mein Credo: Die Kulturpolitik setzt die Rahmenbedingungen, ohne übergriffig zu werden und den Museen vorzuschreiben, was sie zu tun und zu lassen haben. Dennoch habe ich im Hinblick auf den Umgang**

mit Sammlungsgut aus kolonialen Kontexten immer gemahnt und gedrängt, gerade beim Humboldt Forum. Im Übrigen tut es uns allen ja sehr gut, dass das Humboldt Forum diese wichtige Gesellschaftsdebatte befeuert hat. Dadurch wird ein Stück weit das Versprechen eingelöst: Das Humboldt Forum ist tatsächlich ein Museum neuen Typs geworden, das sich mit den großen Themen und Debatten der Menschheit beschäftigt und nicht nur Europas Kultur zeigt – die kennen wir ja schon aus anderen Häusern. Und bei der BKM gibt es jetzt ein eigenes Referat und einen eigenen Haushaltstitel zur Aufarbeitung des Kolonialismus.

**Ein weiteres Großthema Ihrer Amtszeit war das Museum des 20. Jahrhunderts, das nun auf dem Kulturforum entsteht. Ihnen wird vorgeworfen, den sich lang hinschleppenden Entscheidungsprozess fast eigenmächtig entschieden zu haben.**

Dieses Museum verteidige ich mit aller Leidenschaft. Denn das 20. Jahrhundert ist für die deutsche Geschichte von entscheidender Bedeutung, und die Brüche jener Zeit zeigen sich gerade auch in der Kunst. Die Neue Nationalgalerie besitzt eine der weltweit wichtigsten Sammlungen zur Kunst des 20. Jahrhunderts, doch sie kann nicht mal ein Viertel ihrer Sammlung präsentieren. Wir haben also eine Bringschuld gegenüber der Bevölkerung, diese Kunst öffentlich zugänglich zu machen. Ein Erweiterungs- oder Neubau war ja bereits in der Diskussion. Die Entscheidung für den Standort auf dem Kulturforum habe nicht ich allein gefällt, sie war das Ergebnis einer sehr intensiven Debatte mit Experten und einer Wettbewerbsjury. Für den spektakulären Bau von Herzog & de Meuron ist es mir schließlich gelungen, die finanziellen Mittel zu beschaffen – ich freue mich schon sehr darauf, wenn die »Scheune«, wie sich der Berliner Volksmund den Bau zu eigen machen versucht, eröffnet wird.

**Heftig umstritten war das von Ihnen initiierte Kulturgutschutzgesetz. Der Kunsthandel leistete erbitterte Gegenwehr: Das Gesetz gefährde die Existenzgrundlage von Händlern und Galeristen. Diese Kritik habe Sie besonders getroffen, sagen Sie. Was war Ihr Anteil an diesem Konflikt?**

Es war das erste Gesetz, an dem ich nicht aus Parlamentsperspektive mitgewirkt habe, sondern als Teil der Regierung. Und tatsächlich ist rückblickend dabei nicht alles optimal gelaufen. So haben wir z. B. einen politisch noch nicht hinreichend geprüften Gesetzesentwurf zu frühzeitig in die Abstimmung gegeben, der dann plötzlich in der öffentlichen Diskussion war und für Unruhe gesorgt hat. Aber das Ergebnis und das Anliegen des Kulturgutschutzgesetzes verteidige ich nach wie vor ganz entschieden: Dass eine große Kulturnation wie Deutschland sich 35 Jahre lang einer internationalen Kulturgutschutzkonvention nicht anschließt, fand und finde ich beschämend. Das Kulturgutschutzgesetz stellt darüber hinaus eine zentrale Frage, mit der wir uns als Kulturnation fortwährend auseinandersetzen müssen: Welche Kulturgüter sind so wichtig für die Identität unserer Gesellschaft, dass sie in

unserem Land bleiben sollen? Es geht einfach nicht, dass jedes Kulturgut völlig unregelt als Ware das Land verlassen kann. Und es geht auch nicht, dass Kulturgüter völlig unklarer Provenienz einfach so hereinkommen. Wir haben das Gesetz dann nach intensiver Beratung mit allen Beteiligten – auch der Kunsthandlung war von Anfang an einbezogen – mit großer Mehrheit im Bundestag verabschiedet. Bis auf die FDP haben alle Parteien das Anliegen mitgetragen. Mein Eindruck bisher ist, dass dieses Gesetz sich in der Praxis bewährt hat und fast alle damit gut leben können. Aktuell läuft eine Evaluation des Gesetzes, die Ergebnisse werden bald vorliegen.

**Seit anderthalb Jahren beeinträchtigt die Pandemie das Kulturge-schehen. Künstler und Kulturschaffende gehören zu den besonders Betroffenen. Sie haben dazu beigetragen, dass insgesamt 4,5 Milliarden Euro für die Unterstützung der Kunst- und Kulturbbranche zur Verfügung gestellt wurden. Hat die Pandemie Rolle und Aufgabe der BKM neu definiert?**

Tatsächlich ist es gelungen, für die Kultur mit dem Rettungs- und Zukunftsprogramm NEUSTART KULTUR im Unterschied zu den anderen Ressorts ein eigenes Coronahilfsprogramm aufzulegen. Später kam dann noch der Sonderfonds des Bundes für Kulturveranstaltungen hinzu. Für alle anderen Branchen gab es die Hilfsangebote des Arbeits- und Sozialministeriums oder des Wirtschaftsministeriums. NEUSTART KULTUR ist auch eine politische Form der Anerkennung: für die gesellschaftliche Bedeutung der Kultur, für die hohe Belastung, die die Kultur- und Kreativszene wegen der Corona-Pandemie zu tragen hat – und schließlich für die unkonventionelle Lebens- und Arbeitsweise vieler Künstlerinnen und Künstler. Ich hoffe, dass sich diese neue Anerkennung der Politik für die Kultur in die Zukunft transportieren lässt.

Auch die Zusammenarbeit der BKM mit den Kulturverbänden ist durch die Pandemie sehr viel enger geworden. Weil bei der Umsetzung von NEUSTART KULTUR alles sehr schnell gehen musste und unser Haus das mit 400 Mitarbeitern niemals allein geschafft hätte, brauchen wir die Kulturverbände als Kooperationspartner. Dieser Schulterschluss mit den einzelnen Kulturverbänden, die die Bedürfnisse und Besonderheiten der jeweiligen Bereiche sehr gut kennen, funktioniert hervorragend. Auf dieses Vertrauensverhältnis zwischen der Politik und der Zivilgesellschaft kann man für die Zukunft aufbauen.

**Die Frage nach einem eigenständigen Kulturministerium haben Sie immer verneint – vor einem halben Jahr dann aber konnten Sie dem Gedanken an ein eigenständiges Kulturressort doch etwas abgewinnen. Was hat den Sinneswandel bewirkt?**

Das war eine Reaktion auf eine Äußerung Robert Habecks in Politik & Kultur, der meinte, man könne Kultur und ein anderes Ressort zusammenpacken. Das halte ich für die aller-schlechteste Idee. Wenn schon weg vom Kanzleramt – dann ein eigenes Haus für die Kultur. Ich persönlich bin allerdings sehr gut gefahren mit

der Ansiedlung hier bei der Kanzlerin. Dadurch ist man in der Hierarchie der Wahrnehmung sehr weit oben. Bei jeder Generaldebatte z. B. um den Haushalt ist das Kanzleramt zuerst dran, und damit auch die Kultur. Aber eines kann ich nach acht Jahren Amtszeit auch sagen: Der enorme Anstieg des Etats und des Aufgabenvolumens ist in der bisherigen Organisationsstruktur nicht mehr zu bewältigen. Ich bin als Staatsministerin allein mit einem Leitenden Beamten. Durch diesen Flaschenhals müssen alle relevanten Vorgänge gehen. Das ist so nicht mehr zu bewältigen. Ich plädiere deshalb dafür, dass dieses Amt auf Ministerrang angehoben wird und zwei Staatssekretäre und den notwendigen Unterbau bekommt. Gleichzeitig sollte BKM dort bleiben, wo es ist. Ich kann nur jedem empfehlen, sich nicht ohne Not aus der Obhut des Kanzleramtes zu verabschieden – die tut dem Ressort gut und verschafft Sichtbarkeit. Jedenfalls bei einer guten und großzügigen Kanzlerin. Angela Merkel ist einerseits selbst kulturaffin, und sie hat mir andererseits an keinem einzigen Tag in meine Geschäfte hineingeredet. Sie hat keinerlei Vorgaben gemacht, sondern mir große Freiheiten gelassen und viel Vertrauen entgegengebracht. Dafür bin ich sehr dankbar.

**Welche unerledigten oder sich neu formierenden Aufgaben sehen Sie für die künftige Bundeskulturpolitik?**

Vor allem die soziale Absicherung der Künstlerinnen und Künstler muss krisenfest gemacht werden. Da besteht dringender Handlungsbedarf. Eine der wichtigsten Lehren aus der Pandemie ist: Man muss an die Arbeitslosen- und Rentenversicherung heran. Viele Kreative sind Soloselbstständige, da ist die Gefahr der Altersarmut fast vorprogrammiert. Man muss die Lebensumstände der Künstlerinnen und Künstler ernst nehmen und sozialpolitische Antworten darauf finden. Das kann aber die BKM allein nicht schaffen. Es ist, ähnlich wie beim Thema Künstlersozialversicherung, eine Aufgabe für die gesamte Regierung. Eine zweite wichtige Herausforderung bleibt die Reform der Stiftung Preussischer Kulturbesitz. Trotz Pandemie haben sich fünf Ministerinnen und Minister aus Bund und Ländern siebenmal getroffen, um die Vorschläge des Wissenschaftsrats in ein gutes Konzept zu bringen. Ich appelliere mit aller Energie an meine Nachfolge: Ihr müsst das jetzt umsetzen – alles, ohne Abstriche.

**Vielen Dank.**

Monika Grütters ist Staatsministerin für Kultur und Medien bei der Bundeskanzlerin. Hans Jessen ist freier Publizist

## INFO

In ihrer Amtszeit hat Staatsministerin Monika Grütters in Politik & Kultur regelmäßig ihre kulturpolitische Expertise eingebracht. Von der aktuellen Coronasituation über das Humboldt Forum oder die Themen Exilkultur und Integration – lesen Sie alle Beiträge der letzten Jahre von Monika Grütters hier nach: bit.ly/3nHpUus

# »Kunst ohne Risiko gibt es nicht«

## Tanja Dückers im Gespräch

Die Schriftstellerin Tanja Dückers spricht mit Ludwig Greven über ihre Erwartungen an die neue Regierung, über Mindesthonorare für Literaten und die Benachteiligung von Frauen in der Kulturbranche.

### Ludwig Greven: Wie sehr hat Sie als Autorin die Pandemie getroffen?

Tanja Dückers: Ich sollte im vergangenen Herbst in den USA ein Stipendium antreten, konnte aber nicht einreisen. Das wäre für mich die mit Abstand größte Einnahme in dem Jahr gewesen. Das war schon hart. Außerdem fielen viele Veranstaltungen aus. Einige fanden zwar online statt, man erhält jedoch nicht immer das gleiche Honorar. Als Mutter eines Schulkinds war ich im Lockdown sehr mit Unterrichten und Beschäftigten eingespannt, es gab faktisch keinen Online-Unterricht. Doch irgendwann habe ich gemerkt: Mir fehlt die literarische, die intellektuelle Öffentlichkeit. Normalerweise gehe ich zu Lesungen, Ausstellungen, Performances, ins Theater, treffe hier und dort Kolleginnen und Kollegen. Der Austausch mit anderen Literatinnen und Literaten über unsere Arbeit, Politik, Fragen der Zeit fehlte mir. Das habe ich schon als eine Einschränkung empfunden, auch im Denkhorizont. Und mir fehlte der Kontakt zu meinem Publikum. Der Buchverkauf hat ebenfalls gelitten. Trotzdem hat mich das laute, fortgesetzte Klagen mancher Kolleginnen und Kollegen gestört – es gibt Leute, denen es in dieser Krise deutlich schlechter ging und geht. Ich habe meinen Job nicht verloren, konnte weiter Texte publizieren und habe an einem Buch gearbeitet, das jetzt erscheint. Die Kolleginnen und Kollegen, deren Bücher mitten im Lockdown erschienen, taten mir allerdings sehr leid.

### Schriftsteller sind in der Regel wie alle Künstler freiheitsliebende Menschen. Haben Sie Verständnis für Künstler, die sich nicht vom Staat und der Politik einschränken lassen wollen?

Den Anspruch, wir sind auch systemrelevant, halte ich für eitel und falsch. Wenn ich im Krankenhaus läge, und viele Tausende waren wegen Corona im Krankenhaus, hätte ich an meiner Seite lieber eine Krankenschwester als einen Dichter. Nach der Pandemie kann man wieder auf sich aufmerksam machen. Die Kultur ist sehr relevant, aber es erscheint mir unpassend, in dieser Situation mit z. B. Pflegekräften in Konkurrenz treten zu wollen. Literatinnen und Literaten pflegen gern einen sozialkritischen Habitus, betonen, dass man doch bitte auch die Menschen mit wenig prestigeträchtigen Berufen wahrnehmen soll. Nun gab es eine Situation, die diese Menschen tatsächlich in den Fokus rückte. Da hätte man auch sagen können: Ich verliere zwar gerade Geld und Resonanz. Aber es ist einfach nicht der Moment für meine narzisstische Bühne.

### Warum haben gerade Künstler und Schauspieler darauf so kritisch reagiert?

Kunstschaffende neigen dazu, sich in den Mittelpunkt zu stellen. Ich schließe mich da nicht aus. Die Pandemie bedeutete für die Branche neben aller berechtigten Unzufriedenheit auch eine narzisstische Kränkung, eine psychologische Herausforderung. Dieses Wort (nicht) systemrelevant muss man erst mal verkraften können. Das könnte noch mal ein interessantes literarisches Sujet sein.

### Anfangs gab es für Künstler wie für Pflegekräfte viel verbale Solidarität und kreative Aktionen wie Musik vom Balkon. Darum ist es still geworden. Sind Kunst und Kultur doch nicht so wichtig?

Ich fand diese Stimmung und einige spontane Aktionen im öffentlichen Raum sehr berührend. Es sind weniger geworden, auch weil es ja wieder Kulturveranstaltungen gibt. Von der Politik erhoffe ich mir, dass sie mit Kultur nicht nur, wie gern hier in Berlin, massiv für den »attraktiven Standort« wirbt, sondern auch die Künstlerinnen und Künstler selbst, die diese Kultur hervorbringen, stärker im Blick hat. Gerade jetzt. Ich mache mir schon Sorgen, dass nach anderthalb Pandemie Jahren beim einstigen Publikum nun die Haltung vorherrscht, es

kratig sehr erfolgreich ist. Wir wissen noch nicht, was es bewirkt, dass sie so lange nun in der Öffentlichkeit nicht oder kaum präsent war.

### Was müsste die Politik tun, um die Kultur weiter zu unterstützen, wenn die Pandemie irgendwann vorbei ist?

Wichtig ist, wer Monika Grütters nachfolgt. Sie hat eine engagierte Kulturpolitik gemacht. Zum anderen: Wird das Amt des Kulturstaatsministers zu einem eigenen Ressort aufgewertet? Wird Kultur als Staatsziel im Grundgesetz verankert, wie es der Deutsche Kulturrat fordert?

### Wäre beides mehr als ein Symbol?

Es wäre ein sehr wichtiges Zeichen, gerade auch für Menschen, die we-

abgesehen, gibt es schon Preise und Stipendien, die von »staatlicher Seite« vergeben werden, in Berlin z. B. das Senatsstipendium, ich habe das auch erhalten. Aber für die meisten Künstlerinnen und Künstler verschiedenster Gattungen ist die Lebensmitte schwierig: Erst wird man als Newcomer, als Debütantin, beachtet, später wird das Lebenswerk geehrt, aber dazwischen? In Deutschland veröffentlicht nur jeder zehnte Autor ein zweites Buch.

### Und darüber hinaus?

Die Rede war auch von verbindlichen Honoraruntergrenzen. Wichtig wäre zudem eine dauerhafte Erhöhung des Staatszuschusses zur Künstlersozialkasse, damit die KSK nicht ins Wanken gerät, sowie eine KSK-

Schriftsteller haben das aber meist nicht. Ihr Einkommen sollte nicht davon abhängen, ob sie gewiefte Füchse sind oder nicht. Auch Agenturen nehmen keineswegs alle Arbeit ab und verhandeln z. B. im Allgemeinen keine Lesungsgagen.

### Warum engagieren sich Kunstschaffende nicht stärker für ihre eigenen Belange?

Es gibt natürlich einzelne, die das tun. Aber den meisten liegt das nicht. Künstlerinnen und Künstler sind oft eher Individualisten und nicht gewohnt, Lobbyarbeit zu betreiben, in Gruppenzusammenhängen zu denken. Sie neigen zudem nicht unbedingt zu kurzen Formeln. In der politischen Öffentlichkeit muss man aber eine Art Werbesprech draufhaben, Komplexitätsreduktion betreiben. Das ist stilistisch und inhaltlich das Gegenteil der Arbeit von Literatinnen und Literaten. Auch mir widerstrebt, in einer plakativ-agitatorischen Form zu sprechen. Eine andere Antwort: Gesellschaftliche Gruppierungen bzw. Identitätsangebote werden immer kleinteiliger, es gibt meist nicht viel Solidarität über diese sozial hoch individualisierten Gruppierungen hinaus, sofern es nicht um höhere Ziele wie das Klima geht. Das ist zwar menschlich nachvollziehbar, aber wirklich solidarisch ist es doch, wenn sich jemand für eine gesellschaftliche Gruppe oder Zunft engagiert, der er eben nicht selbst angehört. Da fangen für mich Demokratie und Solidarität erst wirklich an.

### Sind Frauen in der Kulturbranche immer noch benachteiligt? Was müsste da getan werden?

Ja, natürlich. Ich könnte viele Beispiele dafür liefern, Ähnliches erzählen mir auch Kolleginnen immer wieder. Ein Beispiel: Ich habe mal für eine Podiumsdiskussion einer SPD-nahen Institution – ich war die einzige Frau – ein deutlich geringeres Honorar erhalten als meine männlichen Mitdiskutanten, wie ich hinterher erfahren habe. Als ich nachhakte, wurde mir gesagt: Die Männer hätten halt besser verhandelt. Doch mir gegenüber war zuvor von einem »fixen Honorar« gesprochen worden. Frauen wollen meist nicht um Honorare wie auf dem Sportplatz kämpfen. Zu oft existieren solche, nicht von Frauen gemachte unausgeglichene Spielregeln. Ich halte es daher für unabdingbar, dass z. B. bei der Vergabe von Stipendien, von Preisen oder bei der Besetzung von Intendanten, in Jurys und Gremien einigermaßen auf Gleichstellung geachtet wird. Anders als mit solchen numerischen Mitteln kommen wir leider nicht voran.

### Vielen Dank.

Tanja Dückers ist Schriftstellerin und Journalistin. Ludwig Greven ist freier Publizist



2019 erfolgte der erste Spatenstich für den Bau des Museums des 20. Jahrhunderts Berlin. Lange wurde über Standort und Kosten diskutiert

geht ja auch ohne Live-Kultur, es gibt ja Netflix. Auch bei Verlagen sehe ich die Tendenz, Programme zu reduzieren mit der Begründung, wir mussten viele Titel verschieben, die nun erst mal nachgeholt werden müssen. Man ist nicht sehr risikofreudig. Aber Kunst ohne Risiko gibt es nicht.

### Kultur hat auch die Aufgabe, eine Selbstreflexion der Gesellschaft über sich zu ermöglichen. Wie sehr fehlt das?

Auf die Dauer bekommen wir eine Art geistig-mentales Long Covid, eine Art Fatigue-Syndrom als Folge der Abwesenheit von Kultur in der Öffentlichkeit. Die Auseinandersetzungen, zu denen Kunstwerke, welchen Genres auch immer, einladen, sind wichtig für die innere Verfasstheit einer Gesellschaft. Wofür und wogegen sich eine Gesellschaft positioniert, wie sie wählt, entscheidet, ob sie für oder gegen einen Kriegseinsatz stimmt, was für eine Umweltpolitik sie betreibt, wie sie mit Minderheiten umgeht: Die Haltung der Öffentlichkeit zu vielen neuralgischen Fragen bildet sich in einem kollektiven Metasprache heraus, das in starkem Maße von der Kultur mit- und ausgetragen wird. Das Tolle dabei ist, dass in der Kultur die Begegnung auf Augenhöhe stattfindet. Wenn man in eine Ausstellung geht, eine Lesung, ein Konzert, schwingt oft im Werk eine humanistische Grundhaltung mit, sind Plädoyers für Freiheit, Toleranz, Mitmenschlichkeit in Kunstwerken implizit enthalten, ohne dass der Betrachter hiermit ideologisch konfrontiert, belehrt wird. Ich glaube, dass Kunst als Transportmittel für Demo-

niger kulturaffin sind. Das würde eine enorme Aufwertung der Kultur bedeuten.

### Reicht Ihnen, was sich darüber hinaus an konkreten Vorhaben der Ampel-Regierung abzeichnet?

Ich habe große Sorge, dass sich die FDP als kleinster Koalitionspartner durchsetzt wie beim Tempolimit und wichtige Dinge verhindert. SPD und Grüne fordern z. B. einen branchenspezifischen Mindestlohn für Kreative. Dann könnte ich einem Verlag sagen: Sie wollen eine 12-seitige Kurzgeschichte von mir und dafür 300 Euro brutto bezahlen? Das ist nicht unüblich, auch bei großen Verlagen. Nein danke, damit erhalte ich nicht einmal den gesetzlichen Mindestlohn. Zwei Euro pro Stunde, das geht einfach nicht. In Schweden erhalten Schriftstellerinnen und Schriftsteller ab einer bestimmten Anzahl von nicht im Selbstverlag publizierten Büchern ein unbefristetes Staatsstipendium. Das könnte man bei uns auch mal diskutieren.

### Schriftsteller wie Sie und andere Künstler wären dann aber noch stärker vom Staat und möglicher politischer Einflussnahme abhängig.

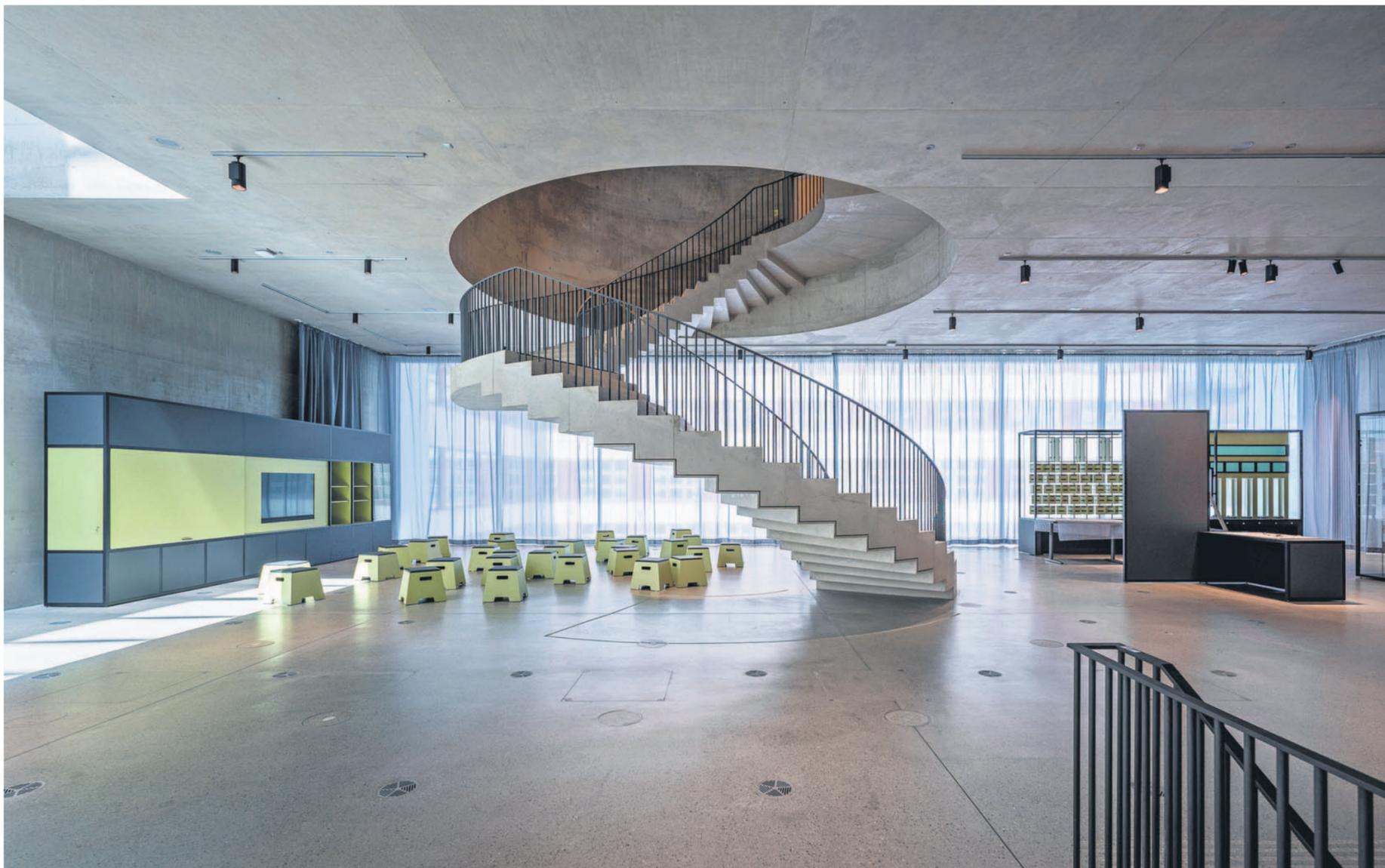
Abhängigkeiten von Geldgebern haben wir jetzt schon. Das fängt bei Verlagen an, die einem hineinreden, die bestimmte Bücher wollen und andere nicht, und endet bei Stipendien, die nicht selten an Auflagen geknüpft sind: z. B. über eine bestimmte Region (positiv) zu schreiben, in die man reist oder hier und da repräsentative Aufgaben zu erfüllen. Davon

Abgabe der digitalen Plattformen. Das ist überfällig, angesichts dessen, wie viel Kunst und Kultur ins Digitale abwandert, genauso wie eine Reform des Urheberrechts. Ich habe es gerade erlebt bei einer Kollegin, deren Roman verfilmt wird. Sie erhält ein lächerliches Honorar und durfte nicht einmal den Titel aussuchen. Viele Künstlerinnen und Künstler verstehen von juristischen und finanziellen Fragen wenig und sind nicht in der Lage, ihr eigenes Produkt zu verteidigen. Das ist nicht unbedingt Sache des Staates, aber ein Grund, warum Kreative sehr viel Geld gar nicht erst einnehmen. Da würde ich mir Ausbildungsmodule wünschen. Durch die Digitalisierung ist der künstlerischen Ausbeutung Tor und Tür geöffnet. Bei Büchern sind die Tantiemen festgeschrieben, bei den E-Books schwanken sie zwischen 25 und 50 Prozent, je nach Verhandlungsgeschick. Schriftstellerinnen und

## **i** ZU DEN BILDERN

16 Jahre christdemokratische Kulturpolitik kommt zum Ende. Die Ära Merkel war unter Kulturstaatsminister Bernd Neumann und Kulturstaatsministerin Monika Grütters geprägt durch Themen wie beispielsweise die Gründung des Deutschen Filmförderfonds, die öffentliche Diskussion um das Freiheits- und Einheitsdenkmal, die Errichtung des Dokumentationszentrums der Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung, die Debatte zum Umgang mit NS-verfolgungsbedingt entzogenem Kulturgut ausgelöst durch den Fall Gurlitt, den Widerstand der Kultur gegen die Freihandelsabkom-

men der Europäischen Union mit den USA und Kanada – TTIP und CETA – und die Novellierung des Kulturgutschutzes, aber auch die Reform der Stiftung Preussischer Kulturbesitz, der Bau des Museums des 20. Jahrhunderts, die Eröffnung des bis heute viel diskutierten Humboldt Forums und zu guter Letzt natürlich der Corona-Lockdown, der die Kultur schwer getroffen hat. Die Bilder im Schwerpunkt zeigen eine Auswahl dieser kulturpolitischen Meilensteine der letzten 16 Jahre. Damit endet eine kulturpolitische Ära, der Politik & Kultur im Schwerpunkt ein letztes »Denkmal« setzen möchte.



Das Dokumentationszentrum der Bundesstiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung wurde am 21. Juni 2021 feierlich eröffnet. Baubeginn war am 11. Juni 2013

© STIFTUNG FLUCHT, VERTREIBUNG, VERSÖHNUNG, FOTO: MARKUS GROTEKE

# Von der nationalstaatlichen zur paneuropäischen Kultur

Eine neue politische Ära beginnt

NILS MINKMAR

Er lächelt die Welt an, auch wenn er friert, viel zu früh auf den Champs-Élysées herumsieht und wegen einem Übermaß an kosmetischen Behandlungen kaum wiederzuerkennen ist. Dennoch hat Jack Lang immer gute Laune. Auch, weil er noch erkannt wird an diesem Tag im Oktober 2021, an dem die Verhüllung des Arc de Triomphe durch Christo und Jeanne-Claude in einer Pressekonferenz erläutert wird. Man begrüßt ihn, bedankt sich und strahlt ihn an und Jack Lang strahlt zurück. Die erste große Aktion von Christo und Jeanne-Claude, die Verhüllung der Pont Neuf 1985, wäre ohne ihn nicht möglich gewesen.

Als Kulturminister von François Mitterrand sorgte er für einen Aufbruch von historischen Dimensionen. Die Ära Mitterrand wäre ohne sein Wirken ein wesentlich düsteres Kapitel. Er genehmigte die Einführung des privaten Rundfunks in Frankreich, förderte Comics und Zirkuskünste, gründete unendlich viele Institutionen und steckte mit seiner Begeisterung für alles Schöne, Kühne und Moderne das ganze Land an. Dabei ließ er sich nicht in ein hochkulturelles Kämmerlein einsperren, sondern freute sich, jeden durch Paris reisenden amerikanischen Filmstar mit hohem Orden für die Verdienste um Kunst und Kultur auszuzeichnen.

Als seine Amtszeit sich dem Ende näherte, Mitterrand mit einer konservativen Regierung zusammenarbeiten

musste, ließ Jack Lang Plakate drucken in leuchtenden Farben, mit seinem gezeichneten, strahlenden Gesicht und einer Mut machenden Botschaft: Bewahrt die Sonne im Herzen!

Lang ist das prägendste Beispiel für die transformative Kraft einer inspirierenden, mutigen Kulturpolitik. Er trug dazu bei, dass sich die französische Gesellschaft modernisierte und eine fortschrittliche Eleganz an den Tag legte, von der die Luxus- und Tourismusindustrie des Landes bis heute leben, ein Motor der französischen Wirtschaft. Deutsche Kulturpolitik ist davon leider weit entfernt. Bei allen Vorzügen und unbestreitbaren historischen Leistungen – die Ära Merkel zeichnete sich durch eine solide Ausstattung der deutschen Kulturlandschaft aus, aber nicht durch Innovation und Inspiration. Symbol dieser Jahre wird das konzepti-

**Wichtig wäre es, populäre Formen wie die große Samstagabendshow auf eine größere, europäische Bühne zu bringen.**

onell so verunglückte Humboldt Forum bleiben, dessen Akzeptanz durch Bevölkerung und Touristen noch aussteht.

Nun eröffnen sich durch die neue, eine völlig neue politische Ära beginnt. Auch die Kulturlandschaft verändert

sich rasant und durch die Pandemie wurde es noch einmal beschleunigt: Ohne Kultur sind Lockdowns und ähnliche Maßnahmen kaum zu überstehen, aber die digitalen Angebote sind nicht allen gleichermaßen zugänglich. Und der essenzielle Bereich der Präsenzveranstaltungen, der Theater, Konzerte und Kleinkunst muss entsprechend umgestaltet werden, braucht Hilfe und Ansprechpartner. Doch mehr noch als eine umfassende Branchenpflege ist eine politische Neugier nötig und damit verbunden auch die Bereitschaft zum Risiko. Die Debatten, die sich in den sozialen Netzwerken verstecken oder in entlegenen Ecken mancher Feuilletons – etwa über deutsche Identität, den systemischen Rassismus oder über sich verändernde, respektvolle Sprache – müssen wieder auf die große Bühne der Bundespolitik und des Deutschen Bundestages. Die wichtigste Aufgabe ist freilich, die europäische Dimension kulturell zu erschließen und zu institutionalisieren. Da Deutschland eine Kulturnation war, lange bevor es zu einem Nationalstaat wurde, ist gerade die deutsche kulturelle Tradition gut dazu geeignet, den Übergang von einer nationalstaatlichen zu einer paneuropäischen Kultur zu beginnen. Zwar gibt es mit dem Fernsehsender Arte ein ambitioniertes, deutsch-französisches Kulturangebot, aber es handelt sich um ein Nischenangebot, das leider ohne große, verbindende Liveformate und Eventprogramme auskommt.

Wichtig wäre es, populäre Formen wie die große Samstagabendshow auf

eine größere, europäische Bühne zu bringen. Es ist erschütternd, wie gerade eines der wenigen letzten großen europäischen Momente, das Eurovision Song Festival, Jahr um Jahr liebloser abgewickelt wird. Es ist ein einzigartiges Moment, eine europäische Chan-

**Das wesentliche Feld der Kultur könnte die europäische Realität entscheidend prägen, in dem es Neugier weckt und wertschätzt**

son- und Liedermachertradition weltweit zu präsentieren, aber das scheint niemanden zu kümmern. Man sendet einfach irgendwas. Die Performer sehen aus, als habe sie der Verlust einer Wette genötigt, hier teilzunehmen, außerdem wirken alle erleichtert, wenn die Sache vorüber ist.

Aber das ist nur ein Aspekt, um den sich eine künftige Kulturpolitik kümmern sollte. In einem größeren Rahmen wäre daran zu denken, ob man nicht dem kanadischen Beispiel einer aktiven staatlichen Kulturförderung folgt und sich einige Instrumente überlegt, mit denen die Entwicklung der europäischen Kultur auch im Zeitalter der mächtigen digitalen Plattformen garantiert werden kann. Es wäre diskussionswürdig, europäische Quotenregeln zu prüfen, die öffentliche Fernseh- und Radiosender dazu ver-

pflichten würden, europäischen Produktionen einen definierten Anteil am Programm zu reservieren. Länder wie Italien oder Spanien sind zu klein, um etwa eine Filmindustrie wirksam zu unterstützen, die Ausstrahlung ihrer Serien erfolgt heute über Plattformen wie Netflix – das sollte die Europäische Union nicht einfach hinnehmen, sondern vielmehr überlegen, wie ein europäisches Publikum auch an europäische Produktionen kommt. Aber das scheitert derzeit selbst noch im linearen Fernsehen: Die Serie, über die ganz Frankreich spricht, ist in Deutschland völlig unbekannt, während jede Netflix-Produktion rauf und runter beworben wird.

Das wesentliche Feld der Kultur könnte die europäische Realität entscheidend prägen, in dem es Neugier weckt und selbst demonstriert, das ganze Mosaik europäischer Kulturschaffenden betrachtet und wertschätzt und nicht zuletzt in einem ambitionierten europäischen Prozess institutionell verteidigt. Letztlich ist es keine Sache der Zuständigkeiten und nicht einmal des Budgets, sondern vor allem der persönlichen Interessen, der Neugier und der Ambition einer politischen Persönlichkeit, der oder die für Sonne im Herzen sorgen kann.

**Nils Minkmar war Redakteur bei »Willemsens Woche« und schreibt für verschiedene deutsche Feuilletons, aktuell für die Süddeutsche. Er hat einen deutschen und einen französischen Pass**

# »Von der neuen Bundesregierung erhoffe ich mir ...«

Die Sprecherinnen und Sprecher des Deutschen Kulturrates antworten

»... eine bessere soziale Absicherung von Soloselbständigen; ... dass Kultur als Staatsziel ins Grundgesetz aufgenommen wird; ... die Einrichtung eines eigenständigen Kulturministeriums.«

Hartmut Karmeier ist Stellvertretender Sprecher des Deutschen Musikrates

»... eine starke Allianz mit der Kultur, insbesondere der Museen. Kunst und Kultur sollen in den Bundes-, Landes- und kommunalen Haushalten nicht unter die ›freiwillige Leistung‹ fallen, sondern in Schulen, Kulturstätten und Gesellschaft verpflichtend verankert werden. Gerade Museen tragen wesentlich zum offenen, demokratischen Dialog bei.«

Beate Reifenscheid ist Stellvertretende Sprecherin des Deutschen Kunstrates

»... Kulturpolitik als Querschnittsaufgabe mit vollumfänglichen Kabinettskompetenzen mit dem Recht einer Kulturverträglichkeitsprüfung aller Kabinettsvorlagen zu etablieren, um unter anderem erweiterte Zugänge zu den sozialen Sicherungssystemen für freie Kulturschaffende und einen kooperativen Kulturföderalismus zur nachhaltigen Stabilisierung kommunaler Kulturarbeit zu ermöglichen.«

Christian Höppner ist Sprecher des Deutschen Musikrates

»..., dass sie erkennen lässt, den Stellenwert der Kultur für die Gesamtgesellschaft verstanden zu haben. Die soziale Absicherung, die Altersvorsorge von Urheberinnen und Urhebern gehört genauso wenig in die Hände von Kommunal- und Landespolitikerinnen und -politikern wie der Umgang mit internationalen Großkonzernen, die sich nicht für die Vergütung derjenigen interessieren, deren Werke sie verwerten.«

Jens R. Nielsen ist Stellvertretender Sprecher des Deutschen Designtages

»... eine Bundeskulturpolitik, die sich stärker als bisher mit den Bundesländern verzahnt, damit diese als die eigentlichen Träger der Kulturhoheit und vor allem die Kommunen in die Lage versetzt werden, ihre kulturpolitischen Gestaltungsräume auch mutig und kräftig ausfüllen zu können.«

Marc Grandmontagne ist Sprecher des Rates für darstellende Kunst und Tanz

»..., dass Baukultur und Denkmalschutz als Beitrag zu nachhaltigem und aktivem Klimaschutz verstanden werden. Historische Gebäude zeigen durch ihre lange Lebensdauer eine hohe CO<sub>2</sub>-Speicherleistung. Die Reparaturtechniken bei Denkmälern sind Vorbilder im Umgang mit Bestandsgebäuden. So verstanden bilden Denkmäler die Avantgarde für eine ökologisch nachhaltige Reparaturgesellschaft.«

Simone Meyder ist Sprecherin des Rates für Baukultur und Denkmalkultur

»... die Stärkung des Urheberrechts, die angemessene Honorierung geistiger Leistungen sowie die Einrichtung eines Bundesministeriums für den schöpferischen und volkswirtschaftlich relevanten Planungs- und Bausektor, welches unter Einbeziehung der Klimaschutzziele die lange anstehenden Themen Investitionsstau, Infrastruktur, bezahlbares Wohnen und Stadt-Land-Verbindung effektiv bündelt und übergeordnet steuert.«

Matthias Burkart ist Stellvertretender Sprecher des Rates für Baukultur und Denkmalkultur

»... Nachhaltigkeit in allen Dimensionen ernst zu nehmen: Kunst, Kultur und kulturelle Bildung als wesentliche Grundlage für notwendige Aushandlungsprozesse einer demokratischen Gesellschaft zu stärken und sich so den Herausforderungen der Nachhaltigkeit gestalterisch zu stellen. Dafür bedarf es aber auch nachhaltig gestützter Infrastrukturen, in denen sich die Künste und kulturelle Bildung in Vielfalt und Freiheit entwickeln können.«

Susanne Keuchel ist Sprecherin des Rates für Soziokultur und kulturelle Bildung

»..., dass sie weniger laviert, sich klar positioniert und sich den Aufgaben einer globalen Zukunft uneingeschränkt widmet. Dazu gehört neben dem Klimaschutz mit all seinen Implikationen auch und wesentlich die stärkere Förderung von Bildung und Kultur. Sie sind und bleiben die zentralen Kräfte für die Entwicklung einer Gesellschaft. Dabei sollte die föderale Bildungs- und Kulturpolitik durch zusätzliche Kräfte und Mittel auf nationaler Ebene ergänzt und gestärkt werden.«

Karl Karst ist Sprecher des Deutschen Medienrates

»..., dass sie sich im konstruktiven Dialog mit den Ländern und der EU weiter für die Stärkung der deutschen Kultur- und Kreativwirtschaft im globalen Wettbewerb einsetzt. Die Gesetz- und Regulierungsvorhaben des Bundes müssen schon bei ihrer Entstehung genau bewertet werden, ob und wie sie zum Erhalt medialer Angebots- und Anbieter Vielfalt beitragen.«

Tim Steinhauer ist Sprecher des Deutschen Medienrates

»..., dass sie an das in der Pandemie intensiv an die alte Bundesregierung vermittelte Wissen anschließt und die Rahmenbedingungen für Kultur und Medien zukünftig ausrichtet an den neu gewonnenen Erkenntnissen über die Bedeutung unseres Bereichs für unsere Gesellschaft und unseren Wohlstand sowie die besondere Art, wie im Kulturbereich gelebt und gewirtschaftet wird. Ein frommer Wunsch?«

Jan Herchenröder ist Sprecher des Deutschen Medienrates

»... eine deutliche Stärkung ihres kulturpolitischen Engagements: im Kanzleramt, im Arbeitsministerium, im Wirtschaftsministerium und im Justizministerium. Zentrale Aufgabe der Bundeskulturpolitik ist die Schaffung von guten gesetzlichen Rahmenbedingungen für die Künstlerinnen und Künstler, die Kulturwirtschaft und den öffentlichen geförderten Kulturbereich.«

Olaf Zimmermann ist Geschäftsführer des Deutschen Kulturrates

»... mehr Mut, nicht auf 10 Prozent lauter Artikulanten zu hören, die unser Miteinander dominieren wollen, sondern mehr auf Denkanstöße der stilleren Solidargemeinschaft zu hören, die alle Menschen unserer Gesellschaft mitnehmen und den gesellschaftlichen Zusammenhalt im Fokus haben. Dazu gehört unabdingbar, Kultur nicht als selbstverständlich zu werten, sondern als wichtigstes Element der Gesellschaft zu sehen, zu fördern und wertzuschätzen mit einem Ministerium, das hier seinen Fokus hat.«

Mara Michel ist Sprecherin des Deutschen Designtages

»... eine klare Positionierung gegen jegliche gesellschaftliche Spaltung und Ungleichbehandlung und für eine offene, diverse und diskursfähige Gemeinschaft aller. Kultur ist ein Bereich, der für alle Menschen gleichermaßen zugänglich sein muss. Kulturelle (Medien-)Bildung befähigt Menschen zu kritikfähiger Teilhabe und Teilhabe muss zu jeder Zeit sowohl digital als auch in Präsenz für alle möglich sein!«

Martina Schuegraf ist Stellvertretende Sprecherin des Rates für Soziokultur und kulturelle Bildung

»... als Vertreterin der Literaturkonferenz, also aller an der Entstehung und Verbreitung von Literatur Beteiligten, eine Stärkung der Kreativwirtschaft, eine Verteidigung des Urheberrechts gegen Angriffe all derer, die es im Namen der ›Zugänglichkeit‹ schwächen und damit unserer Branche die Existenzgrundlage entziehen, und eine prominente Einbettung der Kultur in die Regierungsarbeit, z. B. in Form eines Ministeriums.«

Constanze Neumann ist Stellvertretende Sprecherin der Deutschen Literaturkonferenz

# Neue Sicht auf die Dinge

Der veränderte Umgang Deutschlands mit dem Kulturgut anderer Staaten

MARKUS HILGERT

Zwei Projekte der scheidenden Bundesregierung sind für mich Meilensteine der Kulturpolitik in Deutschland: Die Novellierung des Kulturgutschutzrechts durch das Kulturgutschutzgesetz (KGSG) aus dem Jahr 2016 sowie die gesamtstaatliche Strategie zum Umgang mit Sammlungsgut aus kolonialen Kontexten, deren Grundlage die im Jahr 2019 von Bund, Ländern und kommunalen Spitzenverbänden verabschiedeten »Ersten Eckpunkte zum Umgang mit Sammlungsgut aus kolonialen Kontexten« (Erste Eckpunkte) sind. Auf den ersten Blick gibt es keinen Zusammenhang zwischen beiden Vorhaben: Das Kulturgutschutzgesetz regelt, vereinfacht gesprochen, die Ein- und Ausfuhr von Kulturgut, während

2016 trägt dieser Grundhaltung dadurch Rechnung, dass es erstmals in der Geschichte Deutschlands die zwischenstaatlichen Vereinbarungen der UNESCO-Konvention von 1970 konsequent und ohne Abstriche in nationales deutsches Recht umsetzt. Beispielhaft dafür ist der bemerkenswerte Paragraf 28 des KGSG. Er verbietet die Einfuhr von Kulturgut, wenn es von einem Mitgliedsstaat der Europäischen Union oder einem Vertragsstaat der UNESCO-Konvention von 1970 »als nationales Kulturgut eingestuft oder definiert worden ist und unter Verstoß gegen dessen Rechtsvorschriften zum Schutz nationalen Kulturgutes aus dessen Hoheitsgebiet verbracht worden ist«. Mit anderen Worten: Kulturgut, das illegal – d. h., gegen die dort geltenden Gesetze – aus seinem Herkunftsstaat entfernt worden

in erster Linie auf gravierende Machtasymmetrien zwischen Staaten verweisen, die ihren Ausdruck stets auch in einer eingeschränkten kulturellen Souveränität des benachteiligten Staates finden. In diesem Zusammenhang hat Vincent Négri unlängst die UNESCO-Konvention von 1970 als wichtiges, frühes Instrument auf zwischenstaatlicher Ebene im Bemühen um eine »neue internationale kulturelle Ordnung« bezeichnet, die auch auf eine Kompensation für die »traumatische Geschichte« kolonialer Asymmetrien abzielt. Die »Ersten Eckpunkte« wiederum erkennen die besondere ethische Verantwortung, die sich für ehemalige Kolonialmächte aus diesen politischen und kulturellen Asymmetrien ergeben, dadurch an, dass sie unter anderem die Selbstverpflichtung der politisch Verant-

**Ein wichtiges politisches Signal gerade an die Opfer von kolonialer Gewalt und Ausbeutung wäre es allerdings schon heute, wenn sich die ehemaligen Kolonialmächte in Europa wenigstens auf gemeinsame Leitlinien für die Rückführung von Sammlungsgütern aus kolonialen Kontexten verständigen könnten. Nichts weniger wäre der neuen Sicht auf diese Kulturgüter angemessen**

sammenhang widmen müssen. Der erste und alles entscheidende Schritt muss sein, größtmögliche Transparenz und Rechenschaftsfähigkeit über die Anzahl, Herkunft und Erwerbsumstände von menschlichen Überresten und Sammlungsgut aus kolonialen Kontexten in Einrichtungen in Deutschland herzustellen. Mit der »3-Wege-Strategie« von Bund, Ländern und kommunalen Spitzenverbänden sind erste Leitlinien dieses Prozesses vorgezeichnet. Gleichzeitig ist klar, dass diese Wege hin zur Transparenz nur mit einem erheblichen Zeit- und Mittelaufwand beschritten werden können. Sollte dieser Zeit- und Mittelaufwand in den kommenden Jahren nicht geleistet werden können, wird die in den »Ersten Eckpunkten« umrissene gesamtstaatliche Strategie zum Umgang mit Sammlungsgut aus kolonialen Kontexten in Deutschland scheitern.

Fragen der Transparenz und Rechenschaftsfähigkeit stellen sich auch im Hinblick auf Kulturgut in deutschen Einrichtungen, das zwar nicht aus kolonialen Kontexten stammt, jedoch ohne offizielle Ausfuhrgenehmigung des jeweiligen Herkunftsstaates nach Deutschland eingeführt wurde. Wird es angesichts einer veränderten, gerade auch ethisch verantwortungsvollen Sichtweise auf Kulturgut anderer Staaten in Zukunft ausreichen, auf die Rechtmäßigkeit der Einfuhr gemäß den Stichtagen zu verweisen, die das KGSG festlegt? Oder wird man nicht vielmehr, gerade auch mit Blick auf die weitreichenden Aussagen zu den Bedingungen für die Rückführung von Sammlungsgut aus kolonialen Kontexten in den »Ersten Eckpunkten«, darangehen müssen, auch die Herkunft und Erwerbsumstände derjenigen Kulturgüter aus anderen Staaten möglichst umfassend zu erforschen und offenzulegen, die bereits vor diesen Stichtagen von öffentlichen Einrichtungen in Deutschland erworben wurden, insbesondere dann, wenn es sich um Kulturgut aus Staaten des globalen Südens handelt?

Die zweite große Aufgabe in diesem Zusammenhang wird sein, diejenigen wissenschaftlichen Fachkompetenzen und personellen Kapazitäten aufzubringen, ohne die die notwendige Transparenz im Hinblick auf Art, Herkunft und Provenienz der entsprechenden Sammlungsgüter nicht erreicht werden kann. Viele dieser wissenschaftlichen Fachkompetenzen sind in sogenannten »Kleinen Fächern« angesiedelt, die kapazitär gestärkt, in manchen Fällen sogar neu eingerichtet werden müssten, um den bestehenden und zukünftigen Bedarf an wissenschaftlicher Expertise decken zu können. Entsprechendes gilt für Provenienzforscherinnen und -forscher, denen für die Bewältigung dieser Herausforderung eine zentrale Bedeutung zukommt, die sich aber nach wie vor meist mit befristeten, prekären Anstellungsverhältnissen begnügen müssen. Eine strukturelle Aufwertung der Provenienzforschung in Deutschland ist längst überfällig.

Insbesondere bei Sammlungsgütern aus kolonialen Kontexten stellt sich schließlich als dritte Zukunftsaufgabe die Erarbeitung von differenzierten, ethisch fundierten Regeln und Mechanismen für ihre Rückführung in die Herkunftsstaaten und -gesellschaften. Zu unterschiedlich und komplex sind die Erwerbsumstände, zu gering ist nach wie vor die Einbeziehung der Herkunftsstaaten und -gesellschaften, um dieser Herausforderung zeitnah mit einfachen Instrumenten begegnen zu können. Ein wichtiges politisches Signal gerade an die Opfer von kolonialer Gewalt und Ausbeutung wäre es allerdings schon heute, wenn sich die ehemaligen Kolonialmächte in Europa wenigstens auf gemeinsame Leitlinien für die Rückführung von Sammlungsgütern aus kolonialen Kontexten verständigen könnten. Nichts weniger wäre der neuen Sicht auf diese Kulturgüter angemessen.

Markus Hilgert ist Altorientalist und Generalsekretär der Kulturstiftung der Länder



FOTO: STIFTUNG HUMBOLDT FORUM IM BERLINER SCHLOSS / FOTO: ALEXANDER SCHIPPEL

Jahrelang wurde die Neuerrichtung des Berliner Stadtschlusses und die Planung des Humboldt Forums im Kulturbereich intensiv diskutiert

die »Ersten Eckpunkte« Ziele und Handlungsfelder für den Umgang mit Sammlungsbeständen deutscher Einrichtungen definieren, die aus kolonialen Kontexten stammen.

Bei genauerem Hinsehen zeigt sich jedoch, dass beide Texte von derselben Grundhaltung geprägt sind, die tatsächlich eine radikale Neuerung in der deutschen Kulturpolitik darstellt: Die bedingungslose Hochachtung und uneingeschränkte ethische Verantwortung gegenüber Kulturgut, das andere Staaten als »besonders wichtig« bezeichnen, wie es Artikel 1 des »Übereinkommens über Maßnahmen zum Verbot und zur Verhütung der unzulässigen Einfuhr, Ausfuhr und Übereignung von Kulturgut« der UNESCO aus dem Jahr 1970 formuliert. Das Kulturgutschutzgesetz aus dem Jahr

ist, kann unter keinen Umständen legal nach Deutschland eingeführt werden. Maßstab für die Rechtmäßigkeit oder Unrechtmäßigkeit der Einfuhr nach Deutschland sind demnach die gesetzlichen Bestimmungen des Herkunftsstaats.

Es ist genau dieser fundamentale Perspektivwechsel, der die Bedeutung von Kulturgut in seiner Herkunftsgesellschaft und die Umstände seiner Ausfuhr aus seinem Herkunftsstaat zum Ausgangspunkt des politischen Handelns macht, der das deutsche Kulturgutschutzrecht in Beziehung setzt zum rezenten Umgang mit Sammlungsgut aus kolonialen Kontexten in Deutschland und auf konzeptioneller Ebene das KGSG mit den »Ersten Eckpunkten« verbindet. Historisch betrachtet, leitet sich dieser Perspektivwechsel aus postkolonialen Theorieansätzen ab, die

wortlichen enthalten, die »Voraussetzungen für Rückführungen von menschlichen Überresten und für Rückführungen von Kulturgütern aus kolonialen Kontexten« zu schaffen, »deren Aneignung in rechtlich und/oder ethisch heute nicht mehr vertretbarer Weise erfolgte«.

Was aber muss geschehen, damit die neue, ethisch weiterentwickelte Sicht auf das Kulturgut anderer Staaten, die im KGSG und den »Ersten Eckpunkten« zum Ausdruck kommt, den Herkunftsstaaten und Herkunftsgesellschaften auch tatsächlich zugute kommt und sich in konkreten Maßnahmen wie etwa der Rückführung von Kulturgut niederschlägt? Es sind aus meiner Sicht vor allem drei große Aufgaben, denen sich die kulturpolitisch Verantwortlichen in den kommenden Jahren in diesem Zu-

# Viel ist erreicht, viel bleibt zu tun

Wo steht die Provenienzforschung?

GILBERT LUPFER

Vom 17. bis 19. November 2021 widmet das Deutsche Zentrum Kulturgutverluste seine Herbsttagung der Aufarbeitung gewaltvoller kolonialer Vergangenheit. Die lange Geschichte meist ignoriert Restitutionsforderungen und weniger Restitutionsstand im Mittelpunkt einer internationalen Digitalkonferenz. Rückgabeverlangen aus einst kolonisierten Regionen sind nicht neu, sondern reichen rund 150 Jahre zurück. Nur: Wahrgenommen hat dies in Europa kaum jemand. Hier erscheint es hilfreich, historische Dimensionen aufzuzeigen und Erklärungen für die Ungeduld zu finden, die hinter den heute vorgebrachten Forderungen zu stehen scheint.

**Die Recherchen zum NS-Kulturgutraub haben in den letzten Jahren große Fortschritte gemacht, ihrem Ende nähern sie sich aber noch längst nicht**

Es ist die erste Konferenz des Zentrums zu diesem Thema, die damit zugleich die Ausdehnung seines Aufgabenspektrums demonstriert. Das Deutsche Zentrum Kulturgutverluste wurde 2015 als Stiftung bürgerlichen Rechts von Bund, Ländern und Kommunen gegründet, vor allem als eine Reaktion auf den »Fall Gurlitt«. Dieser hatte gezeigt, dass der nationalsozialistische Kunst- und Kul-

turgutraub noch lange nicht aufgearbeitet ist. Folgerichtig stand und steht diese Aufklärungsarbeit im Mittelpunkt der Aktivitäten. Die Stiftung finanziert Provenienzforschung in Museen, Bibliotheken und Archiven öffentlicher wie privater Trägerschaft sowie in privaten Sammlungen, es unterstützt die Rekonstruktion in der NS-Zeit zerstörter Sammlungen, es vernetzt Forscherinnen und Forscher, es unterstützt Weiterbildung, es engagiert sich im Bereich der sogenannten Erinnerungskultur, es betreibt die international etablierte »Lost Art«-Datenbank und die Forschungsdatenbank »Proveana«. Nach der Gründung wurden dem Zentrum weitere Aufgaben übertragen, wie bei der Aufklärung der Kulturgutverluste in der Sowjetischen Besatzungszone und der DDR aktiv zu werden. Seit nunmehr rund drei Jahren existiert als neues Aufgabenfeld die Auseinandersetzung mit dem Vermächtnis des Kolonialismus in Sammlungen. Auch hier werden Forschungsprojekte finanziell gefördert, Akteure vernetzt und Grundlagenforschung angeregt.

Diese Erweiterung der Zuständigkeit ist ausgesprochen positiv. Unangefochten bleiben wird aber die Kernaufgabe: die Suche nach dem sogenannten NS-Raubgut vor allem aus jüdischem Eigentum und die Unterstützung »gerechter und fairer Lösungen« im Sinne der Washingtoner Prinzipien. In beiderlei Hinsicht, bei der Fokussierung der Folgen des NS-Raubs wie bei der Bearbeitung neuer Aufgaben, hat das Zentrum die starke Unterstützung der Bundesbeauftragten für Kultur und Medien. Damit ist die Behörde mit ihrem Amtschef Günter Winands gemeint, aber auch Staatsministerin Monika Grütters persönlich. Die Provenienzforschung in Deutschland hat für sie



Zwischen Auflösung und Reform: Die Zukunft der Stiftung Preussischer Kulturbesitz führte zu vielen Diskussionen

einen hohen Rang. Als Vorsitzende des Stiftungsrats des Deutschen Zentrums Kulturgutverluste haben zunächst Monika Grütters und dann Günter Winands die Arbeit nach Kräften befördert und strategisch klug geleitet. Es ist der Wunsch der Stiftung, dass auch die neue Bundesregierung diese konsequente Unterstützung fortsetzt und ausbaut.

Die Recherchen zum NS-Kulturgutraub haben in den letzten Jahren große Fortschritte gemacht, ihrem Ende nähern sie sich aber noch längst nicht. Sie sollten kontinuierlich fortgesetzt werden – und das beinhaltet auch, in Museen, Bibliotheken und Universitäten feste Stellen dafür zu etablieren. Noch mehr als bisher sollten die Erkenntnisse aus den einzelnen Projekten für die sogenannte Erinnerungskultur fruchtbar gemacht werden,

wie beispielsweise derzeit bei einem aktuellen Projekt des Zentrums zur Bedeutung jüdischer Sammlerrinnen und Sammler für das bürgerliche Leben im Deutschland der Weimarer Republik – und dessen Zerstreuung und Vernichtung nach 1933.

Der zukünftige Umgang mit dem Kulturgutentzug in der Sowjetischen Besatzungszone und der DDR ist derzeit noch offen. Hoher Bedarf besteht sowohl bei der Grundlagenforschung zu diesem recht wenig bekannten Kapitel deutscher Geschichte als auch bei einschlägigen Bestandsrecherchen in Museen und Bibliotheken, auch im Westen Deutschlands, in der »alten« Bundesrepublik.

Kein brisantes Thema in den letzten Jahren waren die – bisweilen arg verkürzt als »Beutekunst« bezeichneten – Kriegsverluste während und un-

mittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg. Provenienzforschung und Museumsdialoge stoßen dabei immer wieder an ihre Grenzen, es stellt sich nun die Frage einer politischen Perspektive.

Kommen wir schließlich zum Erbe des Kolonialismus. In den kommenden Jahren werden in diesem Bereich große Herausforderungen auf Museen und ihre Träger zukommen. Dies betrifft beispielsweise die noch kaum geklärte Frage von Restitutions, dies betrifft die Einbeziehung naturwissenschaftlicher und archäologischer Sammlungen oder die aufwendige, aber unverzichtbare Kooperation mit Herkunftsgesellschaften. Starker politischer Rückhalt ist auch hier vonnöten.

**Gilbert Lupfer ist hauptamtlicher Vorstand des Deutschen Zentrums Kulturgutverluste**

# Dringend geboten

Industriekultur als Aufgabe der Bundeskulturpolitik

OLIVER SCHEYTT

Industriekultur ist ein sehr facettenreiches Thema, an dem sich viele aktuelle gesellschaftliche Fragestellungen festmachen lassen: Wie gehen wir mit Identifikationsorten um, die ihre Bestimmung verloren haben, wie aufgelassene Fabrikgebäude oder entweihte Kirchengebäude? Welche Transformation erfahren Stadtquartiere, die im Umfeld einer solchen Immobilie liegen; lässt sich diese aktiv gestalten? Wie wollen wir nach dem Ende der Industrialisierung und des Karbonzeitalters künftig leben, vor allem unter den Gesichtspunkten von Nachhaltigkeit und Klimaschutz?

Industriekultur ist als »Handlungsfeld« der Kulturpolitik indes erst in den 1980er Jahren ins Bewusstsein gekommen, einerseits als Bewegung »von unten«, indem Initiativen leer stehende Industriegebäude als Orte entdeckt und mitunter auch durch »Besetzungen« nicht selten gegen Widerstände bei politisch Verantwortlichen vor dem Abriss bewahrt haben. Zudem entstanden vielerorts Industriemuseen, die der Auseinandersetzung mit der Kultur-, Sozial- und Technikgeschichte des industriellen Zeitalters dienen. Inzwischen lassen sich in Deutschland viele tausend Industriestätten zählen, die umgenutzt worden sind, allein in NRW sind dies mehr als 3.500.

So ist es folgerichtig, dass die Förderung der Industriekultur mittlerweile auch in der Bundeskulturpolitik eine Rolle spielt. Bereits der Koalitionsvertrag 2018 von CDU/CSU und SPD hatte diese Aufgabe wie folgt formuliert: »Den Erhalt des baukulturellen Erbes über die Förderung von Denkmalschutz und -pflege wollen wir im Zusammenwirken mit den Ländern und unter Einbezug von Stätten der Industriekultur fortsetzen und ausbauen, ebenso wie die Förderung der UNESCO-Welterbestätten im Inland (...).« Damit sollte offensichtlich ein neues Kapitel für die Bundesförderung der Industrie- und Welterbestätten aufgeschlagen werden, steht doch bisher – und das seit mehr als 30 Jahren – das postkoloniale Erbe im Fokus der Bundesförderung. An den Stätten der Industriekultur kann indes die heutige Postindustrielle Ära in ihrer Herkunft reflektiert und bewusst gemacht werden.

Bis dato waren industriekulturelle Standorte seitens des Bundes in der Regel nur im Hinblick auf Investitionen unter ganz bestimmten Voraussetzungen gefördert worden, insbesondere aus den Programmen zur Investitionsförderung und zu den »Nationalen Projekten des Städtebaus«. Aktuell besteht eine »Unwucht« in der avisierten Bundesförderung darin, dass zwar für die Industriekultur in den Braunkohlerevieren im Osten ein dreistelliger Millionenbetrag in Aussicht steht, während für die In-

dustriekultur in Deutschland insgesamt bisher keine einheitliche Förderbasis geschaffen worden ist. Dies bedarf der Korrektur durch einen systematischen Förderansatz.

Ein Zeichen in diese Richtung war der allerdings erst am Ende der vergangenen Legislaturperiode im Juni 2021 vom Deutschen Bundestag gefasste Beschluss, mit dem die Bundesregierung aufgefordert wurde, ein Sonderprogramm »Lebendige Industriekultur« zu schaffen, und dieses mit 50 Millionen Euro jährlich auszustatten. Dieses Programm soll mit einer Vielzahl von Feldern ausgefüllt werden: investive Maßnahmen zur Kultur- und Denkmalpflege, welche auch den Wandel der Arbeitswelt sichtbar werden lassen, Vernetzung und Informationsaustausch, Förderung ausgewählter Projekte der Industriekultur als langfristige Aufgabe, Berücksichtigung von Aspekten wie Nachhaltigkeit, Vereinbarkeit von Denkmalschutz und Energieeffizienz, Barrierefreiheit, ehrenamtliches Engagement.

Dieser Beschluss sollte für die neue Legislaturperiode Vorbildwirkung entfalten: Eine wesentliche Aufgabe der neuen Bundesregierung könnte darin bestehen, das Thema »Industriekultur« als eine »Querschnittsaufgabe« in den Blick zu nehmen: Es gibt unterschiedliche Förderzugänge, eben nicht nur aus der Perspektive von Kultur, sondern auch von Denkmalschutz und Städtebau. Für diesen ganzheitlichen Förder-

ansatz sollte eine fachlich versierte Instanz geschaffen werden. Darauf zielt der Vorschlag zur Einrichtung einer Bundesstiftung »Welterbe Industriekultur« ab, die auch Funktionen als generelle bundesweite Förderinstanz, Kompetenz- und Wissensplattform übernehmen könnte. Anlässlich eines Kongresses zur Industriekultur auf dem Welterbe Zollverein Mitte Oktober haben Vertreter der sieben industriekulturellen

**Das industriekulturelle Erbe erhält bisher nur einen Bruchteil der Förderung des postkolonialen Erbes**

Welterbestätten eine Verlautbarung verabschiedet, die die Aufgaben und Wirkungsweise einer solchen Stiftung skizziert. Darin heißt es: »Mittels der neuen Dachstiftung kann ein europaweiter Austausch von Know-how systematisch erfolgen und eine Kompetenzbildung für sämtliche Stätten der Industriekultur in Deutschland sichergestellt werden. Die künftige Organisation kann als Motor für Transformationsprozesse fungieren und gleichzeitig die Ziele der Nachhaltigkeit und Resilienz verfolgen. Zentrale Aufgaben der Dachorganisation können sein:

- Einheitlicher Ansprech- und Förderpartner für den Bund
- Abstimmung der gemeinsamen Aufgaben und der Mittelverteilung, auch mit Blick auf die Industriekultur in Deutschland insgesamt
- Kultur- und Tourismusmarketing
- Wissensplattform für Förderung und Erhalt von Industriekultur zwecks Austausches, national und international (...)

Zugleich gibt diese Dachorganisation den sieben Welterbestätten mit ihren diversen Trägerkonstruktionen die Möglichkeit, im unmittelbaren Zusammenwirken gemeinsame Projekte zu erarbeiten und Standards zu setzen, um die Qualität der Förderung und des Erhalts der Industriekultur in Deutschland insgesamt weiter zu steigern.«

Das industriekulturelle Erbe erhält bisher nur einen Bruchteil der Förderung des postkolonialen Erbes, z. B. Stiftung Preussischer Kulturbesitz, Schlösser und Gärten in Thüringen und Sachsen-Anhalt, das mit mehreren 100 Millionen Euro pro Jahr auch mit Blick auf den Betrieb der jeweiligen Institutionen finanziert wird. Die Förderung der Industriekultur als postindustrielles Erbe in ähnlicher Höhe ist als zeitgenössische Aufgabe dringend geboten.

**Oliver Scheytt ist Professor für Kulturpolitik und kulturelle Infrastruktur an der Hochschule für Musik und Theater Hamburg**

# Sharing, Caring, Listening

Von einer Kulturpolitik der Gebäude hin zu einer Kulturpolitik mit Menschen

GITTE ZSCHOCH

Sollte ich die Kulturpolitik der letzten Jahre, der Ära Merkel, salopp in einer Phrase zusammenfassen, so kommt mir die »Politik der Gebäude« in den Sinn. Wir brauchen mehr Kultur, also bauen wir uns ein Gebäude. Das Humboldt Forum ist ein Beispiel. Wohlstand in Deutschland ist ungleich verteilt. Dort, wo er ist, schafft er sich zuweilen Tempel der Hochkultur.

Gebäude haben es so einfach: Sie können besucht werden. Und sie eignen sich, um gute Intentionen zu versinnbildlichen. Denn wenn sie vor unseren Augen verbrennen, wie kürzlich Notre Dame, dann gehen die Geldbörsen der Spender unfassbar schnell auf. Leider ist das nicht der Fall, wenn in Rio de Janeiro ein Museum vom Feuer vernichtet wird.

Gebäude sind auch zentral, wenn wir an auswärtige Kulturpolitik denken. Im Idealfall dienen sie als ein Ort, an dem eine Tür zu einer anderen Welt aufgeht, wie Thomas Oberender gelegentlich über das Institut français in der DDR spricht. In anderen Fällen geht es weiterhin um Prestige. Nämlich wenn Stararchitekten wie David Chipperfield in New York große Infrastrukturprojekte umsetzen.

**Globale Probleme, gemeinsame globale Lösungen**

Ist für die Zukunft der auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik (AKBP) nicht schon alles gesagt? AKBP soll gestärkt werden. Da sind sich Akteurinnen, Förderer und Akademikerinnen einig. Auch der Außenminister stimmt mit ein. Wenn man sich die Reden von Heiko Maas anhört, kann man nicht anders als d'accord sein, wenn er die großen Themen benennt, die angegangen werden müssen: Nachhaltigkeit, Klimawandel, Kolonialismus, Digitalisierung, europäische Zusammenarbeit, Schutz für Kulturschaffende.

Reicht es, ein Politikfeld wie die internationalen Kulturbeziehungen über Themen zu definieren? Oder sollte die Politik nicht den Rahmen setzen, dass Menschen optimal ins gemeinsame Kreieren und Handeln, Lernen und Engagieren versetzt werden können?

Wir bewegen uns gerade in einer Krise, es geht nicht mehr so weiter wie bisher. Wir können die Probleme nicht mehr allein lösen, sondern nur noch gemeinsam und global. Die Agenda 2030 gibt dabei den Rahmen vor; die Nachhaltigkeitsziele gelten für alle Länder der Welt. Es bleibt die Frage, ob unsere Strukturen und Prozesse dem bereits gewachsen sind.

**Neue Personen in gestalterischen Positionen**

Unsere Einstellungsprozesse sind es jedenfalls nicht. Es reicht heute nicht mehr, nur mit Erfahrung die Welt zu gestalten. Es braucht Menschen mit den verschiedensten Lebenswegen, es braucht eine Diversität der Perspektiven, um gemeinsam zu Lösungen zu kommen. Gremien und Findungskommissionen sollten dezidiert anderes Personal befähigen, Institutionen zu leiten. Denn dadurch beginnt Veränderung.

Unsere Personalentscheidungen haben zudem eine direkte Auswirkung auf unsere Glaubwürdigkeit in der Welt. Im Europäischen Parlament hat es die Parlamentarierin Hannah Neumann kürzlich treffend beschrieben, wie unglaubwürdig es ist, wenn nur Männer die EU und ihre Mitgliedsstaaten in Verhandlungen mit dem Irak oder den Taliban repräsentieren, gleichzeitig aber

mehr Genderparität in den Regierungen dieser Länder fordern.

Entscheidungen müssen dabei so transparent wie möglich gemacht werden. Wir brauchen mehr offene Ausschreibungen und Prozesse für Spitzenposten. Als Beispiel kann dienen, wie der deutsche Beitrag zur Architekturbiennale Venedig vergeben wird.

**Mit Menschen in anderen Ländern gemeinsam gestalten**

Apropos gemeinsam und global: Unsere Politik hat direkte Auswirkungen auf Menschen in anderen Ländern. Es reicht nicht, von Deutschland aus zu definieren, wie unsere kulturellen Beziehungen zur Welt gestaltet werden sollen. Sondern wir müssen dazu mit den Menschen aus anderen Ländern sprechen. Sie sollten teilhaben daran, wie wir unsere Politik gestalten. Es könnte dafür ein internationales Beratungsgremium geschaffen werden, und in unseren existierenden Beiräten sollten viel stärker internationale Perspektiven vorkommen.

**Paradigmenwechsel:**

**Wirksamkeit und Visa**

Vielleicht kommen wir dann auch dahin, infrage zu stellen, was die meisten Ressourcen bündelt: das Primat der Sparsamkeit. Wir sollten es ersetzen mit dem Primat der Wirksamkeit. Jeder Euro, der in durch Ziele und Strategien gesteuerte Kulturarbeit geht und damit wirksam ist, ist ein sehr gut angelegter Euro. Fördermöglichkeiten dürfen dann auch so offen und einfach wie möglich gestaltet sein. Sobald man erst ein Seminar belegen muss, um Gelder korrekt zu beantragen, hat wieder die Bürokratie gewonnen.

Wir müssen auch über Visumpolitik sprechen. Wenn wir internationale Perspektiven in Deutschland wollen –



Der Fall Gurlitt eröffnete 2013 eine überfällige Debatte über den Umgang mit Raubkunst

und die brauchen wir dringend, unser Weltwissen ist so begrenzt –, dann muss es leichter sein, uns zu besuchen. Wir brauchen ein spezielles Visum für Künstlerinnen, Wissenschaftler und Expertinnen, das schnell ausgestellt wird. Die Mitarbeitenden deutscher Organisationen, die ihre Partner in den Gastländern sehr gut kennen, könnten zusätzlich Auskunft geben. Das wäre gelebtes Vertrauen.

**Von außen und innen lernen**

EU-Strategie für internationale Kulturbeziehungen ist eine der progressivsten, die es im Moment gibt. Sie definiert sich über Werte: »Sharing, Caring and Listening«, so hat es Carla Figueira von

der Goldsmiths University of London kürzlich zusammengefasst. Diese Werte können wir auch in der inneren Kulturpolitik anwenden. Konzepte, die im Irak und Palästina funktionieren und sich stärkend auswirken auf Empathie und Resilienz bei Menschen, können auch für die deutsche Gesellschaft produktiv sein, die sich zunehmend spaltet.

In den letzten Jahren bereichern mehr und mehr Graswurzelbewegungen und Ideen die internationalen Kulturbeziehungen. Der Podcast »Bin ich süßsauer« von Sung Un Gang verbindet internationale, asiatische Perspektiven mit LGBTQ-Themen, entsteht in Köln und ist damit ein Beispiel für Kulturaustausch von heute. Wie können

Menschen wie Sung Un in ihrem Engagement gestärkt und vernetzt werden?

Um das Lernen von innen und von außen transversal zu verbinden, braucht es Austausch- und Entscheidungsformate über die Ebenen hinweg – in den Parlamenten und zwischen den Ministerien, zwischen Bund und Ländern, mit Europa, mit Kulturinstituten, zivilen Akteuren und Ministerien. Denn der Topos, dass innen außen ist und außen innen, begleitet uns schon lang. Dass beide Bereiche weiterhin getrennt gedacht werden, war selten so obsolet wie heute.

**Gitte Zschoch ist Generalsekretärin des Instituts für Auslandsbeziehungen (ifa)**

## Quo vadis?

Kulturelle Bildung in der Bundespolitik

SUSANNE KEUCHEL

Kulturelle Bildung wurde in den letzten Jahrzehnten im Zuge des Ganztagsausbaus, aktueller Gesellschaftsthemen wie Bildungsungerechtigkeit, Diversität, Demokratieförderung oder Kulturvermittlung kontinuierlich weiterentwickelt, im Rahmen von Bundes-, Landes- und kommunalen Förderprogrammen und Stiftungsprojekten. Eine wichtige und verlässliche Ausgangslage für die Weiterentwicklung bot und bietet dabei der Kinder- und Jugendplan des Bundes. Darüber hinaus fördern auf Bundesebene verschiedene Ressorts Teilbereiche der kulturellen Bildung, beispielsweise Forschung, Bundesprogramme wie »Kultur macht stark«, Bundeswettbewerbe oder die Verpflichtung zur kulturellen Bildung in Bundeskultureinrichtungen.

**Ein Blick zurück ...**

Die Pandemie machte in der kulturellen Bildung Schwachstellen sichtbar: Sie zeigte, wie fragil die Strukturen und Angebote sind, z. B. durch die starke Projektfinanzierung, die große Abhängigkeit von Drittmitteln in Form von Teilnahmegebühren und die hohe Orientierung auf Schulkooperationen. So kam kulturelle Bildung beispielsweise im Ganztage in der Pandemie nahezu komplett zum Erliegen.

Unterstützend dagegen war die große Flexibilität, Fördermittel unbürokratisch beispielsweise für digitale statt analoge Formate einzusetzen.

Weniger gut gelang es für die kulturelle Bildung als ressort- und gebietsübergreifendes Handlungsfeld passgenaue und feldadäquate Unterstützungsmaßnahmen in der Krise für alle Akteure sicherzustellen, beispielsweise im NEUSTART KULTUR-Programm für kulturelle Bildungsstrukturen des Jugendbereichs. Ein Mut machendes Zeichen war angesichts der Pandemie das Signal zur Weiterführung des Bundesprogramms »Kultur macht stark« und das Aufhol-Programm des Bundes.

**Ein Blick nach vorn ...**

Eine zentrale Aufgabe der neuen Bundesregierung sollte in der Stärkung fragiler kultureller Bildungsstrukturen liegen, hier die vorherrschende »Projektitis« zu begrenzen – zugunsten von infrastruktureller Förderung, um mehr Teilhabegerechtigkeit zu ermöglichen. So könnte auch der zunehmende Weggang von fachlich qualifiziertem Personal in der kulturellen Kinder- und Jugendarbeit, aufgrund prekärer freiberuflicher und zeitlich befristeter Arbeitsverhältnisse, gestoppt werden.

Sie sollte sich dabei in ihrer Perspektive nicht auf ressort- und gebietskörperspezifische Zuständigkeiten beschränken, sondern gemeinschaftlich mit Ländern und Kommunen nachhaltige kulturelle Bildungsinvestitionen auf den Weg bringen und auch die partnerschaftliche Zusammenarbeit mit den zivilgesellschaftlichen Strukturen, zur Bewältigung der Krise im Zuge aktueller gesellschaftlicher Herausforderungen, fortführen.

**Teilhabegerechtigkeit und Pandemiefolgen**

Bis heute ist Teilhabegerechtigkeit in der kulturellen Bildung nicht eingelöst. Gesellschaftliche Spaltung, soziale Ungleichheiten und Differenzen wurden durch die Pandemie deutlich verschärft. Bundesprogramme wie »Kultur macht stark« helfen zwar punktuell, Teilhabegerechtigkeit zu unterstützen. Jedoch sind die Strukturen dieses Programmes weder auf das flächendeckende Erreichen aller bildungsbenachteiligten Kinder und Jugendlichen ausgerichtet, noch auf nachhaltige lebensbegleitende Zugänge. Um Teilhabegerechtigkeit herzustellen, bedarf es daher eines flächendeckenden Ausbaus kultureller Bildungsangebote und des Verzichts auf Teilnahmegebühren. Der Bund könnte hier eine strategische, modellhafte und unterstützende Haltung einnehmen.

**Digitalität – Grundlagen für einen gestalterischen Umgang schaffen**

Schon vor der Pandemie forderten Akteure der kulturellen Bildung einen »Digitalpakt 2.0« für den nonformalen Bildungsbereich. Denn es fehlt an technischer Infrastruktur, Fortbildungen und Experimentierräumen für die Entwicklung neuer Bildungsformate an der Schnittstelle von analog-digital. Kulturelle Bildung mit Teildisziplinen wie der Medienkunst oder Medienpädagogik könnte nicht nur allgemein Wegbereiter für die Entwicklung neuer Bildungsformate sein, sondern auch jungen Menschen Grundlagen für einen gestalterischen Umgang mit digitalen

Techniken ermöglichen. Dafür bedarf es einer Digitalallianz Bildung, die die strukturellen Fehler des Digitalpakts Schule nicht wiederholt. Auch bedarf es neuer Förderlogiken: Denn analoge Strukturen sind nicht übertragbar auf digitale Praktiken. Beispielsweise ist es schwer vorstellbar, von Kindern, die sich im Digitalen autark bewegen, Teilnahmegebühren für digitale Angebote zu erheben, von den Teilhabegerechtigkeiten, die dadurch entstehen, einmal abgesehen.

**Rechtsanspruch auf Ganztage? Rechtsanspruch auf Teilhabe?**

Der Rechtsanspruch auf Ganztage im Primarbereich bietet Chancen, Teilhabegerechtigkeit massiv zu stärken, wenn dabei nicht nur Betreuung, sondern zugleich ein (Rechts-)Anspruch auf nonformale Bildung in den Blick genommen würde. Statt neue Betreuungsstrukturen aufzubauen, könnten hier die bestehenden nonformalen Bildungsstrukturen flächendeckend ausgebaut und zur Mitverantwortung für den Ganztage herangezogen werden. Bei einer gleichberechtigten (Aus-)Gestaltung des Ganztages von formalen und nonformalen Partnern auf Augenhöhe könnten zugleich Freiräume, eigene Interessenbildung und Freiwilligkeit von Kindern und Jugendlichen im Ganztage und damit Persönlichkeitsbildung gestärkt werden.

**Susanne Keuchel ist Vorsitzende der Bundesvereinigung Kulturelle Kinder- und Jugendbildung (BKJ)**

# Reifezeit für die Kulturwirtschaft

Wo steht der Kunstmarkt heute?

KRISTIAN JARMUSCHEK UND  
BIRGIT MARIA STURM

Wir schreiben diesen Beitrag kurz vor der Eröffnung der Kunstmesse Art Cologne, die nach zweieinhalb Jahren endlich wieder stattfindet – nicht ohne Wermutstropfen, denn die Pandemie hat sich zurückgemeldet. Wir befinden uns in der vierten Welle und inmitten vieler Diskussionen, wie die Kultur ihre angestammten und unverzichtbaren Orte mit Publikum weiterhin bespielen kann. In Deutschland gibt es ein rundes Dutzend Kunstmessen und alle gründen auf Initiativen von Galeristen. Solche Kulturevents sind als ebenso kommunikative wie wirtschaftliche Plattformen

**Weder die Kultur- noch die Wirtschaftspolitik hat bislang ermessen oder gewürdigt, welch hohes Potenzial in der Kulturwirtschaft steckt**

für die Marktakteure genauso wichtig wie für die Künstlerinnen und Künstler. Davon konnte unser Verband die Kulturstaatsministerin und ihre Mitarbeiter überzeugen. Mit dem Effekt, dass sowohl die großen als auch die kleinen Kunstmessen im Herbst 2021 bzw. Frühjahr 2022 einen Zuschuss erhalten, so dass deren Aussteller erheblich weniger Standmieten zahlen müssen. Und die sind in der Regel beträchtlich.

Auch die Überbrückungs- und sonstigen Hilfen, die alle Unternehmen mit schweren Umsatzeinbrüchen beanspruchen konnten, waren hilfreich. Diese Einbrüche gab es im Kunstmarkt vor allem in Galerien, die mit weniger marktstarken oder renommierten Künstlern zusammenarbeiten.

Geholfen wurde dem Kunstmarkt zudem mit einer sehr spezifischen Förderung. Gleich zwei Mal konnten sich ein paar Hundert Galerien für die Finanzierung von Projekten aus dem NEUSTART KULTUR-Programm bewerben. Etliche dieser Ausstellungen laufen derzeit noch. Und es wurden allerhand Publikationen herausgegeben – sehr zur Freude der Künstlerinnen und Künstler, für deren Karriere ein gedruckter Katalog ebenso bedeutend ist wie eine analoge Ausstellung. Denn die Objekte des Kunstmarkts sind Unikate und Originale. Kunstwerke sind deshalb nur bedingt digital rezipierbar oder zu vermitteln – vom aktuellen Hype um NFT einmal abgesehen.

Ohne diese Unterstützung hätten viele Galerien die Coronakrise kaum oder nur mit schweren Blessuren überlebt. Es ist mithin nicht zu den Insolvenzen gekommen, die zu Beginn der Pandemie prognostiziert wurden. Ein »Galeristensterben« – das fand ein paar Jahre zuvor statt, unmittelbar nachdem 2014 die ermäßigte Mehrwertsteuer für die gewerbliche Kunstvermarktung abgeschafft worden war.

Monika Grütters hat auch an dieser Stelle einen Lichtblick hinterlassen, als sie im Mai dieses Jahres das Thema auf einer Kultusministerkonferenz in Brüssel aufs Tapet brachte und erklärte, dass es »der wirtschaftlichen Erholung nach der Pandemie Flügel verleihen würde, wenn für den gewerblichen Kunsthandel im europäischen Recht

ermäßigte Mehrwertsteuersätze gelten würden.«.

An diese Initiative muss ihr(e) Nachfolger(in) anknüpfen. Potenzielle Aspiranten auf das Amt des Bundeskulturbeauftragten wissen um unser primäres Anliegen genau Bescheid: Wir wollen die ermäßigte Mehrwertsteuer wieder zurück. Auch die Künstler und ihre Verbände stehen hier solidarisch zu den Galerien.

Die neue Bundesregierung wird sich verstärkt mit den klassischen und den neueren Sparten der Kultur- und Kreativwirtschaft befassen müssen. Dafür wird unsere neue »Koalition für Kultur und Kreativwirtschaft (k3d)« sorgen: Die Zeit ist absolut reif für ein Empowerment der Kulturwirtschaft.

Der Akzent liegt auf »Wirtschaft«. Denn professionelle Unternehmen – Verlage, Galerien, Labels, Agenturen, Veranstalter – ermöglichen Kultur auf eigenes wirtschaftliches Risiko. Ihre Akteure sind leidenschaftsgetriebene Macher, die innovative Formate und neue Talente entdecken, viel investieren (nicht nur Geld!), den Künstlern durch den Markt Aufmerksamkeit und eine Existenzgrundlage verschaffen. Genau das wird von den Kunstproduzierenden, die in der Regel selbst nicht über die notwendigen organisatorischen Strukturen und Netzwerke verfügen, auch erwartet.

Kulturunternehmer brauchen gute wirtschaftliche und rechtliche Rahmenbedingungen, die agiles Arbeiten ermöglichen. Sie brauchen nicht permanent neue Gesetze, Verordnungen, Richtlinien und neue Abgaben, die ihren Betrieb völlig überregulieren, verrechtlichen und zum Erlahmen bringen. Das ist ein Riesenproblem für die mittleren und vielen kleinen Unternehmen, von denen die Kulturwirtschaft geprägt ist: Ihre Zeit verheddert sich in Bürokratie. Der Kunstmarkt ist diesbezüglich besonders leidgeprüft.

Weder die Kultur- noch die Wirtschaftspolitik hat bislang ermessen oder gewürdigt, welch hohes Potenzial in der Kulturwirtschaft steckt: als Standortfaktor und Synergienpreder, als Innovationstreiber und internationales Aushängeschild, als Arbeitsmarkt und – heute wichtiger denn je – für die soziale Befriedung der Gesellschaft.

Das alles sind triftige Gründe, warum wir künftig mehr Austausch, Kommunikation und Offenheit von den Entscheidern in der Politik erwarten. Angela Merkel hat im April dieses Jahres gezeigt, wie Kulturdialog geht: einfach die Producer und ihre Vermarkter mal am Bildschirm zusammenschließen. Zuhören und nachfragen. Sich ernsthaft dafür interessieren, wie der Kulturbetrieb in seiner fabelhaften Vielfalt eigentlich funktioniert.

Die Zeit ist auch reif, an die Konsumenten zu denken. Also an alle, die ins Kino gehen, Bücher lesen, Kunst kaufen, Konzerte besuchen und damit ihre Wertschätzung für Kultur zum Ausdruck bringen. Analog zu den hausnahen Dienstleistungen schlagen wir deshalb die Einführung der steuerlichen Absetzbarkeit individueller Kulturausgaben mit einer Deckelung von 20.000 Euro vor. Ein solcher Anreiz wäre enorm hilfreich für die künstlerischen Produzenten, für die Kulturunternehmen und die öffentlichen Institutionen.

**Kristian Jarmuschek ist Vorsitzender und Birgit Maria Sturm ist Geschäftsführerin des Bundesverbandes Deutscher Galerien und Kunsthändler**

# Die Parameter der Schieflage sind offenbar

Die Erwartungen von Künstlerinnen und Künstlern an die künftige Regierung

DAGMAR SCHMIDT

Nach oben noch viel frische Luft ... so könnte das Fazit über die Kulturpolitik der Ära Merkel lauten. Kultur war nicht gerade ein Thema für angewandte Richtlinienkompetenz. Von manchen vermisst wurde eine impulsgebende Rede zur Kultur. Längst müsste die Kultur ein eigenständiges Ressort sein, schon um einer Mitsprache bei relevanten Gesetzesvorhaben willen. Nominal war aber der Aufwuchs der Kulturförderung in der staatsministerlichen Abteilung des Kanzleramts nicht schlecht gesichert. Angela Merkel sorgte mit dafür, dass sich die beiden Beauftragten für Kultur und Medien dieser Zeit stets einen deutlichen Etataufwuchs auf die Fahnen schreiben konnten. Kulturstaatsminister Bernd Neumann und Kulturstaatsministerin Monika Grütters standen für eine pragmatische Kulturförderung: Bernd Neumann als bestens vernetzter Mann der Verwaltung und des Haushalts mit Faible für die Sparte Film, Monika Grütters mit

gesellschaftlichen Handlungsrahmen (Staat, Markt, Zivilgesellschaft). Ihre Arbeiten sind nicht allein nach den Maßgaben von Effizienz, Produktion oder Einschaltquoten zu bewerten. Aus diesen strukturellen Nachteilen ergibt sich die Notwendigkeit staatlicher Verantwortung.« (Drucksache 16/7000, 4.1, S. 229)

Der Enquete-Bericht enthält viele gute Handlungsempfehlungen zur sozialen Sicherung von Künstlerinnen und Künstlern, zur Kulturförderpolitik, zum Urheberrecht, zur kulturellen Bildung. Zwei Jahre später hat der BBK Bundesverband in seinem Symposium »Mit besten Empfehlungen« die Umsetzung betrachtet – mit ernüchternder Bilanz. Der damalige BBK-Vorsitzende Werner Schaub forderte unter anderem einen »Nothilfeplan für kommunale Kultureinrichtungen« und Wertschätzung der kulturellen Bildung für Kinder und Jugendliche. Letztere kam 2013 – allerdings nicht durch die Kulturstaatsministerin, sondern das Bildungsministerium mit dem Förderprogramm »Kultur macht stark«, das nun im Jahr 2022 in die 3. Förderphase übergehen wird. Zur kulturellen Teilhabegerechtigkeit und künftiger Kunst- und Kulturwertschätzung tragen viele professionelle Bildende Künstlerinnen und Künstler bei.

Die Einkommensschwäche Bildender Künstlerinnen und Künstler blieb über die 16 Merkel-Jahre unverändert erhalten, ebenso der Gender Pay Gap. Aber erst in der Pandemie wird sie als Schieflage erkannt. Dass Selbstständige bei den Coronahilfen des Wirtschaftsministeriums nur reine Betriebskosten und keinen »fiktiven Unternehmerlohn« beantragen konnten, traf auch die Künstlerinnen und Künstler hart.

Die Parameter der Schieflage sind jetzt offenbar. Aus ihnen leiten sich die Erwartungen Bildender Künstlerinnen und Künstler an die künftige Regierung ab:

- faire Vergütung aller künstlerischen Leistungen, unter anderem durch die Verankerung von Ausstellungsvergütung in allen Förderrichtlinien der öffentlichen Hand,
- eine realitätstaugliche soziale Sicherung für Soloselbstständige im Berufsleben und im Alter, z. B. durch eine im Mindesteinkommen angepasste Grundrente,
- Geschlechtergerechtigkeit statt Gender Pay Gap und Gender Show Gap, unter anderem durch die Wiedervergabe des Gabriele Münter Preises
- fiskalische Kulturförderung durch einen Steuerfreibetrag für Kunst



Die strukturelle Unterfinanzierung der Deutschen Welle beschäftigte 2016 auch den Deutschen Kulturrat

profunder Kunst- und Kulturexpertise, die nicht nur Amt und Etat weiter vergrößerte, sondern auch einige Brocken zu stemmen hatte.

Dabei war die öffentliche Erwartung gegenüber Künstlerinnen und Künstlern groß: Diese »leisten mit ihrer Arbeit einen unersetzbaren Beitrag zum Selbstverständnis und zur Wertedebatte in einer demokratischen und pluralen Gesellschaft«. Dieses Zitat könnte aus der letzten Debatte zu Coronahilfen oder NEUSTART KULTUR stammen – es steht aber im Bericht der Enquete-Kommission »Kultur in Deutschland« aus dem Jahr 2007 zu »Künstlerbild und Kreativität Anfang des 21. Jahrhunderts«. Weiter heißt es dort: »Mit ihren »Angeboten« zur gesellschaftlichen Selbstvergewisserung – und das meint auch die von Künstlern entwickelten Verweigerungs-, Destruktions-, Chaotisierungs- und Reduktionstrategien agieren sie in einem komplexen

Bitter war jedoch – auch für die Künstlerinnen und Künstler – die Einführung des Regel-Umsatzsteuersatzes für den Kunsthandel im Jahr 2012 aufgrund einer EU-Vorgabe. Eine vom Bund vorgeschlagene Kompensationslösung lehnten die Bundesländer ab.

Glücklicherweise konnten Angriffe auf die Künstlersozialkasse (KSK) in der Ära Merkel stets abgewehrt werden, manche Attacke aus liberalen Kreisen ist keineswegs vergessen. Die KSK ist und bleibt zentrales Fundament einer sozialen Sicherung von Künstler:innen – sie gilt es zu schützen gegen jedes marktfixierte Geschwätz. Reform heißt hier daher Stärkung durch eine der Lebensrealität angepasste Sicherung von Künstlerinnen und Künstler, wie es z. B. mit der Erhöhung der Zuverdienstgrenze anlässlich der 4. Corona-Welle geschehen ist.

Überhaupt das künstlerische Einkommen: Die regelmäßig konstatiert-

und Kultur bis 20.000 Euro auch für private untere und mittlere Einkommen und Wiedereinführung des ermäßigten Umsatzsteuersatzes für den Kunsthandel.

Die von Kulturstaatsministerin Monika Grütters erkämpften zwei Milliarden für NEUSTART KULTUR waren bedeutend, nicht nur wegen des für Kulturverhältnisse atemberaubenden Betrags, sondern auch wegen ihres Muts, für die Vergabe die Fachverbände einzubeziehen, um die Künstlerinnen und Künstler, die Kulturakteure direkt zu erreichen – ein echtes Zukunftsmodell.

Mit Ungeduld sehen wir jedenfalls den Vereinbarungen der Koalitionäre und den Gesprächen mit ihnen darüber entgegen.

**Dagmar Schmidt ist Bundesvorsitzende des Bundesverbandes Bildender Künstlerinnen und Künstler (BBK)**

# Die deutsche Filmförderung

Ein filmpolitischer Aufriss und Ausblick

ALEXANDER THIES

Sie können viele Themen so transportieren, dass Menschen zuhören, dass Menschen angehört sind, dass sich Generationen füreinander interessieren. All das ist so unendlich wichtig«, sagte Angela Merkel 2013 auf dem Produzentenfest der Produzentenallianz und offenbarte einmal mehr eine besondere Sensibilität für die Branche der Film- und Fernsehbranchen. Insgesamt fiel die Kanzlerschaft Angela Merkels in eine Zeit enormer Herausforderungen und Umbrüche. Auch für die Film- und Fernsehbranche in Deutschland sollten diese 16 Jahre eine Zeit der Veränderung und wichtiger Entscheidungen sein.

Mit der Besetzung der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien (BKM) prägte die Bundesregierung unter Angela Merkel die Kultur- und Medienpolitik im Bund maßgebend. Die geleistete Arbeit und das umfang-

## Die Verpflichtung von Streamingdiensten zu mehr Investitionen in deutsche und europäische Produktionen wird zentral sein

reiche Schaffen während dieser 16 Jahre in wenigen Absätzen zu taxieren, ist kaum möglich. Dennoch: Will man die filmpolitischen Entwicklungen dieser Amtszeit holzschnittartig betrachten, müssen zwei Persönlichkeiten in den Blick genommen werden, die die Bundeskulturpolitik geprägt haben: Hier sei zunächst Bernd Neumann genannt, der im Jahr 2005 als Staatsminister im Bundeskanzleramt zum Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien ernannt wurde.

Ein bis heute zentrales Förderinstrument rief Neumann als Kulturstaatsminister im Jahr 2007 mit dem Deutschen Filmförderfonds (DFFF) ins Leben. Ziel des DFFF war es, deutsche Produktionen zu unterstützen und die Wettbewerbsnachteile gegenüber anderen Ländern auszugleichen. Zahlreiche internationale Großprojekte fanden damit den Weg nach Deutschland. Zum Ende seiner Amtszeit leitete Neumann die Überführung des DFFF aus der Projektförderung in den Haushalt ein. Damit wurde der DFFF institutionalisiert und musste nicht immer wieder neu verhandelt werden.

In Neumanns Amtszeit stieg der Kulturhaushalt des Bundes zudem kontinuierlich an. Das ist besonders bemerkenswert, weil in dieser Zeit zwischen 2008 und 2011 eine der heftigsten Finanzkrisen der letzten Jahrzehnte zu bewältigen war und die Ausgaben des Bundes insgesamt gesunken waren.

Auf Neumann folgte Ende 2013 Monika Grütters als Kulturstaatsministerin, die gleich zu Beginn ihrer Amtszeit aufgrund von Kürzungen im DFFF-Etat mit Widerstand aus den Reihen der Film- und Fernsehbranche zu kämpfen hatte. Grütters setzte sich bei den Haushaltsberatungen fortan dafür ein, dass der Fördertopf künftig wieder höher ausgestattet wurde und schaffte über die Jahre hinweg eine stetige Steigerung nicht nur im DFFF-Etat. Insgesamt hat sich Monika Grütters bei der finanziellen Ausstattung der Filmwirtschaft und der Filmkultur enorm verdient gemacht und schaffte viele zusätzliche Anreize für internationale Aufträge an deutsche Produktionsdienstleister.

Und auch parteiübergreifend wurden wichtige Instrumente für die Film- und Fernsehbranche geschaffen. Man denke nur an den German Motion Picture Fund (GMPF), der nach einigen Entwicklungsschritten inzwischen zu ei-



Der gesamte Kulturbereich wurde tief von der Coronapandemie getroffen

nem zentralen Instrument in Sachen High-End-Produktionen geworden ist und eine große Nachfrage genießt.

Mit Blick auf die Coronapandemie ist zu konstatieren, dass die wohl größte Bedeutung der letzten Legislaturperiode dem Haushalt der Bundesregierung und insbesondere den Maßnahmen zur Kompensation der Folgen der Coronakrise zukam. Nach intensivem Engagement der Produzentenallianz wurde im September 2020 auf Bundesebene ein Ausfallfonds für coronabedingte Produktionsunterbrechungen im Bereich Kino und High-End eingerichtet, der bis Ende 2021 fortbesteht; für den Bereich Fernsehen wurde schließlich der Ausfallfonds II unter Beteiligung

der Länder ins Leben gerufen. Grütters reagierte auf die globale Krise zudem mit Unterstützungsprogrammen für die Kinos, einer Rekapitalisierung der FFA im Jahr 2020 und einer Verdopplung der Mittel des GMPF im Jahr 2021 auf 30 Millionen Euro, um die schwer getroffene Film- und Fernsehbranche zu unterstützen.

Weniger erfreulich war jüngst die Entscheidung der Koalitionsparteien, mit einem neuen Urheberrecht durch ausufernde Informationspflichten den Bürokratieaufwand der Produzentinnen und Verwerter, ohne finanzielle Vorteile für die Urheberinnen und Urheber, massiv zu erhöhen und den Schutz der Urheberrechte auf Online-

Sharing-Plattformen auszuhöhlen. Aus Sicht der Produzentenallianz wurde bei der Umsetzung des nationalen Urheberrechts die eigentliche Intention der als Basis dienenden europäischen Richtlinie in ihr Gegenteil verkehrt. Als Folge hiervon werden die Kreativbranchen im Land künftig weniger Zeit für das Produzieren neuer Inhalte haben, da sie deutlich mehr Zeit für das Administrieren von Rechten aufbringen müssen.

Neben der Reform des Filmförderungsgesetzes (FFG) wird als weiteres zentrales Thema für die kommende Regierungskoalition die Verpflichtung von Streamingdiensten zu mehr Investitionen in deutsche und europäische Produktionen sein. Weil europäische Fernsehveranstalter erheblich mehr in europäische audiovisuelle Werke investieren als die weltweit agierenden Streamingdienste, entsteht ein immer größeres Missverhältnis zwischen den weltweiten Programminvestitionen dieser Dienste und deren in Deutschland investierten Programmausgaben. Deshalb fordern Filmschaffende, Urheberinnen und Produzenten, dass in- und ausländische On-Demand-Dienste in Deutschland zu einer Investition in die Herstellung europäischer audiovisueller Werke durch unabhängige europäische Produktionsfirmen verpflichtet werden. Gleichzeitig soll in diesem Kontext eine faire Rechteteilung und Erlösbeteiligung ermöglicht werden. Basis einer solchen Investitionsverantwortung ist der Artikel 15 der europäischen AVMD-Richtlinie. In Frankreich existiert bereits eine solche Verpflichtung, andere europäische Länder sind im Begriff zu folgen. Damit hier kein Wettbewerbsnachteil entsteht, ist es wichtig, dass Deutschland schnell aufschließt.

Alexander Thies ist Vorsitzender der Produzentenallianz

# Neue Prioritäten für die Kultur!

Forderungen aus dem Musikbereich

CHRISTIAN HÖPPNER

Die Bilanz nach 16 Jahren christdemokratischer Kulturpolitik des Bundes ist nicht nur im Hinblick auf die Statistik im Bundeshaushalt, sondern vor allem auf den Aufgabenzuwachs beeindruckend.

Im Sinne eines kooperativen Kulturföderalismus hat Die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien im Zusammenwirken mit dem Deutschen Bundestag und den Ländern an vielen Stellen maßgebliche Impulse durch ihre Förderpolitik gesetzt. Hilfe zur Selbsthilfe und Förderung dort, wo Kommunen und Länder nicht hinreichend dazu in der Lage waren, sowie die originären Bundesaufgaben, wie z. B. die dringend notwendige und erfolgte Aufstockung des Etats der Deutschen Welle, kennzeichnen die beispiellos erfolgreiche Amtszeit der Kulturstaatsministerin, Monika Grütters, und ihres Vorgängers im Amt, Bernd Neumann.

Die seit dem Pandemieausbruch im März 2020 stetig angepassten und erweiterten Überbrückungsmaßnahmen der Coronahilfen haben insbesondere den nicht institutionell abgesicherten Kulturschaffenden ebenso wie der Veranstaltungswirtschaft Perspektiven zum beruflichen Überleben eröffnet.

Die erfolgreiche Umsetzung der über 60 Teilprogramme von NEUSTART KULTUR wären ohne die fachliche wie organisatorische Mitarbeit der Zivilgesellschaft nicht realisierbar gewesen. So hat auch der Deutsche Musikrat mit seinem Förderprogramm Landmusik, dem Stipendienprogramm Klassik und dem Förderprogramm zur Digitalisierung des Musikfachhandels in Zusammenarbeit mit der Society Of Music Merchants (SOMM) seinen Beitrag dazu geleistet, ebenso wie einige seiner Mitgliedsverbände.

Die wirkungsvolle Unterstützung der Bundeskanzlerin für das Kulturressort in ihrem Haus hinter den Kulissen hätte eine deutlichere Positionierung von Angela Merkel im öffentlichen Raum zu der zentralen Rolle von Kultur für den gesellschaftlichen Zusammenhalt über ihre gesamte Regierungszeit gut vertragen können.

Dieser Wunsch des Musiklebens, das demokratierelevante Fundament unseres Zusammenlebens, die kulturelle Vielfalt, stärker in das öffentliche Bewusstsein zu rücken, dokumentiert sich auch in dem soeben von der Mitgliederversammlung des Deutschen Musikrates einstimmig verabschiedeten 7. Berliner Appell. Unter der Überschrift »Musik ist unser aller Leben – Acht Forderungen an die Parteien, Parlamente und Regierungen in den Kommunen, Ländern und Bund« fordert der Deutsche Musikrat:

1. die Selbstverpflichtung der Kommunen und Länder zur Sicherung der

Kulturausgaben für die Haushaltsjahre 2022 bis 2025 mindestens auf dem Stand der Haushaltsansätze 2020 zuzüglich der entsprechenden Tarifvorsorge und des Inflationsausgleichs,

2. die nachhaltige Sicherung der freien Musikerinnen und Musiker durch eine Arbeitslosenversicherung, Honorarstandards und eine verstärkte, auf Mehrjährigkeit angelegte Förderung der freien Ensembles,
3. den Einsatz der künstlerischen Schulfächer und des Sports als die zentralen Eingangsfächer schulischen Erlebens für alle Jahrgangsstufen und Schularten,
4. die zugängliche Sicherstellung der Arbeit der öffentlichen und freien Musikschulen für alle Bevölkerungsgruppen auf den Qualitätsgrundlagen der Fachverbände,
5. die ausreichende Unterstützung der Chöre und Orchester im Bereich Amateurmusik zur Ermöglichung von kultureller Teilhabe für breite Bevölkerungskreise,
6. die stärkere Berücksichtigung der Musikwirtschaft als mitgestaltender Teil unserer kulturellen Vielfalt in den gesetzgeberischen Rahmenbedingungen wirtschaftlichen Handelns, insbesondere in Bezug auf die kleineren und mittelständischen Betriebe,
7. eine Bundeskulturstatistik, auf deren Datengrundlage vorausschauende Bildungs- und Kulturpolitik gestaltet werden kann,

8. den neuen Bundestag auf, das Staatsziel Kultur in das Grundgesetz mit dem Satz »Der Staat schützt und fördert die Kultur« aufzunehmen.

Dieser Forderungskatalog verdeutlicht die gesamtgesellschaftliche Verantwortung für die bildungskulturelle Infrastruktur in unserem Land. Es geht um eine nachhaltige Struktursicherung und Entwicklung auf allen föderalen Ebenen, die sich auf das Kerngeschäft politischen Handelns konzentriert: die Gestaltung von Rahmenbedingungen. Die Abgeordneten des Deutschen Bundestages haben es jetzt gemeinsam mit der künftigen Bundesregierung in der Hand, dem Anspruch von Kulturpolitik als Gesellschaftspolitik gerecht zu werden.

Dazu bedarf es zum einen einer viel intensiveren Zusammenarbeit zwischen dem Bund, den Ländern und den kommunalen Spitzenverbänden, die von dem Geist einer gesamtstaatlichen Verantwortungsgemeinschaft für die kulturelle Vielfalt im Sinne der gleichnamigen UNESCO-Konvention getragen wird. Hierzu gehört eine viel aktivere Rolle der Kulturministerkonferenz, die bei ihrer Gründung als Bettvorleger gelandet ist. Zum anderen bedarf es eines klaren Signals des Bundes, dass Kulturpolitik eine Querschnittsaufgabe mit den entsprechenden Kompetenzzuweisungen ist. Strukturell könnte sich das als Kulturministerium im Bundeskanzleramt widerspiegeln, um

einerseits den Bedenken der Länder gegen ein Bundeskulturministerium entgegenzukommen und andererseits das Kulturrecht endlich mit einem vollumfänglichen Kabinettsrang auszustatten. Damit wären die formalen Voraussetzungen geschaffen, eigene Gesetzesvorlagen in das Kabinett einzubringen. Der Anspruch, Kultur als Querschnittsaufgabe anzuerkennen, ließe sich nur mit dem Recht einer Kulturverträglichkeitsprüfung aller relevanten Kabinettsvorlagen vor deren Einbringung in das Kabinett verwirklichen. Da die für das Kulturleben relevanten Themen auf etliche Bundesministerien verteilt sind, bestünde hier die Chance einer Bündelung und Stärkung der Querschnittsaufgabe Kultur.

Es ist höchste Zeit, die Prioritäten im politischen Handeln für die Kultur neu zu setzen! Die musikalische Bildung und kulturelle Teilhabe müssen für alle gesichert sein, selbständige Musikerinnen und Musiker müssen bessere Zugänge zu den Sozialsystemen erhalten, freie Ensembles nachhaltiger gefördert werden. Denn nur so kann die kulturelle Vielfalt bewahrt werden. Dazu bedarf es nicht nur der Worte, sondern der Taten: durch eine Selbstverpflichtung der Kommunen und Länder und eine stabile Finanzierung des Kulturlebens. Denn: Kultur bestimmt unser Zusammenleben.

Christian Höppner ist Generalsekretär des Deutschen Musikrates und Präsident des Deutschen Kulturrates a.D.

# Kulturschaffende ins Zentrum der Kulturpolitik

## Verlässliche Finanzierung für eine freie Kultur

LISA BASTEN UND LISA MANGOLD

**W**ährend wir diesen Beitrag schreiben, sitzen die Chefverhandlerinnen und -verhandler einer möglichen Ampelkoalition zusammen, die Verkehrsregeln einer zukünftigen Kulturpolitik sind noch reine Spekulation. Zeit für uns, Visionen einer Kulturpolitik zu formulieren, die Kulturschaffende ins Zentrum rückt.

In die Regierungszeit von Angela Merkel fiel die Veröffentlichung des Enquete-Berichts »Kultur in Deutschland« 2007, der Kultur als Wirtschaftsbereich und Kulturschaffende als Teil einer Wertschöpfungskette markierte. Die Kommission machte deutlich, Kulturpolitik muss auch die Rahmenbedingungen von Kulturschaffenden im Blick behalten.

Doch einer Verbesserung der ökonomischen und sozialen Lage von Kulturschaffenden sind wir seit Veröffentlichung des Berichts nicht merklich nähergekommen. Seit 2005 lag die Verantwortung für die Bundeskultur- und Medienpolitik in der Hand von CDU-Politikerinnen und -Politikern.

Die jetzt scheidende Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien, Monika Grütters, erstritt mehr Geld für die Bundeskultur, dachte Geschlechtergerechtigkeit in der Kulturbranche mit und erhob immer wieder – auch während der Pandemie – hörbar ihre Stimme für Kunst und Kultur. Dafür, dass Kultur auch Arbeit ist, die unter teils hochprekären Bedingungen stattfindet, hat auch sie keine Verantwortung übernommen.

### Kulturpolitik ist auch Arbeitspolitik

Das Arbeiten im Kulturbereich ist an vielen Stellen schlecht entlohnt und schlecht abgesichert. Ob Fördergelder in hochprekäre Soloselbständigkeit oder tariflich abgesicherte Vollzeitbeschäftigung fließen, ist der Kulturpolitik in Bund und vielen Ländern bislang weitgehend egal. In den letzten Jahren haben sich Bundeskulturpolitikerinnen und -politiker weggedeckt hinter Föderalismus, fehlender Zuständigkeit und geringen Einflussmöglichkeiten. Wir erwarten, dass sich das ändert. »Da muss ich unsere Arbeitsrechtsspezialistin fragen« darf keine Ausrede von Kulturpolitikerinnen und -politikern sein. Ökonomische Fragen aus der Kulturpolitik auszuklammern ist geradezu zynisch.

Kulturpolitik muss endlich anfangen, konsequent mitzudenken, dass Kultur von Menschen gemacht wird. Kultur ist Arbeit – es ist die Aufgabe von Kulturpolitik, Rahmenbedingungen zu ermöglichen, in denen Kulturschaffende von ihrer Arbeit gut leben können.

### Kulturschaffende ins Zentrum der Kulturpolitik

Zwei ganz konkrete Vorschläge liegen auf dem Tisch – obwohl und gerade weil sie da zum Teil schon lange liegen, gilt es jetzt: umsetzen! Wir brauchen eine verbindliche Ausstellungsvergütung für Bildende Künstlerinnen und Künstler. Branchenspezifische Honoraruntergrenzen müssen zur Voraussetzung für Förderzusagen werden.

Darüber hinaus stehen in der nächsten Legislaturperiode verschiedene Regulierungsvorhaben an, die die Arbeitsbedingungen von Kulturschaffenden unmittelbar betreffen. Wir brauchen Kulturpolitikerinnen und -politiker, die bei diesen Vorhaben mitreden. Die z. B. einfordern, dass die vielschichtigen Erwerbsbiografien von Künstlerinnen und Künstlern mitgedacht werden, wenn es um die Weiterentwicklung sozialer Sicherungssysteme geht. Kulturpolitik muss Verantwortung für die Arbeitsbedingungen von Kulturschaffenden übernehmen.

Wir erwarten von einer zukünftigen Kulturpolitik auch, die Interessen der Urheberinnen und Urheber konsequent im Blick zu behalten: Anstehende Entscheidungen, etwa zu E-Lending oder digitalen Plattformen, dürfen nicht primär aus Verbraucherperspektive und aus bildungspolitischen Überlegungen gefällt werden.

Ohne Schriftstellerinnen, Übersetzer, Musikerinnen und andere Kreative gibt es keine Kultur, die in Stadtteilbibliotheken allen sozialen Milieus zugänglich gemacht werden kann, und keine Inhalte, mit denen Spotify und YouTube ihr Geschäft machen können.

Liebe Kulturpolitikerinnen und -politiker der Zukunft: Traut euch mitzureden, wenn Arbeits-, Justiz-, Digital- und Wirtschaftspolitik die Rahmenbedingungen gestalten, in denen Kultur stattfindet. Liebe Bundesregierung: Versetzt eure Kultur-Kolleginnen und -Kollegen in die Lage, mitentscheiden zu können und gebt ihnen ein Bundeskulturministerium.

### Kultur muss zuverlässig finanziert werden, auch dort, wo das Geld fehlt

Die Coronapandemie hatte von Beginn an katastrophale Auswirkungen auf die Situation von Kulturschaffenden. Jetzt,

im Herbst 2021, werden in den ersten Bundesländern erneut Einschränkungen der Arbeitsmöglichkeiten für Kulturschaffende angeordnet.

Es ist zu befürchten, dass eine Spätfolge der Pandemie massive Kürzungen im Kulturbereich sein werden. Kommunen und Länder werden in ihren Haushalten den Rotstift ansetzen und die Erfahrung zeigt, schnell wird in solchen Situationen bei der Förderung von Kultur als freiwillige Aufgabe gespart.

Wenn die Hilfsprogramme auslaufen, wird sich die strukturelle Unterfinanzierung in verstärkter Brutalität zeigen. Bundeskulturpolitikerinnen und -politiker dürfen sich jetzt nicht wegducken.

Wir erwarten, dass bundespolitische Lösungen gefunden werden, um kulturelle Kahlschläge in strukturschwachen Kommunen zu verhindern. Kultur muss verlässlich finanziert werden, damit sie frei sein kann.

**Lisa Basten forscht und publiziert zu Arbeitsbedingungen von Kreativen. 2021 hat sie den Bereich »Kunst und Kultur« bei der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di übernommen. Lisa Mangold ist Gewerkschaftssekretärin bei ver.di auf Bundesebene und dort für Kunst und Kultur zuständig**

# Mühen der Ebene

## Zur Erinnerungskultur und Gedenkstättenpolitik

HARALD SCHMID

**K**ulturpolitik war schon immer auch Geschichtspolitik – auch durch programmatische Auslassungen. Als der Deutsche Bundestag am 22. November 2005 Angela Merkel zur Bundeskanzlerin wählte, sah die Republik erinnerungskulturell in mancherlei Hinsicht noch anders aus. Im Koalitionsvertrag des ersten Merkel-Kabinetts, der bis 2009 amtierenden Regierung aus CDU/CSU und SPD, spiegelte sich dies. Hier taucht der Begriff »Erinnerung« nur einmal im Kontext der Erwähnung der Vertreibung auf, »Gedenken« überhaupt nicht. Der Nationalsozialismus wird nirgends explizit erwähnt, einmal die »beiden Diktaturen« in Deutschland, zweimal »Gewaltherrschaft« und viermal »SED-Diktatur«. Im Koalitionsvertrag der ab 2013, nach dem schwarz-gelben Intermezzo, nun wieder von den Fraktionen von CDU/CSU und SPD getragenen dritten Merkel-Regierung hat sich der programmatische Horizont erkennbar verändert: In einem zweiseitigen Unterkapitel »Gedenken und Erinnern, kulturelles Erbe und Baukultur« wird dieses Handlungsfeld erstmals in der Geschichte der Bundesregierungen eigen skizziert, auch die »Erinnerung an die Opfer des Nationalsozialismus und den Widerstand gegen das NS-Regime« hat nun seinen Platz.

Welche geschichtspolitischen und erinnerungskulturellen Initiativen, Projekte, Debatten oder Leistungen werden von der Ära Merkel bleiben – und welches Scheitern? Eine geschichtspolitische Bilanz müsste weitaus breiter ansetzen, als es auf begrenztem Raum möglich ist: Umgang mit NS-(Raub)Kunst, Israelpolitik, Antisemitismus, Etablierung des 20. Juni als Gedenktag für die Opfer von Flucht und Vertreibung, das 2021 in Berlin eröffnete Dokumentationszentrum Flucht, Vertreibung, Versöhnung, Auflösung der Behörde des Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen und

Überführung ins Bundesarchiv, Rückgabe kolonialer Raubgüter.

Betrachten wir das Feld der Gedenkstättenpolitik etwas genauer. Nach langen und teilweise scharfen geschichtspolitischen Auseinandersetzungen um die politische Gewichtung von Gedenkstätten zur Erinnerung an die NS-Verbrechen und jener Einrichtungen zum SED-Unrecht verabschiedete der Bundestag 2008 die fortgeschriebene Gedenkstättenkonzeption des Bundes (aufbauend auf der Erstfassung von 1999). Sie hat sich als integrierendes Förder- und Steuerinstrument erwiesen. Seitdem hat die Gedenkstättenpolitik der Bundesregierung eine verlässliche Grundlage, auch Identitäts- und Verteilungskämpfe um geschichtspolitische Hierarchien zwischen beiden Diktaturvergangenheiten sind in den Hintergrund öffentlicher Debatten getreten. Die großen, vom Bund auf dieser Basis institutionell anteilig geförderten Gedenkstätten zur Erinnerung an die NS-Verbrechen (ab 2009 wurden auch die in den alten Bundesländern gelegenen KZ-Gedenkstätten Bergen-Belsen, Dachau, Flossenbürg und Neuengamme einbezogen) haben seither eine weitaus bessere Grundfinanzierung und Planbarkeit ihrer Arbeit, zahlreiche Projekte wurden bei gegebener Komplementärfinanzierung durch die Bundesländer auch in kleineren Einrichtungen gefördert.

Allerdings haben sich inzwischen auch die Grenzen der Konzeption gezeigt. Denn die vielen kleinen und mittelgroßen, meist nur regional bekannten Einrichtungen – man denke etwa an die Gedenkstätten in Alt Rehse, Bispingen, Gardelegen, Lemgo oder in Ladelund – stehen in dieser Förderpolitik erkennbar am Rande, falls sie überhaupt einbezogen werden. Der Verband der Gedenkstätten in Deutschland/FORUM (VGDF) hat hier einen seiner Arbeitsschwerpunkte.

So hat der VGDF zur Bundestagswahl 2021 drei Kernforderungen an die künftige Bundesregierung formuliert: die



Eine Frage, die den Kulturbereich kontinuierlich beschäftigt: Wie erinnern wir heute an den Holocaust?

Evaluation und Weiterentwicklung der Gedenkstättenkonzeption des Bundes, die Fortsetzung des Förderprogramms »Jugend erinnert« sowie der Ausbau der zentralen Vernetzungsstrukturen insbesondere des Gedenkstättenreferats in der Stiftung Topographie des Terrors in Berlin. Dringlich ist auch die Förderung von Grundlagenforschung und Digitalisierung. Diese besonderen außerschulischen Bildungsorte brauchen so seriöse wie attraktive, so aktuelle wie nachhaltige Denk- und Lernangebote zur Auseinandersetzung mit dem nationalsozialistischen Zivilisationsbruch und der Verdrängungs- und Aufarbeitungsgeschichte nach 1945. Dabei dreht sich der Umbruch in den Gedenkstätten nicht zuletzt um tragfähige Antworten auf das »Verstummen der Zeitzeugen«.

Das Förderprogramm »Jugend erinnert« darf als ein gelungener Schritt der Merkel-Scholz-Regierung gelten. 2019 ausgeschrieben und seit 2020 umgesetzt, werden damit an Dutzenden Gedenkstätten, Dokumentations- und

Erinnerungsorten innovative neue Bildungsangebote für unterschiedliche Zielgruppen wie Migrantinnen und Migranten, Studierende und Azubis entwickelt. Das in zwei Förderbereichen geteilte – NS-Geschichte und SED-/DDR-Geschichte – und über drei Institutionen verwaltete Programm – BKM, Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur und Auswärtiges Amt – hat es den betreffenden Einrichtungen erstmals ermöglicht, die Projektmittel direkt beim Bund zu beantragen. In vielfältiger Weise haben die Projekte eine Dynamik in der erinnerungskulturellen Bildungslandschaft entfacht, die eine Fortsetzung des Förderprogramms als unbedingt wünschenswert erscheinen lässt.

Manches wie dieses Förderprogramm wurde während der Ära Merkel möglich infolge des gewachsenen Konsenses der demokratischen Parteien in Sachen Geschichtspolitik und Erinnerungskultur. Insofern erscheinen auch alle weiteren gedenkstättenpoli-

tischen Schritte als Mühen der Ebene, um die aufgebaute Infrastruktur des »negativen Gedächtnisses« an vielen historischen Orten der nationalsozialistischen Verfolgung zu sichern. Denn viele Entwicklungen der letzten Jahre – Projekte, Personalstellen – sind zeitlich befristet. Auch bedürfen bestimmte gesellschaftliche Herausforderungen wie Rechtspopulismus und -terrorismus, Rassismus und Antisemitismus der Begleitung durch kreative Bildungsangebote der Gedenkstätten, die längst eine verlässliche Stimme in der politischen Kultur dieser Republik und täglicher Kooperationspartner etwa für Schulen, Vereine, Initiativen, Parteien und Kirchen sind.

**Harald Schmid ist Politikwissenschaftler und Zeithistoriker sowie Mitglied im Vorstand des Verbands der Gedenkstätten in Deutschland und wissenschaftlicher Mitarbeiter der Bürgerstiftung Schleswig-Holsteinische Gedenkstätten**



2015/2016 waren die Freihandelsabkommen TTIP und CETA beherrschende kulturpolitische Themen

# Schluss mit »Freiheit gegen Prekarität«

Rahmenbedingungen für freies Arbeiten verbessern

LENA KRAUSE

Als Angela Merkel im November 2005 das Amt der Bundeskanzlerin übernahm, war ich gerade einmal 17 Jahre alt und hatte mit Kulturpolitik ehrlich gesagt noch nichts am Hut. Mein eigenes kulturpolitisches Engagement begann »erst« vor ca. sechs Jahren. Seitdem dreht sich meine Arbeit insbesondere um die Verbesserung der Rahmenbedingungen für freies Arbeiten in der Kulturbranche. Und das Thema »Rahmenbedingungen« ist es auch, das mich bei einem Blick zurück auf die Kulturpolitik unter Merkel aufhorchen lässt. Denn während es positiv hervorzuheben ist, dass der Kulturhaushalt des Bundes kontinuierlich gestiegen ist, ist bei der Entwicklung der rechtlichen Rahmenbedingungen relativ wenig passiert. Die Coronapandemie war hier der Schlag ins Gesicht, der uns flächendeckend die Fragilität insbesondere der freien Kulturszene und die kulturpolitischen Versäumnisse der letzten Jahre vor Augen geführt hat.

Die Aufgabe der neuen Bundesregierung wird es deshalb sein, die Verbesserung der rechtlichen Rahmenbedingungen für selbständiges Arbeiten in der Kunst- und Kulturbranche zur zentralen kulturpolitischen Agenda zu machen.

Damit dies gelingen kann, brauchen wir aber zunächst eine neue Übereinkunft. Denn freie Künstlerinnen und Künstler sind in ihrem Arbeitsalltag immer noch mit Unwissen über ihr Berufsbild konfrontiert. Fragen wie »Und was machen Sie hauptberuflich?«, zeigen

deutlich die verzerrte Wahrnehmung von freier Arbeit. Das muss sich ändern: Denn selbständige Künstlerinnen und Künstler sind professionelle und hoch qualifizierte Kulturschaffende, die mit ihrer Kunst ihren Lebensunterhalt verdienen. Ihre Kunst ist ihre Arbeit, ihr Broterwerb und nicht irgendeine Liebhaberei, der sie außerhalb eines »bürgerlichen« Nine-to-Five-Jobs nachgehen. Sie sind nicht selbständig, weil sie es nicht in eine Festanstellung geschafft haben, sondern weil sie sich bewusst für diese Form der Arbeit entschieden haben. Gleichzeitig ist Selbständigkeit für manche Kulturberufe auch einfach spezifisch – oder wann haben Sie zuletzt eine sozialversicherungspflichtig angestellte Komponistin gesehen?

## Die Verbesserung der rechtlichen Rahmenbedingungen für selbständiges Arbeiten in der Kunst- und Kulturbranche zur zentralen kulturpolitischen Agenda machen

Die Motivationen für die Wahl der Hauptberuflichkeit in der Selbständigkeit sind dabei vielfältig und individuell: Größere Selbstbestimmung, künstlerische Freiheit und die Suche nach dem Experiment, organisatorische Flexibilität, unternehmerische Energie seien hier beispielhaft genannt. Und

unsere Kulturbranche braucht diese freien Künstlerinnen, Künstler und Organisationen, denn gerade der freien Szene entspringen wichtige kulturelle Innovationen. Hier werden Experimente gelebt, neue Wege abseits des Gewohnten betreten, alternative Organisationsstrukturen ausprobiert und gesellschaftliche Transformationsprozesse engmaschig reflektiert.

Klingt auf den ersten Blick doch erst mal toll! Wer wünscht sich das nicht? Doch auf den zweiten Blick wird klar: Selbständige Künstlerinnen, Künstler und Kulturschaffende zahlen dafür einen hohen Preis. Denn mit Selbstbestimmung, künstlerischen Freiheiten und Flexibilität gehen in der Regel eine fehlende soziale Absicherung, Altersarmut, schlechte Bezahlung und veraltete rechtliche Rahmenbedingungen einher. Oder um es in den Worten von Carsten Brosda aus dem VAN Magazin vom März 2020 zu sagen: »Man kauft sich die Freiheit mit der Prekarität, das war der bisherige Deal.«

Schluss damit! Es wird Zeit für einen neuen Deal! Wir müssen die Gleichung »Freiheit gegen Prekarität« hinter uns lassen.

Eines der wichtigsten Themen ist dabei die Verbesserung der katastrophalen Einkommenssituation selbständiger Kunst- und Kulturschaffender. Denn unsere sozialen Sicherungssysteme stehen in einem engen Wechselspiel zum individuellen Einkommen. Zum Beispiel bei der gesetzlichen Altersvorsorge – wer mehr verdient, zahlt mehr ein und bekommt am Ende in der Regel

auch mehr raus. Der Bund muss hier mit gutem Beispiel vorangehen: Es gilt, im Dialog mit den Kulturverbänden der freien Szene Honorarstandards zu entwickeln, mindestens bei öffentli-

## Die bessere Absicherung von Situationen von Einkommenslosigkeit muss demnach auch auf die To-do-Liste der Bundesregierung

chen Förderprogrammen verpflichtend einzuführen und laufend anzupassen. Dabei müssen die Honorarstandards die Arbeitsrealität selbständiger Arbeit abbilden – hierzu zählen unter anderem die Finanzierung von Urlaubs- und Krankentagen, Akquise- und Organisationsaufwand, Ausfallrisiken, Beiträge zur Alterssicherung und anderem. Gleichzeitig müssen die Förderprogramme entsprechend aufgestockt werden, denn die Zahlung angemessener Honorare darf nicht dazu führen, dass am Ende einfach weniger Projekte gefördert werden.

Im Zuge der Pandemie mussten und müssen wir aber auch erfahren, dass das Einkommen selbständiger Künstlerinnen und Künstler von heute auf morgen zusammengebrochen ist. Nur in seltenen Fällen wurden Ausfallhonorare gezahlt, das Kurzarbeitergeld greift nicht, Arbeitslosengeld auch nur in den seltensten Fällen, weil sich die wenig-

ten in der Arbeitslosenversicherung versichern können. Unsere Systeme der sozialen Absicherung gehen auch hier vom sozialversicherungspflichtigen Normalarbeitsverhältnis aus; Definitionen in unseren Gesetzbüchern greifen zu kurz und verkennen die Arbeitsrealitäten und Bedarfe selbständiger Arbeit. Die bessere Absicherung von Situationen von Einkommenslosigkeit muss demnach auch auf die To-do-Liste der Bundesregierung.

Hinzu kommen zahlreiche, nicht weniger wichtige oder komplexe Baustellen, wie die Stärkung und Reform des Künstlersozialversicherungsgesetzes, Fragen der internationalen Besteuerung, Fragen der Rücklagenbildung im Zuwendungs-, Gesellschafts- und Gemeinnützigkeitsrecht etc.

Zahlreiche Kulturverbände haben sich mit diesen Punkten und vielem mehr bereits intensiv auseinandergesetzt, Informationen und Hintergrundwissen gesammelt, Konzepte und Ideen entwickelt. Ich wünsche mir, dass die neue Bundesregierung bei der Bewältigung ihrer herausfordernden Aufgaben auf diese Expertise zurückgreift und den intensiven Dialog sucht. Damit wir beim Rückblick auf die Legislaturperiode des 20. Bundestags sagen können: Yes! Wir haben die Gleichung »Freiheit gegen Prekarität« hinter uns gelassen; wir haben einen neuen Deal!

Lena Krause ist Geschäftsführerin von FREQ – Freie Ensembles und Orchester in Deutschland und Sprecherin der Allianz der Freien Künste

# »Von der künftigen Bundesregierung erwarte ich ...«

Die Kulturministerinnen und -minister der Länder antworten

»..., dass sie sich ihrer gesamtstaatlichen Aufgabe für die Kultur in ihrer Vielfalt und Freiheit bewusst ist. Erfolgreiche und nachhaltig wirkungsvolle Kulturpolitik kann nur gelingen, wenn Bund, Länder, Kommunen und die Kulturszene an einem Strang ziehen – hier gibt es Ausbaupotenzial. Besonders im Fokus muss der Umgang mit dem kulturellen Erbe stehen, auch die Aufarbeitung seiner schwierigen Kapitel. Hier sind alle in gemeinsamer Verantwortung.«

Theresia Bauer ist Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kunst in Baden-Württemberg

»..., dass sie der herausragenden Bedeutung von Kunst und Kultur für unsere Gesellschaft gerecht wird. Die Coronapandemie hat uns sehr deutlich vor Augen geführt: Kunst ist systemrelevant. Und unsere Künstlerinnen und Künstler brauchen einen Rahmen, in dem sie sich frei entfalten und ihr Talent zur vollen Blüte bringen können. Die Kulturpolitik muss hierfür die Voraussetzungen schaffen und Unterstützung bieten, wo sie gebraucht wird.«

Bernd Sibler ist Bayerischer Staatsminister für Wissenschaft und Kunst

»... endlich eine Anerkennung der Realitäten und entsprechendes Handeln: Die Pandemie hat uns gezeigt, a) wie unverzichtbar Kultur und die Verständigung darüber sind und b) wie fragil ihre Strukturen sind, wie prekär die Arbeit der allermeisten Künstlerinnen und Künstler. Also müssen wir Kultur »besser stellen«, stärker schützen und nicht als vernachlässigbare Größe behandeln. Künstlerinnen und Künstler verdienen mehr soziale Sicherheit. So kann die Freiheit der Kunst gewährleistet werden.«

Klaus Lederer ist Bürgermeister und Senator für Kultur und Europa in Berlin

»..., dass die Strukturwandelprozesse in der Lausitz, angetrieben von Kunst und Kultur, über investive Maßnahmen hinaus mit konsumtiven Mitteln unterstützt und die profilierten Landesstiftungen – Stiftung Fürst-Pückler-Museum Park und Schloss Branitz, Kulturstiftung Schloss Wiepersdorf, Stiftung Kleist-Museum Frankfurt/Oder – und die Musikakademie Rheinsberg als Bundesakademie nachhaltig gefördert werden. Eine gezielte Förderung des ländlichen Raums mit passgenauen Programmen sollte nicht fehlen.«

Manja Schüle ist Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Brandenburg

»... Dialoge auf Augenhöhe zwischen BKM, Ländervertretern, Kunstschaffenden. Viel Geld ist in die Kultur geflossen, aber es ist fraglich, ob die Fördermodalitäten immer effizient waren. Ich bin für Kultur als Staatsziel und die Umsetzung des SPD-Konzepts eines »kooperativen Kulturföderalismus«. Ich wünsche mir offene Gespräche zwischen Kunst und Politik, wie sie Bremen in zentralen Formaten etabliert hat, Mindesthonorare für Kulturschaffende sowie mehr Diversität und Geschlechtergerechtigkeit in Gremien und Jurys.«

Andreas Bovenschulte ist Präsident des Senats, Bürgermeister und Kultursenator der Freien Hansestadt Bremen

»..., dass sie der Kultur den Stellenwert gibt, den sie als Fundament unserer offenen Gesellschaft hat. Dafür brauchen wir Künstlerinnen und Künstler, die ihre kreativen Ideen umsetzen können, deren künstlerische Freiheit nicht in Frage gestellt wird und die sozial besser abgesichert sind. Dafür brauchen wir einen ernsthaften Austausch zwischen Kultur und Politik und wir brauchen einen internationalen Dialog auf Augenhöhe, in dem zum Beispiel die europäischen Verbrechen der Kolonialzeit endlich aufgearbeitet werden. Dies alles schaffen Bund, Länder und Kommunen nur in partnerschaftlicher Zusammenarbeit.«

Carsten Brosda ist Senator für Kultur und Medien der Freien und Hansestadt Hamburg

»..., dass sie die Lehren aus der Corona-Zeit zieht: Wir haben gesehen, wie wichtig Kunst und Kultur für unsere Gesellschaft, aber auch wie verletzlich sie sind. Wie ein Brennglas hat die Pandemie den Blick auf schon lange vorhandene Defizite etwa in der sozialen Absicherung vieler Künstlerinnen und Künstler gelenkt. Hier hoffe ich, dass die Ampel-Koalition nach dem Stillstand der Groko-Zeit den Aufbruch wagt.«

Angela Dorn ist hessische Ministerin für Wissenschaft und Kunst

»... ein starkes Bekenntnis zur Kultur in ihrer breiten Vielfaltigkeit. Und ich hoffe auf eine stärkere Zusammenarbeit mit den Ländern. Die Auswirkungen der Coronakrise auf die Kulturszene halten an, deshalb müssen die Neustart-Programme weitergeführt werden. Corona hat auch gezeigt, dass die soziale Absicherung der Künstlerinnen und Künstler und Kreativen besser aufgestellt sein muss. Ich wünsche mir, dass ein stärkerer Fokus auf die Kulturförderung im ländlichen Raum fällt.«

Bettina Martin ist Ministerin für Wissenschaft, Kultur, Bundes- und Europaangelegenheiten des Landes Mecklenburg-Vorpommern

»... mehr Aufmerksamkeit für die Kulturhoheit der Länder, den Denkmalschutz und den Beitrag von Kultur zum gesellschaftlichen Zusammenhalt. Aktivitäten von Bund, Ländern und Kommunen müssen stärker aufeinander abgestimmt werden, um der Kultur einen größtmöglichen Raum in unserer Gesellschaft zu sichern – gerade jetzt. Vor allem beim Denkmalschutz besteht Handlungsbedarf, um Eigentümer z. B. bei klimagerechten Sanierungen besser zur Seite stehen zu können.«

Björn Thümler ist Niedersächsischer Minister für Wissenschaft und Kultur

»...ein klares Bekenntnis zum gesellschaftlichen Wert der Kultur sowie zum kooperativen Kultur-Föderalismus. Kultur ist nach dem Grundgesetz zuvorderst Sache der Länder, aber natürlich sind Bund und Länder Partner bei der Kulturförderung. Dass das gelingen kann, zeigt der Sonderfonds für den Neustart der Kultur. Ich wünsche mir, dass dieses Miteinander nicht nur in Krisenzeiten gelebt wird.«

Isabel Pfeiffer-Poensgen ist Ministerin für Kultur und Wissenschaft des Landes Nordrhein-Westfalen

»... eine enge Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern. Ich freue mich auf diese Zusammenarbeit und wünsche mir, dass es gemeinsam gelingt, die soziale Situation der Kulturschaffenden zu verbessern. Dazu braucht es aus meiner Sicht eine gesetzliche Regelung, damit auch im Kulturbereich faire Löhne gezahlt werden. Und um die Nachhaltigkeit im Bereich der Kultur zu verbessern, braucht es klare Vorgaben und eine finanzielle Unterstützung des Bundes.«

Katharina Binz ist Ministerin für Familie, Frauen, Kultur und Integration des Landes Rheinland-Pfalz

»Wichtige Themen sind die Förderung der kulturelle Bildung, der Digitalisierung im Kulturbereich und die soziale Absicherung von Kunst- und Kulturschaffenden. Die Kultur braucht in der Coronakrise weiterhin Unterstützung. Ich bin mir sicher, dass die Kulturpolitik des Bundes in den Händen der neuen Regierung gut aufgehoben ist und künftig einen höheren Stellenwert haben wird.«

Christine Streichert-Clivot ist Ministerin für Bildung und Kultur im Saarland

»... eine Kulturförderung, die die Kulturhoheit der Bundesländer respektiert, die Entscheidungen vor Ort weiter ermöglicht, aber auch die Kommunen unterstützt. Gerade auch wegen der Coronapandemie müssen wir die kulturelle Kraft im ländlichen Raum stärken. In einer gemeinsamen Kulturpolitik sollten wir unter anderem Leuchttürme weiterentwickeln und uns auf wichtige Themen wie Nachhaltigkeit und Digitalisierung konzentrieren, die wir durch den Bund finanziell voranbringen.«

Barbara Klepsch ist Staatsministerin für Kultur und Tourismus im Freistaat Sachsen

»..., dass sie und die sie tragenden Fraktionen sowie explizit der Haushaltsausschuss des Bundestages konstruktiv und aufgeschlossen die Anliegen derjenigen im Blick haben, die das kulturelle Leben gestalten: die Akteure, Vereine und Institutionen in den Ländern und Kommunen. Es ist verlässlich Sorge zu tragen für eine auskömmliche Höhe der Kulturausgaben. Ob künftig ein neuer Überbau in Gestalt eines Bundes-Kulturministeriums nötig ist, bezweifle ich. Die bisherige Ansiedlung der BKM im Kanzleramt hat sich bewährt.«

Rainer Robra ist Staats- und Kulturminister des Landes Sachsen-Anhalt

»Der überwiegende Teil unserer Bevölkerung lebt in Dörfern bzw. ländlich geprägten Klein- und Mittelstädten – Regionen, die zu lange von Entstaatlichung in der Daseinsvorsorge geprägt waren. Für die kulturgetriebene Stärkung des ländlichen Raums ebenso wie die Neuausrichtung der Innenstädte erwarte ich mir starke Impulse seitens der Bundesregierung. Die zweite Herausforderung betrifft die soziale Lage der Künstlerinnen und Künstler. Die Absicherung in der Künstlersozialkasse auch bei Lücken in den Erwerbsbiografien, die grundlegende Definition von »Arbeitslosigkeit« in der Selbstständigkeit sowie weitere Gerechtigkeitsfragen in Bezug auf das Versicherungssystem im Kulturbereich gehören auf die Agenda.«

Benjamin-Immanuel Hoff ist Chef der Thüringer Staatskanzlei und Minister für Kultur, Bundes- und Europaangelegenheiten

»..., dass sie im Rahmen des Föderalismus die Kooperation der Kulturförderung von Bund und Ländern verbessert, um so das Politikfeld Kultur erheblich aufzuwerten. Ganz konkret: Die soziale Lage der kreativ Tätigen muss vor allem nach den Erfahrungen der Pandemie verbessert werden. Dazu gehört, dass ihre schöpferischen Leistungen eine bessere Würdigung erfahren, etwa mit Blick auf das Urheberrecht. Dazu gehört auch die Reform der Künstlersozialkasse. Wir brauchen außerdem ein Programm zur nachhaltigen Zukunftssicherung der Kulturinstitutionen, das insbesondere einen Schwerpunkt auf Digitalisierung legt. Und ich wünsche mir, dass die Beiträge von Kultur- und Kreativwirtschaft in gesellschaftlichen Veränderungsprozessen stärker gewürdigt werden, z. B. bei Bundesprogrammen zur Stadtentwicklung.«

Karin Prien ist Ministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur des Landes Schleswig-Holstein

# Kurz-Schluss

Wie ich einmal versuchte, meinem Enkel Machart und Schönheiten der deutschen Lyrik näherzubringen

THEO GEISLER

Was zur Zeit in den Schulen abgeht – mein Blick richtet sich zwangsläufig vor allem auf die bayerischen – ist eine ziemliche Schinderei. Mein Enkel Gandolf-Augustus, neunte Klasse Gymnasium, schreibt ungefähr täglich zwei Prüfungsarbeiten. Vermutlich geschockt einerseits durch bedrohlich nah kreisende Hubschrauber-Eltern, den Anwalt an der Seite, andererseits getrieben von einer Effizienzpädagogik, die hohe Bildungsansprüche und scharfe Auslese im Sinne der Wirtschaft möglichst in Zeiten gerade noch medizinisch verantwortbaren Präsenzunterrichtes abfordert, werden Schülerinnen und Schüler durch Stoffmassen gepeitscht und zum jeweiligen Leistungsbeweis gezwungen.

Weil er wohl weiß, dass ich in allen anderen Fächern kläglich versage, holt sich Gandolf allenfalls im Deutschunterricht gelegentlich bei mir Anregungen. Zur Wahl stehen diesmal drei Aufsatzthemen:

1. Warum wäre Markus Söder ein besserer Bundeskanzlerkandidat für die christlichen Parteien gewesen als Armin Laschet? Liefere wenigstens zwölf sachliche und menschliche Begründungen.

2. Weshalb Jugendrandale kein wirksames Mittel gegen die möglicherweise zu erwartenden Klimaveränderungen sein kann. Liefere Begründungen und hilfreiche Alternativen.

3. Versuche in schlichter Reimform einen Jahresbericht gern weihnachtlichen Charakters zu dichten. Lege einen Schwerpunkt auf die erfreulichen Ereignisse, ohne die weniger erfreulichen gänzlich auszusparen.

Nun hatte mich mein Enkel, wohl schon um sein eigentlich üppiges Taschengeld zu sparen, anlässlich gelegentlicher Events wie Geburtstag, Ostern, Weihnachten – oder auch zum Ausgleich gewisser Untaten (z. B. der Versuch, mein Fahrrad an Klassenkameraden zu verkaufen) kleine lustige oder reuevolle Reime für mich geschmiedet und dabei eine gewisse Sprachgewandtheit durchblitzen lassen: Beispielsweise: »Zum Geburtstag schenk ich Dir – eine Flasche starkes Bier, und auch noch ne Krawatte, die vorher Vater hatte...« (ein abscheulicher Strick vermutlich aus der Kleidersammlung.) Oder: »Als armer Sünder reut mich sehr die Tat. Vor der Tür steht wieder Dein Rad. Leider ist es sehr verschmutzt, deshalb wird's von

mir geputzt«. Letzteres geriet in Vergessenheit.

Na ja – weil mein Enkel eigentlich ein Schatz ist und mich gelegentlich an meine eigenen Schandtaten erinnert, bot ich ihm, natürlich nur an den wenigen Stellen, an denen er hing und in der löblichen Absicht, ihm mehr Zeit für die üppigen MINT-Hausaufgaben zu verschaffen, ein wenig Unterstützung an. Ich staunte nicht schlecht, als er nach etwa 20 Minuten Tablet-wedelnd zu mir kam und triumphierend rief: »Fertig!«

Ich guckte mir das viereinhalbzeilige Opus an und war doch ein wenig enttäuscht, was ich da zu lesen bekam:

»Die Pflicht zu diesem Jahresbericht – ist doof. Das Jahr war garnicht licht.

Am besten war noch der August – sonst gab es nur Corona-Frust.

Jetzt hoff ich auf die Weihenacht – und auf Geschenke, dass der Tisch kracht.

(Mindestens eine Sony PS 5 – und wegen Gesundheit: Standup-Paddler.)«

Ehrlich gesagt, finde ich dieses Berichtsgedicht etwas dürftig. Lass uns doch mal nachdenken – da fällt uns doch noch mehr ein: Also – im Januar ging's mit Corona so richtig los – wie wäre es mit:

»Zum Start des Jahres kam die Seuche... – »Da bin ich froh, dass ich nicht keuche«, ergänzte Gandolf geschickt, »mein Onkel ist ein Arzt ein feiner, hat mich geimpft, wissen darf's keiner«. Und weiter: »Dann hattest Du Geburtstagsfeier, warst ein besoffenes Ungeheuer« – (»so ganz stimmt das ja nicht« – wagte ich einzuschleichen) – »fielst rückwärts in den Besenschrank und warst dann fast drei Wochen krank.«

»Sowas nennt man wohl »Dichterische Freiheit« murrte ich. »Wir sollen uns jetzt aber mal auf das Positive konzentrieren.« Au ja« meinte Gandolf. »Super fand ich Home-Schooling«:

Den ganzen Tag »Minecraft«, »Grand Theft Auto« oder »Player Unknown's Battlegrounds« zocken – gute Zeit. Dann Ferienlager auf Sylt, Susi näher kennengelernt – Zucker! Oder – mal ganz ehrlich: Diese Bundestagswahl. Schade, dass die süsse Baerbock nicht Präsidentin geworden ist. Also ich hätte auf jeden Fall »Die Linke« gewählt, weil die Wagenbrett oder so ähnlich eine noch bessere Figur hat als die Baerbock.«

»Sag mal Gandolf – was lernst ihr eigentlich in Eurer Schule« – raunte ich. Wie willst Du daraus ein Gedicht machen, das sich reimt? Und was ist

mit dem weihnachtlichen Charakter? »Ha« – »Eine Sony P 5 vom Christuskind ich dankend in meinem Geschenkkorb find. Ein Stand-up-Paddler kompensiert, wenn Zocken mich zur Trägheit führt. Ist doch super – oder?

»Ich frag nochmal: Wofür lernst Du eigentlich in Deinem Gymnasium?«

»Fürs Leben, lieber Opa, fürs Leben natürlich.«

Nachtrag: Gandolf-Augustus bekam für sein Gedicht, ergänzt durch die zwei Weihnachtszeilen eine 1- (ehrllich, lebensnah, gut gereimt, Schwächen in der Zeichensetzung).



Theo Geißler ist Herausgeber von Politik & Kultur

## Die Politik drückt die Daumen...



FOTO: KLAUS STUTTMANN

## NEWS AUS DER P&K-PRAWDA

**Mannheim:** Xavier Naidoo sieht die Axt der Corona-Zombies kommen. Er ruft dazu auf, seine Zombie-Theorie genau im Auge zu behalten. Denn offenbar wären bereits »die ersten Versuchsratten aus dem Labor« gelassen. Somit wäre die kommende Impf-Zombie-Apokalypse also längst unterwegs. Von seinen Jüngerinnen und Jüngern gibt es in der entsprechenden Telegram-Funktion ausgiebig Zustimmung. Neben dem »Verlust von Spiritualität« durch die Impfungen wird auch eine auffällige Zunahme von Unfällen beobachtet. Außerdem hat sich Naidoo beim Nasebohren soeben ein Stück Daumnagel abgebrochen.

**Innsbruck:** Strafrechtliche Ermittlungen zur Coronaausbreitung in Ischgl eingestellt. Es gebe keine Beweise dafür, dass jemand schuldhaft etwas getan oder unterlassen hätte, das zu einer erhöhten Ansteckungsgefahr führte, hieß es von der Staatsanwaltschaft. Ischgl galt im März 2020 als Corona-Hotspot und wurde unter chaotischen Umständen erst spät unter Quarantäne gestellt. Auch das traditionell für alle

Ski-Gäste frisch aus Wuhan importierte Fledermaus-Ragout habe mit der Seuche nichts zu tun.

**Brüssel:** EU-Länder wollen Täuschungstechniken im Internet verbieten. Die geplante europäische Internetregulierung kommt voran. Die Mitgliedstaaten wollen den Kommissionsentwurf in Teilen noch verschärfen. Unter anderem sollen umstrittene »Dark Patterns« abgeschafft werden. Um genug Mittel für diese Maßnahmen zu haben, verkauft die EU 50 Prozent der ohnedies wenig gebrauchten Sessel aus dem Parlamentsaal für je zwölf Euro. Angebote an: vonderleihen.eu

**Europäischer Gerichtshof:** Deutsche Vorratsdatenspeicherung rechtswidrig. Hintergrund des Gutachtens sind unter anderem die Klagen des Eichhörnchen-Schutzverbandes »Harte Nuss« und der Biber-Community. Die beiden deutschen Verbände wehren sich gegen eine Vorschrift, bestimmte Nahrungsmittel für den Zugriff durch Behörden aufzubewahren. (Thg.)

## IMPRESSUM

**Politik & Kultur – Zeitung des Deutschen Kulturrates**  
c/o Deutscher Kulturrat e.V.  
Markgrafendamm 24, Haus 16  
10245 Berlin  
Telefon: 030. 226 05 280  
Fax: 030. 226 05 2811  
www.politikundkultur.net  
info@politikundkultur.net

**HERAUSGEBER**  
Olaf Zimmermann und Theo Geißler

**REDAKTION**  
Olaf Zimmermann (Chefredakteur v.i.S.d.P.), Gabriele Schulz (Stv. Chefredakteurin), Theresa Brüheim (Chefin vom Dienst), Barbara Haack, Maike Karnebogen, Andreas Kolb

**ANZEIGENREDAKTION**  
Martina Wagner, ConBrio Verlagsgesellschaft  
Telefon: 0941.945 93-35  
Fax: 0941.945-93-50  
wagner@conbrio.de

**VERLAG**  
ConBrio Verlagsgesellschaft mbH  
Brunnstraße 23, 93053 Regensburg  
Telefon: 0941.945 93-0  
www.conbrio.de

**DRUCK**  
Freiburger Druck GmbH & Co. KG  
www.freiburger-druck.de

**GESTALTUNGSKONZEPT**  
Ilja Wanka und 4S Design

**LAYOUT UND SATZ**  
Petra Pfaffenheuser  
ConBrio Verlagsgesellschaft Regensburg

**Politik & Kultur erscheint zehnmal im Jahr.**

**ABONNEMENT**  
30 Euro pro Jahr (inkl. Zustellung im Inland)

**ABONNEMENT FÜR STUDIERENDE**  
25 Euro pro Jahr (inkl. Zustellung im Inland)

**BESTELLMÖGLICHKEIT**  
Politik & Kultur  
Markgrafendamm 24, Haus 16  
10245 Berlin  
Tel.: 030. 226 05 280,  
Fax: 030. 226 05 2811  
info@politikundkultur.net

**VERKAUFSTELLEN**  
Politik & Kultur ist im Abonnement, in Buchhandlungen, großen Kiosken sowie an Flughäfen erhältlich. Alle Ausgaben können unter www.politikundkultur.net

auch als PDF geladen werden. Ebenso kann der Newsletter des Deutschen Kulturrates unter www.kulturrat.de abonniert werden.

**HAFTUNG**  
Für unaufgefordert eingesandte Manuskripte und Fotos übernehmen wir keine Haftung. Alle veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Politik & Kultur bemüht sich intensiv um die Nennung der Bildautoren. Nicht immer gelingt es uns, diese ausfindig zu machen. Wir freuen uns über jeden Hinweis und werden nicht aufgeführte Bildautoren in der jeweils nächsten Ausgabe nennen.

**HINWEISE**  
Der Deutsche Kulturrat setzt sich für Kunst-, Publikations- und Informationsfreiheit ein. Offizielle Stellungnahmen des Deutschen Kulturrates sind als solche gekennzeichnet. Alle anderen Texte geben

nicht unbedingt die Meinung des Deutschen Kulturrates e.V. wieder. Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird manchmal auf die zusätzliche Benennung der weiblichen Form verzichtet. Wir möchten deshalb darauf hinweisen, dass die ausschließliche Verwendung der männlichen Form explizit als geschlechtsunabhängig verstanden werden soll.

**FÖRDERUNG**  
Gefördert aus Mitteln Der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien auf Beschluss des Deutschen Bundestages.

**BEILAGENHINWEIS**  
Diese Ausgabe von Politik & Kultur enthält in der Gesamtauflage die Beilage »Allianz für Weltoffenheit«.